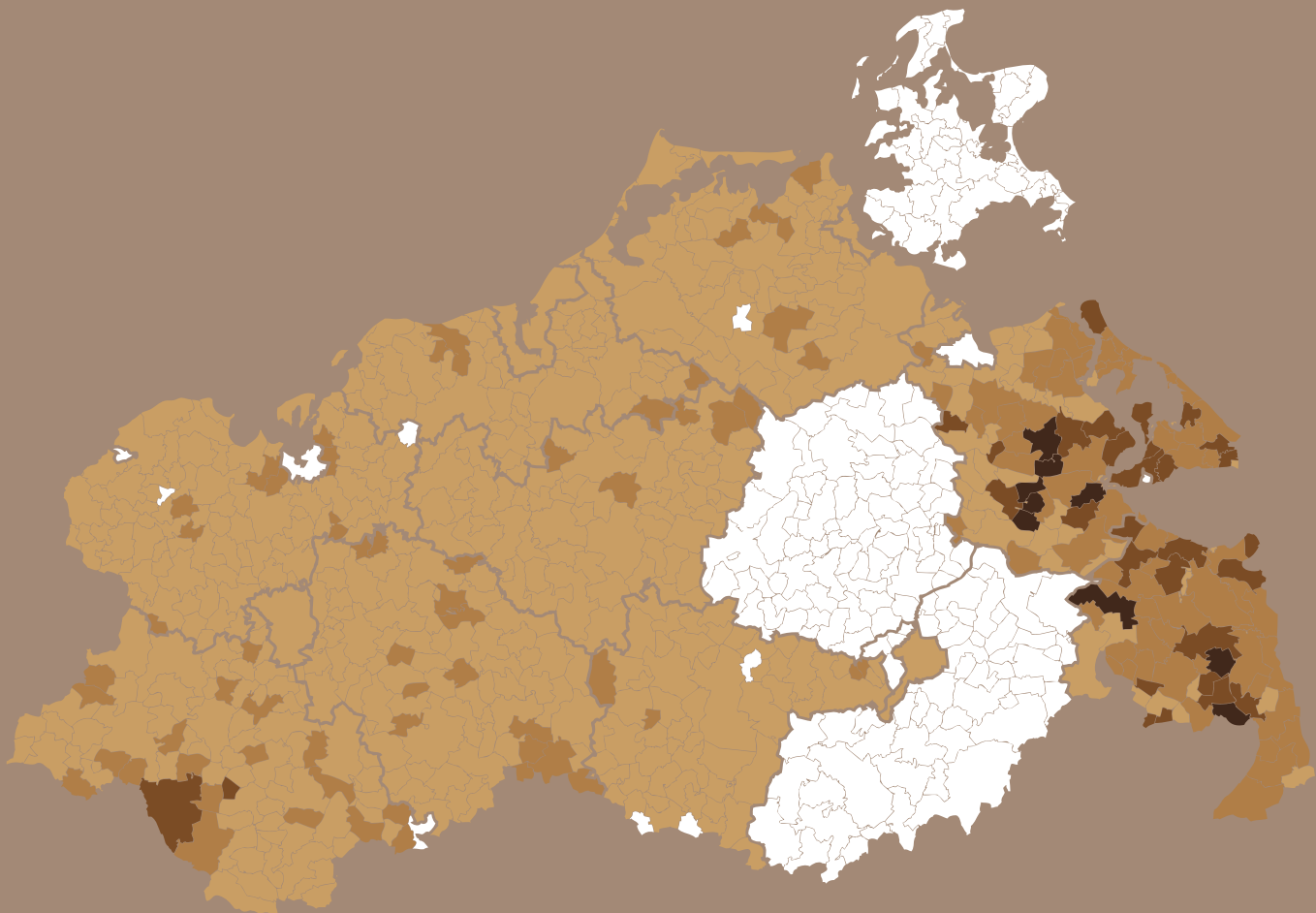


Die NPD

im Kommunalwahlkampf 2009
in Mecklenburg-Vorpommern

Joanna Bars, Hubertus Buchstein, Benjamin Fredrich,
Antonia Geisler, Torsten Heil, Matthias Krüger, Tobias Linke,
Michael Mach, Carsten Mielsch, Robert Nagy, Johanna Vogt



1. Auflage Oktober 2010

Das Buch erscheint in Kooperation mit der Landeszentrale für
Politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern.

Titelangabe

Joanna Bars, Hubertus Buchstein, Benjamin Fredrich, Antonia Geisler, Torsten Heil,
Matthias Krüger, Tobias Linke, Michael Mach, Carsten Mielsch, Robert Nagy, Johanna
Vogt 2010: Die NPD im Kommunalwahlkampf 2009 in Mecklenburg-Vorpommern.
Greifswald: Steinbecker Verlag.

ISBN: 978-3-931483-37-1

Satz und Gestaltung

GRAF FISCH DESIGN / www.graf-fisch.de

Bezugsmöglichkeit

Universität Greifswald
Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft
Baderstraße 6/7
17487 Greifswald
Tel. +49(0)3834 86-3150
Fax +49(0)3834 86-3153
E-Mail: powi@uni-greifswald.de

Verlag

Steinbecker Verlag
Dr. Ulrich Rose

Druck und Buchbinderische Verarbeitung

OKF Media Greifswald

Die NPD im Kommunalwahlkampf 2009 in Mecklenburg-Vorpommern

Joanna Bars, Hubertus Buchstein, Benjamin Fredrich, Antonia Geisler,
Torsten Heil, Matthias Krüger, Tobias Linke, Michael Mach, Carsten Mielsch,
Robert Nagy, Johanna Vogt



Inhalt

	Vorwort	7
I.	Einleitung	9
II.	Die Kandidaten der NPD	23
III.	Der Kommunalwahlkampf in verschiedenen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns	
	<i>Ludwigslust</i>	45
	<i>Schwerin</i>	55
	<i>Neubrandenburg</i>	66
	<i>Stralsund</i>	77
	<i>Ostvorpommern</i>	88
	<i>Anklam</i>	106
IV.	Das Wahlergebnis der NPD Eine wahlstatistische Auswertung	121
V.	Literatur	145
VI.	Abkürzungsverzeichnis	147
VII.	Autorenangaben	149

Vorwort

Nach dem Beschluss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern über die Kreisgebietsreform stehen für das Jahr 2011 erneut einige kommunale Wahlen in unserem Bundesland an: Die Kreistage der sechs neuen Landkreise und der beiden kreisfreien Städte werden am 04. September 2011 zusammen mit dem Landesparlament neu gewählt. Auch bei diesen Wahlen wird die NPD, die vehement gegen die Kreisgebietsreform protestiert hat, erneut antreten.

Vor diesem Hintergrund liefert das vorliegende Buch eine detaillierte Studie zum Kommunalwahlkampf der rechtsextremen NPD in ausgewählten Landkreisen, Kreisstädten und kreisfreien Städten Mecklenburg-Vorpommerns am 07. Juni 2009. Die in diesem Buch enthaltenen Einzelanalysen und vergleichenden Auswertungen sind im Zusammenhang eines Lehrforschungsseminars im Sommersemester 2009, in dem der Wahlkampf begleitet wurde, am Institut für Politik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Greifswald entstanden. Die einzelnen Kapitel sind namentlich von den Autorinnen und Autoren gezeichnet, die auch die Federführung für die dort berichteten Forschungsergebnisse hatten; es ist deshalb darauf verzichtet worden, die Texte über Gebühr stilistisch zu vereinheitlichen.

Für ihre Hilfe bei der Konzeption und Durchführung des Kurses danke ich insbesondere Tatiana Volkmann und Johannes Melchert. Dank gilt auch den Teilnehmern des Seminars, die ein weit über das übliche Maß hinausgehendes Engagement an den Tag legten. Ohne ihre Eigenständigkeit bei der Datenerhebung und -auswertung sowie ihrer Fähigkeit zur produktiven gegenseitigen Kritik wäre dieses Buch nicht zustande gekommen.

Die redaktionelle Bearbeitung der Texte lag in den Händen von Antonia Geisler. Mein Dank gilt außerdem Henry Dramsch von GRAF FISCH DESIGN für die Vorbereitung des Manuskripts für den Druck. Besonders danken möchte ich schließlich im Namen aller Autorinnen und Autoren den vielen Gesprächspartnern aus den untersuchten Kommunen, die bereitwillig Fragen und Nachfragen beantwortet haben.

Hubertus Buchstein,
Greifswald im September 2010

I. Einleitung

Hubertus Buchstein und Antonia Geisler

Die NPD trat 2009 mit vollmundigen Worten zu den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern an. Bei den Kommunalwahlen 2004 hatte die Partei erstmals mit zehn gewählten Mandaten in kommunale Parlamente des Bundeslandes einziehen können. Diese lokalen Erfolge wurden als eine Art Auftakt zu einem noch größeren Wahlerfolg der rechtsextremen Partei gedeutet: Denn bei den Landtagswahlen im Herbst 2006 war der NPD mit 7,3 Prozent ein für die meisten Beobachter nicht erwartetes Ergebnis und damit der Einzug in den Landtag gelungen. Seit 2006 nun hat die NPD neben dem Bundesland Sachsen in Mecklenburg-Vorpommern ein festeres Standbein in der Bundesrepublik. Nicht zuletzt tragen die finanziellen Mittel, die der NPD über ihre Vertretung in den beiden Landtagen zufließen, mit dazu bei, dass sich die notorisch von internen Finanzskandalen geplagte Partei organisatorisch am Leben erhalten kann.

Nach ihrem Erfolg bei der Landtagswahl 2006 hatte die NPD den Beginn einer neuen Ära ausgerufen. Mecklenburg-Vorpommern sei nur der Auftakt gewesen; nun sei ihr Aufstieg im Parteiensystem der Bundesrepublik nicht mehr zu bremsen. Ihre Erfolge auf kommunal- und landespolitischer Ebene waren nicht nur von der NPD und ihrer Presse gefeiert, sondern auch in den Medien stark beachtet worden. In zahlreichen Zeitungen, Zeitschriften und Filmberichten wurden die Wahlerfolge der NPD in Mecklenburg-Vorpommern ausführlich geschildert und über ihre Ursachen spekuliert.

Die Wahlergebnisse der Rechtsextremisten haben viele Bürger und Politiker im Land aufgeschreckt. An verschiedenen Orten haben sich Bürgerbündnisse gebildet, die vielfach mit Erfolg gegen die Rechtsextremisten aktiv geworden sind. Von den staatlichen Institutionen wird das Thema ebenfalls längst nicht mehr verdrängt, sondern auf verschiedenen Ebenen versucht, Demokratie und Toleranz im Land und vor Ort zu stärken.

Im Vorfeld der Kommunalwahlen am 07. Juni 2009 herrschte in Mecklenburg-Vorpommern angesichts der vollmundigen Ankündigungen der NPD in manchen Kommunen und bei vielen Bürgern eine gewisse Unruhe und Unsicherheit. Würde die NPD auch in ihrer Kommune kandidieren? Was würde eine solche Kandidatur für den Wahlkampf bedeuten? Wie würden die Rechtsextremen bei den Wahlen abschneiden und wie würden sie im Falle ihrer Wahl als kommunale Mandatsträger agieren? In einer Reihe von Veranstaltungen mit kommunalen Akteuren wurden diese und andere Fragen seit Beginn des Jahres 2009 diskutiert. Anders als bei der Kommunalwahl 2004 und der Landtagswahl 2006 traf der Wahlkampf der NPD auf keine unvorbereiteten demokratischen Akteure mehr.

Vor dem Hintergrund einer rechtsextremistischen NPD auf der einen Seite, die im Vorfeld

der Kommunalwahlen von einem flächendeckenden „Durchmarsch“ in die Städte und Gemeinden des Landes gesprochen hatte und von kommunalen Akteuren auf der anderen Seite, die mittlerweile einige Erfahrung mit Wahlkämpfen der NPD hatten, fand der Kommunalwahlkampf im Jahre 2009 in Mecklenburg-Vorpommern also in einer veränderten Konstellation statt, die dennoch verschiedene Fragen offen ließ: Wo und mit welchem Personal würde die NPD bei den Kommunalwahlen kandidieren? Wie würden die Bürger auf die Kandidatur der ihnen aufgrund der Ereignisse der vergangenen Jahre besser bekannten Partei reagieren? Würde es der NPD gelingen, ihr hohes Wahlergebnis bei der Landtagswahl von 2006 nun auf kommunaler Ebene zu wiederholen oder gar noch zu verbessern? Welche Themen würden die Rechtsextremisten diesmal in den Vordergrund stellen? Würden die demokratischen Parteien im Lande anders als bei den Wahlen von 2004 und 2006 der NPD im Wahlkampf mehr entgegensetzen? Wie würden andere demokratische Akteure auf lokaler Ebene auf die Rechtsextremisten reagieren?

Die nachfolgenden Analysen in diesem Buch liefern zunächst eine vergleichende Analyse zu den Kandidaturen der NPD bei den letzten Kommunalwahlen, dann mehrere detaillierte Studien zum Verlauf des Kommunalwahlkampfes der Partei in ausgewählten Landkreisen, Kreisstädten und kreisfreien Städten sowie schließlich eine genaue Auswertung des Wahlergebnisses in den einzelnen Kommunen. Im Folgenden soll einleitend zunächst generell auf die Funktion der kommunalpolitischen Arbeit, wie sie sich in den theoretischen Schriften der NPD findet, eingegangen werden (a), um dann knapp die kommunalpolitische Praxis der NPD in Mecklenburg-Vorpommern zwischen 2004 und 2009, die diesen selbst formulierten Ansprüchen wenig gerecht wurde, in Erinnerung zu rufen (b). Schließlich werden die Fragestellungen und Forschungsmethoden der vorliegenden Analysen erläutert und einige der wichtigsten Ergebnisse skizziert (c).

a) Die strategische Funktion der kommunalpolitischen Arbeit aus Sicht der NPD

Die Gesamtstrategie der NPD wird von der Parteiführung seit ihrem Parteitag in Stavenhagen im Januar 1998 als ‚Drei-Säulen-Konzept‘ tituliert. Mit diesem Kurs will die Partei einerseits einen „Kampf um Köpfe“ führen, das bedeutet ihre Mitglieder und Anhänger umfassend schulen und neue Anhänger durch die Verbreitung ihrer Programmatik rekrutieren. Andererseits richtet sich der „Kampf um die Straße“ mit der Besetzung öffentlicher Räume, z. B. durch Demonstrationen und symbolische Kranzniederlegungen, an ihre stärker aktionsorientierten Anhänger und soll zu einer Massenmobilisierung führen. Und schließlich soll im „Kampf um die Parlamente“ für Wählerstimmen geworben und

Parlamentsmandate errungen werden. Das Drei-Säulen-Konzept ist innerparteilich zwar mehrfach erläutert worden, letztlich aber auch innerhalb der rechtsextremen Klientel in vielen Punkten unklar geblieben. Das liegt nicht zuletzt darin begründet, dass diese „Strategie“ schon vom Grundansatz her inkonsistent ist. Einerseits richtet sie sich mit dem Formelpartikel „Straße“ bewusst an die gewaltbereite Szene im Rechtsextremismus; und so ist es der NPD seit dem Amtsantritt von Voigt auch gelungen, prominente Vertreter der militanten Neonaziszene für die Mitarbeit in der Partei zu gewinnen. Andererseits setzen die Formelbestandteile „Parlamente“ und „Köpfe“ darauf, dass sich die Partei ein seriöses Erscheinungsbild gibt, um auf diese Weise größere Kreise der Bevölkerung für ihre Ziele gewinnen zu können.¹ Bis heute ist der Konflikt in der Partei zwischen Parteifunktionären, die auf den Zusammenhalt der NPD und ihr langsames Hineinwachsen in die Mehrheitsgesellschaft bedacht sind, und den Vertretern eines aktivistischen und aggressiven Autonomiekonzeptes innerhalb der NPD nicht entschieden. Dass dies auch für die NPD in Mecklenburg-Vorpommern gilt, belegen sowohl das Verhalten der Abgeordneten in den vergangenen drei Jahren im Landtag wie auch die Kandidaturen für die Kommunalwahl 2009.

In ihrer Programmatik spielt die Arbeit in kommunalen Parlamenten für die NPD keine eigenständige Rolle. Zum einen, weil die Partei den Parlamentarismus generell zugunsten eines politischen Systems mit einer starken und autoritären Exekutive ablehnt und zum anderen, weil sie den lokalen Ebenen in der von ihr vorgestellten „Volksgemeinschaft“ keinerlei politische Eigenständigkeit zugesteht. Denn auch wenn die NPD in ihren Programmen immer wieder die Bedeutung kleiner Gemeinschaften für den Staat – wenn auch in rassistischer Variante – predigt, so entsteht daraus keine in kommunalpolitische Strukturen übersetzbare Vorstellung. Der Mensch wird in den Programmen der NPD als ein gemeinschaftliches Wesen definiert, der seine Zugehörigkeit in drei Grundformen von schicksalsgebundener Gemeinschaft erlebt, die sich im politischen Weltbild der NPD gleichsam in konzentrischen Kreisen zueinander anordnen lassen: „Familie, Region und Volk“. Der Mensch erlebe sich danach in der „Familien- Dorf-, oder Wohnviertelgemeinschaft“² und darüber hinaus auch noch in der Region und als Angehöriger einer ethnisch homogenen Nation, dem „Volk“. Immer wieder betont die NPD in ihrer Programmatik die Bedeutung von „Brauchtum“ und „Heimat als Mitglied einer Solidargemeinschaft“³ für das Leben und Überleben von Menschen. Vor dem Hintergrund ihres nur auf die gemeinschaftlichen Aspekte des menschlichen Zusammenlebens abhebenden Menschenbildes ist es dann auch nur konsequent, wenn die Verwaltungsstrukturen moderner Staatlichkeit als „ano-

1 Vgl. zu diesem Strategiedilemma der NPD Stöss 2005: 132ff.

2 Aktionsprogramm der NPD (2002 vor der Bundestagswahl herausgegeben), S. 10.

3 Aktionsprogramm, S. 12.

nyme Geldausgabestellen⁴⁴ bezeichnet und die gegenwärtige Gesellschaft zu einer „kalten, anonymen, wertefreien Ellenbogengesellschaft“⁴⁵ erklärt wird.

Logisch betrachtet, würden solche Überlegungen eigentlich einen Punkt markieren, an dem die NPD in ihrer Programmatik die kommunale Demokratie einfügen könnte – sei es um die von ihr beabsichtigte Vergemeinschaftung vor Ort zu stärken oder um der von ihr so gefürchteten Anonymisierung entgegenzuwirken. Insofern ist in diesem Zusammenhang weniger bemerkenswert, was die NPD ansonsten in ihre Programmatik aufgenommen hat, sondern viel mehr, worauf sie verzichtet hat; denn von irgendeiner politisch eigenständigen Bedeutung der lokalen oder regionalen politischen Ebenen findet sich in ihren Programmen kein einziges Wort. Die einzige positive Referenzebene in der Programmatik ist das rassistisch definierte „Gesamtvolk“. Alle anderen gesellschaftlichen Interessen – nicht nur die von Gruppen, sondern auch die Interessen und Bedürfnisse von lokalen Instanzen – gelten von vornherein als „partikularistisch“ und müssen sich dem sogenannten „Volkswohl“, über das ein autoritärer Zentralstaat entscheidet, rigoros unterordnen. Angesichts der überragenden Rolle des völkischen Gesamtstaats innerhalb der Gedankenwelt der NPD ist es also durchaus nachvollziehbar, wenn die Partei in ihren Programmen darauf verzichtet, den ihr ansonsten für die Identität der Einzelnen angeblich so wichtigen lokalen Strukturen der Gesellschaft eine auch nur irgendwie geartete eigenständige politische Struktur zuzugestehen. Aus Sicht ihrer generellen Programmatik hat die Beteiligung an der Kommunalpolitik und an Kommunalwahlen für die NPD keine eigenständige Bedeutung. Bedeutung hat sie allein in strategischer Hinsicht, weil sich die Partei dadurch größere Erfolgsaussichten auf Landes- und Bundesebene ausrechnet.

Denn nach den Vorstellungen der NPD-Führung führt eine direkte Linie von einer erfolgreichen kommunalpolitischen Arbeit bis zu Wahlerfolgen auf höheren Ebenen. In zahlreichen Äußerungen betonen Vertreter der Parteiführung diese Bedeutung. Nach dem Amtsantritt des gegenwärtigen Parteivorsitzenden Udo Voigt (1996) wurde seit 1999 in der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme“ eine ganze Reihe von nahezu gleich lautenden Beiträgen zum Thema Kommunalpolitik im Rahmen einer von der Parteileitung angesetzten ‚Strategiediskussion‘ veröffentlicht. Der Parteichef umriss in diesem Jahr die sich daraus ableitende Strategie folgendermaßen: „Wenn wir unsere Politik für Deutschland fest verankern wollen, müssen wir in den Gemeinden damit beginnen [...]. Das nationale politische Fundament muss in den Kommunen aufgebaut werden [...], denn hier können wir dem Wähler zeigen, dass die NPD keine Briefkastenpartei ist, sondern von Menschen repräsentiert wird, die sich mit ihrer ganzen Persönlichkeit für die Interessen der deut-

4 Aktionsprogramm, S. 11.

5 Aktionsprogramm, S. 11.

schen Bürger einsetzen.“⁶ Kurz darauf war in der „Deutschen Stimme“ zu lesen: „Erst wenn auf der kommunalen und Kreisebene die NPD präsent ist, wird ein landesweiter oder gar bundesweiter Wahlerfolg möglich sein.“⁷ Und schon gleich nach der Kommunalwahl 1999 war in der parteioffiziösen Selbstdarstellung des Landesverbandes Sachsen die gleiche Parole zu lesen: „Die NPD muss in Sachsen noch stärker eine Partei mit Gesicht werden. Über die Kommunalpolitik wird es dann gelingen, dauerhaft Fuß zu fassen.“⁸ Mit Blick auf die sächsische Landtagswahl von 2004 hatte es in der Deutschen Stimme dann geheißt: „Um also die Voraussetzung für den Einzug in den Landtag in dreieinhalb Jahren zu schaffen, müssen weitere Lokalgrößen und weitere regional bekannte Politiker der NPD aufgebaut werden.“⁹

Während andere interne Strategiedebatten – etwa über das Verhältnis zu den sogenannten Freien Kameradschaften oder zur Konkurrenzpartei am rechten Rand, der DVU – immer wieder neu und mit wechselnden Aussagen aufflackern, hat es über diese strategische Funktion der kommunalpolitischen Arbeit in den vergangenen zehn Jahren keine großen internen Kontroversen innerhalb der NPD gegeben. Mit Blick auf die kommunale Ebene wurden und werden die Parteimitglieder der NPD parteiintern aufgefordert, die Stadtrats- und Gemeinderatssitzungen zu besuchen und die örtliche Lokalpresse zu lesen. Auf diese Weise sollten sie die Themen herausfinden, an die sich in der kommunalen Agitation erfolgreich anknüpfen ließe. Die NPD, so das strategische Credo, müsse sich „in Zukunft viel stärker auf die ‚weichen Bürgeranliegen‘“¹⁰ konzentrieren – genannt werden etwa Umweltschutz, Schul- und Familienpolitik und insbesondere die vielerorts umstrittenen Gemeindegebietsreformen, die die NPD als eine „Auslöschung lokaler Identitäten“¹¹ anprangert. Die Hoffnungen, die die NPD-Führung nun schon seit über einem Jahrzehnt mit dieser Strategie verbindet, werden in einem der Artikel auf folgende Formel gebracht: „Bürgernähe zeigen, vor Ort siegen – Auf kommunaler Ebene kann die Ausgrenzung unterlaufen werden“.¹² Die Ausrichtung auf die kommunale Ebene wird von Teilen der Parteiführung als so wichtig erachtet, dass einige von ihnen inklusive des Parteivorsitzenden Voigt in den letzten Jahren bei verschiedenen Kommunalwahlen an Spitzenpositionen kandidiert haben und seitdem einen nicht geringen Teil ihrer Zeit und Kraft den politischen Auseinandersetzungen in kommunalen Gremien opfern. In der politischen Vorstellungswelt der für strategische Fragen zuständigen Parteifunktionäre existiert offenbar ein

6 Voigt 1999: 470.

7 Deutsche Stimme 4/2000, S. 22, zit. nach Staud 2005: 133.

8 Zit. nach Steglich 2005: 109.

9 Deutsche Stimme 4/2000, S. 22, zit. nach Staud 2005: 133.

10 Deutsche Stimme 1/2000, S. 18, zit. nach Staud 2005: 132.

11 Deutsche Stimme 1/2000, S. 18, zit. nach Staud 2005: 132.

12 Deutsche Stimme 1/2000, S. 18, zit. nach Staud 2005: 132.

Bild, das den Vergleich mit einer Koralle nahe legt: Die politische Arbeit der Rechtsextremisten soll kommunal feste Wurzeln schlagen und den Parteikörper dann auf dieser Basis kontinuierlich in alle Richtungen wachsen lassen.

Bevor man sich vorschnell in ängstliche Warnungen vor einer solchen Strategie ergeht, sollte man gewahr sein, dass aus Sicht der NPD eine solche Strategie ausgesprochen aufwändig und voraussetzungsvoll ist. Letztlich verlangt sie erhebliche Zumutung von ihren ungeduldigen Aktivisten; sie verlangt von ihren Parteimitgliedern nicht nur den Mut zum offenen Bekenntnis für ihre Positionen vor Ort, sondern auch ein gewisses Maß an Persönlichkeit und eine hohe lokale Kompetenz. Vor allem aber verlangt sie einen langen Atem, ein zuweilen entbehrungsreiches Aktenstudium und manche lange dauernde Sitzung zu kommunalpolitischen Problemen, für deren Lösung sich die NPD-Kader „eigentlich“ nicht interessieren. Der Kräfteverschleiß, den ein solches rein instrumentelles Verhältnis zur Kommunalpolitik hat, ist enorm und es ist deshalb nicht verwunderlich, wenn aus verschiedenen Kommunen immer wieder berichtet wird, dass sich die gewählten NPD-Mandatssträger aus der praktischen kommunalpolitischen Arbeit zurückgezogen oder ihr Mandat sogar wieder abgegeben haben. Vor diesem Hintergrund mutet die kommunalpolitische Ausrichtung der NPD gar nicht mehr so modern und gefährlich an, sondern macht eher den Eindruck einer verzweifelt-trotzigen Anleihe an ein Erfolgsrezept der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts oder an die Alternativbewegung hundert Jahre später. Es ist nicht ohne Ironie, dass die NPD mit ihren zum Teil hochgesteckten und naiven Erwartungen, die sie an eine aus ihrer Sicht erfolgreiche Kommunalpolitik richtet, in gewisser Weise Opfer der eigenen organischen Weltsicht ist. Immerhin könnte man mit Blick auf die Landtagswahlergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern und in Sachsen, die der NPD jeweils kurz nach ihren kommunalpolitischen Erfolgen auch den Einzug bzw. Wieder-Einzug in die Landesparlamente bescherten, meinen, dass die Partei mit ihrer auf eine kommunale Verankerung zielenden Strategie erfolgreich gewesen ist. Die Ergebnisse einiger anderer Kommunal- und Landtagswahlen wie in Sachsen-Anhalt, Thüringen, Bayern oder Hessen – wo die NPD zuvor gewisse lokale Erfolge hatte feiern können – widersprechen dieser These allerdings. Offenbar herrschen zwischen Wahlen auf den unterschiedlichen Ebenen von Kommune, Land und Bund sehr viel komplexere Verhältnisse, als sich die Führungskader der NPD, aber auch Teile der Medienöffentlichkeit, vorstellen.

Zumindest einige der mit der Kommunalpolitik verbundenen Schwierigkeiten sind der Parteispitze durchaus bewusst. Bereits im August 2003 gründete die NPD unter Führung ihres damaligen saarländischen Landesvorsitzenden Peter Marx eine Kommunalpolitische Vereinigung als Dachorganisation aller NPD-Abgeordneten in Städten und Gemeinden. Das Ziel des Verbandes sollte es sein, ihre Kandidaten stärker für die kommunale Ar-

beit zu mobilisieren und einheitliche Wahlkampfstrategien zu entwickeln. Nach anfänglichem Engagement versiegte diese Initiative allerdings wieder. Auch eine andere Initiative der Parteileitung vor einigen Jahren steht im Zusammenhang mit ihrer Hinwendung zu den Erfordernissen erfolgreicher kommunaler Politik: die Ende 2003 erstmals ausgerufenen ‚Bildungsoffensive‘ in der NPD. Folgt man der damaligen Berichterstattung der Deutschen Stimme,¹³ so macht sich die Partei große Sorgen über das geringe Bildungsniveau ihrer Anhängerschaft. Viele „Kameraden“, so die parteioffizielle Kritik, seien lediglich in der Lage, ihre politischen Überzeugungen schlagwortartig anzugeben. Es sei notwendig, die „lähmende Konsumhaltung“ in der Partei zu überwinden; der Unwille zur parteilichen Bildung sei Volksverrat. Im Zusammenhang mit der ausgerufenen Bildungsoffensive stehen auch die Aktivitäten der NPD an verschiedenen Orten in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren, Immobilien für „nationaldemokratische Schulungszentren“ zu erwerben.

b) Die NPD in den Kommunalparlamenten von Mecklenburg-Vorpommern 2004-2009

Die Kommunalwahlen unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2004 neuen politischen Spielregeln, denn die rot-rote Landesregierung hatte ein Jahr zuvor die Fünf-Prozent-Hürde für Kommunalwahlen abgeschafft. Diese Wahlrechtsänderung stand unter dem Motto „Mehr an Demokratie!“ Kleineren Parteien und Wählergemeinschaften sollten bessere Beteiligungsmöglichkeiten in der Lokalpolitik geboten werden. Auf kritische Stimmen von Seiten der CDU, dass infolge einer solchen Reform eventuell auch der Rechtstextremismus gestärkt würde, reagierte Innenminister Gottfried Timm (SPD) mit dem Hinweis, dass das neue Wahlrecht von Seiten der demokratischen Kräfte eben auch als Möglichkeit verstanden werden müsse, verstärkt die argumentative Auseinandersetzung mit extremistischen Kräften anhand konkreter Problemlagen vor Ort zu suchen.¹⁴ Die NPD erlangte 2004 insgesamt zehn kommunale Mandate im Land. Diese Mandate verteilen sich folgendermaßen:

Kommunalparlament	Stimmen	Stimmanteil in %	Sitze
Kreistag Ostvorpommern	5.458	4,2	2
Kreistag Müritzkreis	2.090	2,6	1

13 Deutsche Stimme 8/2003, zit. nach Flemming 2004, 147.

14 Vgl. Ostsee-Zeitung, Kommunalwahlen 2004 ohne Fünf-Prozent-Hürde, 11. September 2003.

Kommunalparlament	Stimmen	Stimmanteil in %	Sitze
Kreistag Ludwigslust	5.367	3,4	2
Bürgerschaft Stralsund	2.304	3,9	2
Stadtvertretung Ludwigslust	477	3,6	1
Stadtvertretung Anklam	1.133	8,0	1
Gemeindevertretung Teldau	73	7,6	1
Gemeindevertretung Züssow	19	1,1	0

Tabelle 1: Wahlergebnisse der NPD bei der Kommunalwahl 2004

Die Partei hatte nur dort Kandidaten aufgestellt, wo sie sich von vornherein gute Chancen ausgerechnet hatte, auch tatsächlich gewählt zu werden. Bis auf Züssow ging dieses Kalkül auf – ein taktischer Grundsatz, den die NPD im Übrigen bereits nach der verlorenen Bundstagswahl 1969 schon einmal verkündet hatte, in den 80er Jahren wieder entdeckte¹⁵ und den sie seit Ende der 90er Jahre in Sachsen konsequent anwendet.¹⁶ Die zehn Mandate wurden von insgesamt acht Personen wahrgenommen; der Abgeordnete im Kreistag von Ostvorpommern, Michael Andrejewski, nahm zugleich ein Mandat in der Stadtvertretung von Anklam an und der Abgeordnete in Kreistag Ludwigslust, Klaus Bärthel, saß auch in der Stadtvertretung von Ludwigslust.

Die Greifswalder Studie aus dem Jahre 2006, in der das Wirken der kommunalen Mandatsträger der NPD in den ersten beiden Jahren analysiert wurde, gelangte zu Befunden, die dem Bild, welches die rechtsextreme Partei in der Öffentlichkeit von ihrem kommunalpolitischen Engagement zeichnet, diametral entgegen stehen. So war von den acht Personen, auf denen sich die zehn im Jahre 2004 gewonnenen Mandate verteilten, nur eine – der jetzige Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski – auch wirklich in einem auffälligen Maße aktiv. Die anderen Mandatsträger verweigerten sich der Arbeit oder erwachten nur zu „Leib- und Magenthemen“ der Partei – also beispielsweise der Relativierung der deutschen Verbrechen im zweiten Weltkrieg oder der Hetze gegen Mitglieder demokratischer Parteien – aus ihrer kommunalpolitischen Lethargie.¹⁷

Seit dem Einzug in den Landtag 2006 hat sich die kommunalpolitische Situation für die NPD in zweierlei Hinsicht verändert. Zum einen sind einige derjenigen in der Partei, die wie Andrejewski in Anklam oder Stefan Köster in Ludwigslust das Gros der kommunal-

15 Vgl. Wagner 1992: 50.

16 Vgl. Steglich 2005: 39, 41, 43.

17 Vgl. zu den Ergebnissen der Studie ausführlicher Beier et al. (2006: 146-177).

politischen Arbeit leisteten, nun als Abgeordnete im Landtag vertreten und verfügen deshalb über weniger Zeit und Gelegenheit, sich um kommunale Belange zu kümmern. Zum anderen aber verfügt die Partei mit dem Einzug in den Landtag nun über genügend finanzielle Ressourcen, um in verschiedenen Kommunen Büros für ihre Abgeordneten zu eröffnen und Fraktionsmitarbeiter einzustellen. Auch wenn es keine seriöse empirische Analyse der kommunalpolitischen Arbeit der NPD zwischen 2006 und 2009 in Mecklenburg-Vorpommern gibt, so bietet sich für den informierten Betrachter doch ein erstaunliches Bild: Ganz offensichtlich war es der NPD trotz der ihnen nun zustehenden staatlichen Ressourcen nicht gelungen, ihre kommunalpolitische Arbeit zu verbessern. Auch 2009 bot sich weiterhin das Bild einer Partei, deren kommunale Amtsträger in der Mehrzahl den mit ihrem Amt verbundenen Anforderungen entweder nicht gewachsen waren oder die sich der Arbeit weitgehend entzogen.

c) Der Kommunalwahlkampf der NPD 2009 – Die Fragestellungen der Studie und ihre Ergebnisse

Angesichts der geschilderten Konstellation wurden die Erwartungen der Beobachter für die Kommunalwahlen von 2009 im Hinblick auf das Thema NPD mindestens von den folgenden vier Faktoren beeinflusst:

- Erstens von den Zahlen der Landtagswahl von 2006, bei der die NPD mit insgesamt 59.845 Stimmen den Zuspruch von 7,3 Prozent der Wähler bekommen hatte; solche Zahlen verleiteten einige Beobachter im Vorfeld der Wahl zu den ärgsten Befürchtungen.
- Zweitens von der Tatsache, dass die NPD mit ihren Wahlkreisbüros und ihren Landtagsabgeordneten und deren Mitarbeitern über ein weitaus besseres professionelles Rückgrat verfügte als noch 2004.
- Drittens aber auch von der Erfahrung, dass die NPD auf kommunalpolitischer Bühne in den vergangenen fünf Jahren vergleichsweise wenig zustande bekommen hatte.
- Und viertens schließlich von der deutlich gestiegenen Bereitschaft in vielen Kommunen des Landes, sich offensiv in die politische Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten zu begeben.

Die Ungewissheit darüber, wo und mit wem die NPD bei den Kommunalwahlen kandidieren würde, lichtetete sich erst im Laufe des Frühjahrs 2009. Die Wahlen fanden für insgesamt 849 Gemeinde- oder Stadtvertretungen sowie für 12 Landkreise statt. Schlussendlich nahm die NPD in 34 Gemeinden und neun Landkreisen an der Wahl teil. Die Partei nominierte 89 Kandidaten, die sich um insgesamt 136 Mandate bewarben.

Am Ende der Auszählungen hatte die NPD bei 25 ihrer insgesamt 43 Kandidaturen insofern Erfolg, als sie es in die dortigen kommunalen Vertretungen des Landes schaffte, zumeist allerdings nur mit einem Vertreter. Insgesamt hat die Partei nun 60 kommunale Mandate im Land, wovon 34 auf Gemeindeebene und 26 auf Mandate in Kreistagen entfallen.

Vor diesem Hintergrund soll in den nachfolgenden Kapiteln dieses Buches eine genauere Sicht auf den Kommunalwahlkampf und das Wahlergebnis der NPD gegeben werden. Tobias Linke fasst im zweiten Kapitel zunächst die Kandidaturen der NPD für diese Wahlen im Land zusammen und stellt die 89 Kandidaten der Partei vor. Mit 34 Gemeinden und neun Landkreisen war die Zahl der kommunalen Parlamente, in denen sich die NPD zur Wahl stellte, von vormals fünf Gemeindevertretungen und drei Landkreisen deutlich angestiegen. Schwerpunkte der Kandidaturen im Land waren die Regionen Ostvorpommern, Ludwigslust und Uecker-Randow. Wer das Abschneiden der NPD bei der Landtagswahl 2006 als prognostisches Instrument genommen hatte, um zu eruieren, wo die NPD 2009 antreten würde, hatte damit allerdings nur ein bedingt taugliches Mittel in der Hand. Abgesehen von den kreisfreien Städten, in denen durch die hohe Mandatszahl in den kommunalen Vertretungen bereits ein geringer Stimmanteil genügt, um einen Sitz zu erlangen, zog sich die NPD nicht auf aus ihrer Sicht „sichere“ Kommunen zurück. Offenbar erwiesen sich die personellen Möglichkeiten vor Ort als ein entscheidender Engpass, denn anders ist nicht zu erklären, warum die Partei darauf verzichtet hat, in Postlow, wo sie 2006 das höchste zweistellige Ergebnis mit bundesweiter Resonanz erzielt hatte, auf Gemeindeebene einen Wahlvorschlag einzureichen. Demgegenüber stellte die Partei sehr wohl Kandidaten in Gemeinden wie Lübz oder Demen auf, wo sie zuvor bei der Landtagswahl unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt hatte. Was die 89 Personen betrifft, die für die NPD in den Kommunalwahlkampf zogen, so fällt zunächst auf, dass 81 von ihnen männlich sind. Die Kandidaten sind im Vergleich zu den anderen Parteien deutlich jünger. Vom Berufs- und Bildungsstand stehen sie ihrer Wählerschaft nahe. Und schließlich ist der Anteil an Kandidaten westdeutscher Herkunft im mecklenburgischen Landesteil höher (eine vergleichende Auswertung des sozialen Profils der schließlich gewählten NPD-Mandatsträger findet sich im 4. Abschnitt des letzten Kapitels dieses Buches).

Das dritte Kapitel bildet den umfangreichsten Teil der Studie. Hier wird in sechs Abschnitten der kommunale Wahlkampf der NPD in den kreisfreien Städten Schwerin, Stralsund und Neubrandenburg, in den beiden Kreisstädten Anklam und Ludwigslust sowie in einigen Orten aus dem Landkreis Ostvorpommern beschrieben und untersucht. Die Auswahl der sechs untersuchten Fälle basierte auf mehreren Vorüberlegungen: Um mit der Fallauswahl zwar keine Repräsentativität für sämtliche 43 Kommunen, in denen die NPD angetreten ist, erlangen, aber in den vorgenommenen Analysen wenigstens die vielfälti-

gen Konstellationen im Land berücksichtigen zu können, wurden die Orte nach folgenden sechs Kriterien ausgesucht:

- Es sollten sowohl Orte einbezogen werden, in denen die NPD bei den Landtagswahlen 2006 besonders hohe als auch durchschnittliche und eher niedrige Ergebnisse erlangen konnte.
- Es sollten Kommunen dabei sein, die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu den absoluten ‚Problemgemeinden‘ im Land gehören wie auch solche, in denen die sozio-ökonomischen Daten vergleichsweise besser aussehen.
- Es sollten sowohl solche Kommunen ausgewählt werden, in denen sich die NPD bereits seit 2004 auf kommunale Mandatsträger stützen konnte, als auch Kommunen, in denen sie zum ersten Mal antrat.
- Unter den Kommunen, in denen sich die NPD bereits seit 2004 auf kommunale Mandatsträger stützen konnte, waren sowohl solche von Interesse, in denen die NPD besonders aktiv und aus ihrer Sicht erfolgreich war, als auch solche, in denen ihre kommunalen Mandatsträger auch aus Sicht der Partei als wenig erfolgreich gelten können.
- Es sollten Kommunen dabei sein, in denen sich die rechtsextremistischen Strukturen vor allem auf die Partei NPD stützen, als auch solche, in denen der lokale Rechtsextremismus stärker von den sogenannten Freien Kameradschaften geprägt ist.
- Es sollten Kommunen betrachtet werden, in denen es in der Vergangenheit ein starkes Bürgerengagement gegen Rechtsextremisten gab und auch solche, in denen das Thema eher verdrängt wurde.

Angesichts der geringen Zahl von sechs untersuchten Fällen und der obigen Liste von ebenfalls sechs Auswahlkriterien ist es natürlich selbstverständlich, dass sich die geschilderten Einzelanalysen zu keinem kompakten Bild zusammenfügen lassen, bei dem die Bedeutung der einzelnen Kriterien für den Verlauf der Wahlkämpfe oder gar für die Wahlergebnisse herausgearbeitet werden können. Für ein solches Vorhaben bedürfte es einer um ein Vielfaches größeren Zahl an untersuchten Fällen (und zwar einer weitaus größeren Zahl als es Kommunen im Land gibt), in denen die NPD seit der Wahl 2009 kommunal vertreten ist; auch bedürfte es in methodischer Hinsicht sehr viel genauer definierter kriterieller Merkmale. Aufgrund der Unmöglichkeit einer solchen quantitativen Analyse bietet sich die in dieser Studie gewählte Methode der qualitativen Analyse von ausgewählten Fällen an. Die Fallauswahl erfolgte nach der Maßgabe, möglichst unterschiedliche Fälle in die Untersuchung einzubeziehen. Auf diese Weise lassen sich zwar nur wenige allgemeine Schlussfolgerungen ziehen; die Lektüre der untersuchten Einzelfälle ist aber hoffentlich im Hinblick auf die jeweils spezifischen Konstellationen dennoch instruktiv. Ein nicht unwesentlicher Anteil der geschilderten Wahlkampfaktivitäten stützt sich neben der Dokumentensammlung und -analyse auf die Methoden der teilnehmenden Be-

obachtung, auf Interviews und Hintergrundgespräche sowie eigenständige Erkundungen. Dadurch kommt eine subjektive Färbung in einige der Schilderungen, die es dem Leser aber zugleich ermöglicht, sich ein sehr konkretes Bild von bestimmten Ereignissen oder Vorgängen zu machen.

Die Autorinnen und Autoren der sechs Einzeluntersuchungen beginnen die Präsentation ihrer kommunalen Einzelanalysen zunächst mit einigen allgemeinen Angaben zu den untersuchten Kommunen sowie den politischen Konstellationen vor Ort. Besondere Aufmerksamkeit wird dann dem jeweils ortsspezifischen Agieren der NPD im Kommunalwahlkampf gewidmet. Wer kandidiert dort für die Partei? Welche konkreten Wahlkampfaktivitäten unternimmt die Partei vor Ort? Wie intensiv ist der Wahlkampf? Gibt es Hilfe von außen oder sind die rechtsextremen Kandidaten allein auf ihre Kräfte vor Ort angewiesen? Welche Wahlkampfmaterialien finden Verwendung? Welche Methoden der Wählerwerbung lassen sich beobachten? Wo in den Kommunen konkret sucht die NPD den Kontakt mit den Wählern? Mit welchen Bildmotiven und Slogans führt sie ihren Wahlkampf? Mit welchen Inhalten versucht sich die Partei vor Ort zu profilieren? Gefragt wird aber auch mit Blick auf die andere Seite dieser politischen Auseinandersetzung: Wie reagieren die demokratischen Parteien oder Wahlbündnisse auf die Kandidatur der NPD in ihrer Kommune? Welche Aktivitäten gibt es von Gegnern der Rechtsextremisten vor Ort? Wie berichten die lokalen Medien über dieses Thema? Die Antworten auf diese Fragen fallen von Ort zu Ort verschieden aus. Dennoch lassen sich einige verallgemeinernde Befunde erkennen:

- In allen sechs untersuchten Fällen begann die NPD im Vergleich zu den anderen Parteien sehr früh mit ihrer Wahlkampfplakatierung. Auf diese Weise war sie für einige Zeit die einzig öffentlich präsente Partei in den Kommunen.
- Bis auf wenige Ausnahmen führte die NPD in den Kommunen – anders als die demokratischen Parteien und lokalen Wahlbündnisse – keinen auf ihre Kandidaten bezogenen Personenwahlkampf.
- Vielfach verwendete die NPD Plakate und Parolen aus dem Landtagswahlkampf von 2006. Ihr themenbezogener Wahlkampf griff bis auf wenige Ausnahmen die konkreten Probleme der Gemeinden, in denen sie antrat, nicht auf.
- Das Internet spielte im Kommunalwahlkampf der NPD so gut wie keine Rolle – mit einer Ausnahme: Im Kreis Ostvorpommern wurde der kommunale Wahlkampf aller Parteien von der NPD intensiv im Netz kommentiert.
- Hauswurfsendungen verteilte die NPD nicht flächendeckend, sondern vor allem in solchen Wahlbezirken, die als soziale Brennpunkte gelten.
- Insgesamt blieb der Aufwand der NPD im Hinblick auf die Zahl an Info-Ständen, verteilten Flyern und weiteren Wahlkampfaktionen in allen untersuchten Fällen hinter den Erwartungen bzw. Befürchtungen ihrer Gegner zurück. Vielfach hielten sich auch die lokal antretenden Kandidaten während des Wahlkampfes im Hintergrund.

Im abschließenden vierten Kapitel legt Carsten Mielsch eine detaillierte wahlstatistische Analyse und Bewertung des Kommunalwahlergebnisses für die NPD in einer landesweiten Gesamtsicht vor. Danach hat die NPD bei den Kommunalwahlen gegenüber der Landtagswahl 2006 vor allem Protestwähler verloren, während sich ihre Basis stabilisiert hat. Die von Mielsch mit Hilfe verschiedener statistischer Methoden ermittelten Ergebnisse sind in vielfacher Hinsicht von Interesse, das über den konkreten Anlass einer Kommunalwahl hinausgeht:

- Erstens verfügt die NPD offensichtlich über ein relativ stabiles Fundament von Wählerinnen und Wählern in der Größenordnung von landesweit etwa 3 Prozent. Das ist zwar weniger, als sie benötigt, um die Fünf-Prozent-Hürde bei den nächsten Landtagswahlen erneut zu überspringen; andererseits ist dies aber ein Fundament, von dem aus sich bei Gewinnung einer genügend hohen Anzahl an Protestwählern der Sprung über diese Hürde durchaus bewerkstelligen lässt. Insofern lässt sich auch nicht von einem „Entzauberungseffekt“ durch die Arbeit der NPD sprechen.
- Zweitens bergen die vergleichenden Regionalanalysen von Mielsch für einige Beobachter gewisse Überraschungen. Soziale und ökonomische Faktoren spielen bei dem Kommunalwahlergebnis keine wichtige Rolle. Aus den Wahlergebnissen lassen sich weder mit der allgemeinen Arbeitslosenquote noch mit der Höhe der Jugendarbeitslosigkeit und auch mit der Senkung des Wahlalters im kommunalen Bereich auf 16 Jahre Faktoren identifizieren, die das Wahlergebnis zugunsten der NPD beeinflussen. Auch lassen sich keine Belege für die These finden, dass die NPD von einer geringeren Wahlbeteiligung profitiert.
- Bei der Wahl der NPD handelt es sich ebenfalls um kein reines Stadt-Land-Phänomen. Die NPD wurde sowohl in kleinsten Gemeinden des ländlichen Raumes als auch in größeren Städten gewählt.
- Stattdessen schneidet die NPD dort signifikant besser ab, wo sie auch schon in der Vergangenheit gute Wahlergebnisse erlangen konnte. Das deutet auf die Wirksamkeit gewachsener rechtsextremistischer Strukturen hin. Die NPD hatte bei der Kommunalwahl vor allem in jenen Regionen Erfolg, in denen sie über ein stabiles Fundament aus Parteiorganisation und Unterstützerstrukturen verfügt.

Die politischen Konsequenzen, die sich aus den Befunden ableiten lassen, sind eindeutig: Es sind weniger Maßnahmen der Sozial- und Wirtschaftspolitik, sondern eher Maßnahmen zur Förderung von politischer Bildung und demokratischer Kultur in einigen Kommunen vonnöten, um den Rechtsextremismus im Land zurückzudrängen.

II. Die Kandidaten der NPD

Tobias Linke

a) Einleitung

Nach der Landtagswahl 2006, bei der es der NPD mit 7,3 Prozent der Stimmen gelang, mit sechs Abgeordneten in den Landtag einzuziehen, rückte bei den Kommunalwahlen 2009 das Abschneiden der rechtsextremen Partei erneut in das Interesse der Öffentlichkeit. Die NPD wollte nun landesweit in den Gemeindevertretungen und Kreistagen präsent sein, dies sollte als Ausdruck der Verankerung in der Gesellschaft dienen und ist als Teil der Vier-Säulen-Strategie zu verstehen (Innenministerium MV 2008: 87-89). Mit 89 Kandidaten bewarb sie sich um 136 Mandate sowie zwei Bürgermeisterämter. Es wurde jedoch nur ein Kandidat für die Wahl zum Bürgermeisteramt zugelassen; hierauf wird später noch detaillierter einzugehen sein. Die nachfolgende Analyse konzentriert sich darauf, die Kandidaten in Verbindung zu ihrem jeweiligen Kreisverband vorzustellen. Dem schließt sich ein Vergleich der Kreisverbände an. Abschließend werden die Gemeinden, in denen die NPD antritt, kurz verglichen und Einschätzungen zum taktischen Vorgehen der NPD formuliert.

b) Kandidaten

Die Strukturen der NPD orientieren sich, anders als bei den im Landtag vertretenen demokratischen Parteien¹ Mecklenburg-Vorpommerns, nicht an den Verwaltungsstrukturen des Landes. So gliedert sich die NPD in sechs Kreisverbände, das Land hingegen in zwölf Landkreise und sechs kreisfreie Städte. Daraus auf eine personelle Schwäche der NPD zu schließen, scheint gerechtfertigt. Es ist aber auch Ausdruck von Machtstrukturen innerhalb der Partei, unterscheiden sich doch die einzelnen Kreisverbände in ihrer Strategie

1 Die FDP M-V bildet mit dem Kreisverband Mecklenburger Seenplatte eine Ausnahme, der die Kreise Mecklenburg-Strelitz und die kreisfreie Stadt Neubrandenburg umfasst. Ähnliches gilt für die SPD M-V, die ihre Kräfte in Ostvorpommern und Greifswald bündelt. Bündnis 90/Die Grünen gliedern sich in zehn Kreisverbände.

teilweise erheblich. Auch in der Aufstellung der Kandidaten zur Kommunalwahl sollte das ersichtlich werden. Dies soll im Nachfolgenden in Ansätzen dargestellt werden.

Kreisverband Westmecklenburg

Der Kreisverband Westmecklenburg umfasst die Landkreise Nordwestmecklenburg, Ludwigslust und Parchim sowie die beiden kreisfreien Städte Schwerin und Wismar. Er bildet somit auf die Einwohnerzahl bezogen den zweitgrößten Kreisverband. Der Kreisverband bildete mit dem damals noch eigenständigen Kreisverband Ludwigslust bereits unmittelbar nach der Wiedervereinigung einen Schwerpunkt der NPD im Land. Er wurde Anfang der neunziger Jahre besonders durch Verwicklungen in kriminelle Aktivitäten gegen Asylbewerber (Brandanschlag gegen das Asylbewerberheim Bahlen bei Boizenburg) bekannt (Innenministerium MV 2002: 30). Allerdings zerfielen diese Strukturen zum Teil wieder und wurden später durch ein starkes Engagement des NPD-Bundesverbandes und Teilen der Kameradschaftsszene aus dem Westteil Deutschlands revitalisiert. Im Mittelpunkt dieser Anstrengungen liegt der Landkreis Ludwigslust.

Landeshauptstadt Schwerin

In der Landeshauptstadt hat sich die NPD mit drei bisher politisch unbekanntenen Personen zur Wahl gestellt. Dieser Schritt kann als Versuchsballon gesehen werden, hatte die NPD doch bei der Landtagswahl 2006 mit 5,5 Prozent im Landesvergleich ein unterdurchschnittliches Ergebnis erlangt.

Name	Beruf	Geburtsjahr/-ort
Wulf, Bernd	Mechatroniker	1961 Schwerin
Wohlert, Günther	Angestellter	1970 Teterow
Schubert, Uwe	Unternehmer	1982 Leipzig

Tabelle 1: NPD-Kandidaten für die Stadtvertretung Schwerin

Hansestadt Wismar

In Wismar trat die NPD ebenso wie bei der vorangegangenen auch bei dieser Kommunalwahl nicht an. Die Gründe hierfür sind unklar. Zu den Landtagswahlen 2006 erreichte die NPD hier 5,5 Prozent der Zweitstimmen. Bekannt ist Wismar bezüglich des Themas Rechtsextremismus unter anderem durch den inzwischen innerhalb der Weltkulturerbestadt umgezogenen „Werwolfshop“, der im August 2006 Mittelpunkt der Auseinandersetzung zwischen Demonstranten der Kampagne „Keine Stimme den Nazis“ und Rechts-

radikalen war. Bei dem Demonstrationzug, der kurz vor dem Laden hielt, kam es zur Eskalation, in deren Verlauf die Rechtsradikalen vorsorglich bereitgestellte Baseballschläger herausholten und Beamte der Polizei zwangen, ihre Waffe nicht nur zu ziehen, sondern auch zu entsichern, um die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen.²

Landkreis Nordwestmecklenburg

Mit der Hansestadt Wismar steht der Kreis Nordwestmecklenburg in engem Zusammenhang. Er dient als „Rückzugsort“ für die Wismarer Neonazi- und Kameradschaftsszene. Daher ist es nicht verwunderlich, dass vier der fünf Kandidaten aus dem durch zahlreiche rechtsextremistische Vorfälle bekannten in der Nähe von Wismar liegenden Ort Jamel kommen.³ Interessant hierbei ist, dass diese in Gägelow, dessen Ortsteil Jamel ist, nicht für die Gemeindevertretung kandidieren. Der fünfte Kandidat Markus Kopplow stellt sich nicht nur für den Kreistag, sondern auch für die Stadtvertretung Neukloster zur Wahl. Alle Kandidaten sind der Kameradschaftsszene zuzuordnen, was sich auch im geringen Durchschnittsalter von 28,2 Jahren widerspiegelt und den Altersdurchschnitt der NPD-Kandidaten des Landes von 35,1 Jahren deutlich unterbietet. Der älteste Kandidat ist mit 35 Jahren Sven Krüger. Er ist wegen zahlreicher Gewaltverbrechen vorbestraft und gilt als Chef der lokalen Kameradschaftsszene.⁴ David Böttcher ist als Fahrer und Personenschützer bei der NPD-Landtagsfraktion angestellt⁵ und erhielt Listenplatz 1 für den Kreistag, sicher auch um den Einfluss der Parteiführung zu sichern.

Name	Wohnort	Beruf	Geburtsjahr
Böttcher, David	Gägelow OT Jamel	Maler und Lackierer	1982
Kindler, Janette	Gägelow OT Jamel	Arzthelferin	1982
Krüger, Sven	Gägelow OT Jamel	Bauunternehmer	1974
Streif, Tino	Gägelow OT Jamel	Student	1982
Kopplow, Markus *	Neukloster	Metallbauer	1984

Tabelle 2: NPD-Kandidaten für den Kreistag Nordwestmecklenburg

* kandidiert auch für Stadtteilvertretung Neukloster

2 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,438680,00.html>, Stand 20.05.2009.

3 Siehe dazu einen Artikel von Andreas Speit: Mit der Schrotflinte gegen Neonazis. Abgebrannte Häuser, aufgespießte Hühner, Wehrsportübungen. In taz Nord vom 17.10.2003, S. 24.

4 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,496755,00.html>, Stand 20.05.2009.

5 Vgl. Artikel von Mathias Brodkorb: Versorgungswerk NPD-Landtagsfraktion. Der aktuelle Stand. Erschienen bei Endstation rechts am 30.10.2007, http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=322, Stand 10.06.2009.

Landkreis Parchim

Die Kandidaten für den Landkreis Parchim sind mit durchschnittlich 30 Jahren ebenfalls deutlich jünger als die Kandidaten landesweit. Bekannt ist über die Kandidaten verhältnismäßig wenig, einzig zu Stefan Suhr gibt es einige Informationen. Er war Inhaber eines Devotionalienladens für Rechtsextreme in Schwerin⁶ und ist vermutlich der Ehemann von Karola Suhr, ehemalige Landesvorsitzende der NPD-Brandenburg, ehemaliges Bundesvorstandsmitglied sowie Gründerin des „Rings nationaler Frauen“.⁷ Anders als im Landkreis Nordwestmecklenburg treten alle Kandidaten ebenfalls für ihre Gemeindevertretung an und machen somit die NPD vor Ort sichtbar.

Name	Listenplatz auf Kreis- tagsliste	Kandidatur für Gemeindevertre- tung	Beruf	Geburtsjahr/ -ort
Suhr, Stefan	1	Dabel	Heizung- /Lüftungsbauer	1979 Wismar
Grünzig, Christian	2	Lübz	Zimmermann	1982 Lübz
Kohnert, Mandy	3	Sternberg	Studentin (Bauingenieur)	1983 Wismar
Wilharm, Melanie	4	Lübz	Speditions- kauffrau	1971 Hannover
Jaugitz, Gildo	5	Sternberg	Straßenbauer	1974 Parchim
Polzin, Robert	6	Demen	Tiefbaufach- arbeiter	1987 Crivitz

Tabelle 3: NPD-Kandidaten für den Kreistag Parchim

Kreis Ludwigslust

Bei der Kommunalwahl 2004 konnte die NPD bereits ein Mandat in der Gemeindevertretung Teldau, ein Mandat in der Stadtvertretung Ludwigslust und zwei Mandate im Kreistag erzielen (Beier et al. 2006: 35-36). Dies ist einer der Gründe, weshalb der Landkreis Ludwigslust im Mittelpunkt der Bemühungen der NPD-Westmecklenburg stand.

6 Vgl. Artikel von Mathias Brodkorb: Thule-Store in Schwerin steht vor Schließung. Erschienen bei Endstation rechts am 11.10.2007, http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=760:thule-store-in-schwerin-steht-vor-schlieng, Stand 10.06.2009.

7 Vgl. Artikel von Mathias Brodkorb: Versorgungswerk NPD-Landtagsfraktion. Der aktuelle Stand. Erschienen bei Endstation rechts am 30.10.2007, http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=322, Stand 10.06.2009.

So kommen die beiden Landtagsabgeordneten des Kreisverbandes Udo Pastörs und Stefan Köster aus diesem Landkreis. Von der großen Zahl von 13 Kandidaten lässt sich dieses Bestreben ablesen. Für den Kreistag kandidieren insgesamt zehn Personen, von denen bis auf den Landesvorsitzenden Stefan Köster alle auch für ihre jeweilige Gemeindevertretung antraten, drei weitere treten ausschließlich für ihre Gemeindevertretung an. Warum Köster nicht in Pätow-Steegen – einer kleinen 400 Seelen-Gemeinde – antritt, bleibt unklar. Weitere „NPD-Prominenz“ ist auf der Kreistagsliste zu finden. Torgai Klingebiel ist Wahlkreismitarbeiter des Landesvorsitzenden Köster, ehemaliges Mitglied der inzwischen verbotenen HDJ und der bereits 1995 verbotenen FAP.⁸ Er kandidiert auf Listenplatz 1, ihm folgt Köster. Listenplatz 3 hat Micheal Grewe inne. Er ist Beisitzer im NPD-Landesvorstand, stellvertretender Kreisvorsitzender und eindeutig der freien Kameradschaftsszene zuzuordnen. Gemeinsam mit Thomas Wulff⁹ kaufte er das Gut Amholz in Teldau, wo er seit 2004 Mitglied der Gemeindevertretung ist. Mit Andreas Theißen kandidiert auf Platz 4 ein Pastörs-Mitarbeiter, zudem ist Theißen Vorsitzender des Kreisverbandes, mehrfach vorbestraft und mit seiner Frau Ausrichter zahlreicher HDJ-Zeltlager gewesen.¹⁰ Über Volker Thaele¹¹ und Rainer Stanke¹² auf den Listenplätzen 5 und 6 sind nur wenige Informationen zu finden. Auf dem Listenplatz 7 ist mit Marianne Pastörs, Ehefrau des Fraktionsvorsitzenden der Landtagsfraktion, wieder eine aussichtsreiche und bekannte Kandidatin zu finden. Erst auf Platz 8 folgt Klaus Bärthel, der bei den letzten Kommunalwahlen sowohl in den Kreistag Ludwigslust als auch in die Stadtvertretung Ludwigslust gewählt wurde. Seinen Sitz im Kreistag hatte er bereits 2006 an Michael Grewe abgegeben. Bärthel ist einer der Eigner des „Wolf-Verlag“, der unter anderem das „Zentralorgan“ herausgibt und für volksverhetzende und antisemitische Inhalte bekannt ist und auch schon wegen

-
- 8 Vgl. Artikel von Mathias Brodkorb: Das sind die Wahlkreismitarbeiter der NPD-Landtagsabgeordneten MV. Erschienen bei Endstation rechts am 25.01.2008, http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1092, Stand 10.06.2009.
- 9 Beim Wahlkampf für die Bundestagswahl 2005 fungierte Wulff als Landeswahlkampfleiter der NPD für Mecklenburg-Vorpommern und trat auf Platz 5 der Landesliste für die Partei an. Er ist Teil der Kameradschaftsszene. Siehe hierzu u.a. (Beier et al. 2006: 93-94).
- 10 Vgl. Artikel von Marie Schumann: Hilfe und Hetze. Auf Ratsuche in einem NPD-Bürgerbüro. Erschienen bei Netz gegen Rechts am 07.05.2008, <http://www.netz-gegen-nazis.de/artikel/hilfe-und-hetze-auf-ratsuche-einem-mpd-buergerbuero>, Stand 28.06.2008.
- 11 Einzig ein Kommentar mit der Erwähnung des Dritten Reichs ließ sich im Internet finden. http://www.am-samstag.de/dbr/news_id647_arroganz_macht_schweriner_innenministerium_uebt_sich_faltblatt_altanschlussen_gesundbeterei.html, Stand 25.06.2009.
- 12 Stanke ist der extrem gewaltbereiten Kameradschaftsszene zuzuordnen. Er ist Teil des „Widerstands Wittenburg Waschow“ und besticht beim Verzicht auf sein Mandat in der Stadtvertretung Wittenburg durch ausgezeichnetes Deutsch. Näheres unter: http://wittenburger-nationale.de/stellungnahme_von_rainer_stanke.htm, Stand 25.06.2009 und <http://www.bnr.de/content/oesterlicher-brauner-spuk>, Stand 29.06.2009.

Volksverhetzung verurteilt wurde (Beier et al. 2006: 93). Über die anderen Kandidaten für die NPD im Kreis Ludwigslust ist wenig bis nichts bekannt. Auffällig für den Landkreis Ludwigslust ist der hohe Anteil ursprünglich westdeutscher Kandidaten. Zehn der 13 Kandidaten stammen nicht gebürtig aus dem Landkreis. Auch das Durchschnittsalter liegt neun Jahre über dem Landesdurchschnitt. Der Landkreis Ludwigslust stellt eindeutig einen Kaderschwerpunkt der Landespartei dar.

Name	Listenplatz Kreistags- liste	Kandidatur für Gemeinde- vertretung	Beruf	Geburtsjahr /-ort
Klingebiel, Torgai	1	Lübtheen	Malermeister	1973 Hildesheim
Köster, Stefan*	2	nein	Betriebswirt	1973 Dortmund
Grewe, Michael	3	Teldau	Wagenmeister	1968 Hamburg
Theißen, Andreas	4	Lübtheen	Zimmermann	1972 Berlin
Thaele, Volker	5	Lübtheen	Kaufmann	1945 Wentorf
Stanke, Rainer	6	Wittenburg	Anlagenreiniger	1972 Schwerin
Pastörs, Marianne	7	Lübtheen	Hausfrau	1953 Heinsberg
Bärthel, Klaus	8	Ludwigslust	Rentner	1938 Hamburg
Resesky, Ramon	9	Wittenburg	Sanitäter	1975 Hamburg
Kohlke, Maik	10	Boizenburg	Fachkraft für Lagerwirtschaft	1979 Hagenow
Pape, Thomas	entfällt**	Boizenburg	Instandhaltungs- mechaniker	1972 Hagenow
Natschke, Burghard	entfällt**	Lübtheen	Elektromonteur	1954 Lübtheen
Jandzinsky-Joecke, Stephan	entfällt**	Teldau	Barmeister	1970 Hamburg

Tabelle 4: NPD-Kandidaten im Kreis Ludwigslust

* kandidiert nur für Kreistag / **kandidiert nur für Gemeindevertretung

Insgesamt treten für den Kreisverband Westmecklenburg 27 Kandidaten an und somit die meisten Kandidaten eines Kreisverbandes überhaupt. Hiervon treten allein 13 im Landkreis Ludwigslust an, welcher durch seine „prominent“ besetzte und deutlich ältere Liste auffällt.

Kreisverband Mecklenburg-Mitte

Der Kreisverband Mecklenburg-Mitte umfasst die Kreise Bad Doberan, Güstrow, Demmin und Müritz sowie die kreisfreie Stadt Rostock und stellt damit bezogen auf die Einwohnerzahl den größten Kreisverband der NPD dar. Kommunal vertreten war die NPD hier bisher nur durch Karsten Häußner im Kreistag des Müritz-Kreises. Es ist eine gewisse Spaltung des Kreisverbandes festzustellen. So scheint der Ortsverband Waren (Müritz) relativ unabhängig vom Kreisvorsitz in Rostock agieren zu können, während die anderen Kreise zentral aus Rostock gesteuert werden. Dies wird in der Kandidatenstruktur sichtbar. Insgesamt bewerben sich 22 Kandidaten um 32 Mandate.

Hansestadt Rostock

In der Hansestadt tritt die NPD mit sechs Kandidaten an. Auf dem Listenplatz 1 findet sich der bildungspolitische Sprecher der NPD-Landtagsfraktion Birger Lüssow, er gilt als Verbindungsglied zu den Autonomen Nationalisten.¹³ Auf Listenplatz 2 folgt der stellvertretende Landesvorsitzende und Vorsitzende des Kreisverbandes David Petereit, der ebenfalls Teil der Kameradschaftsszene ist. Er war lange Zeit der Kopf der Mecklenburgischen Aktionsfront. Auf Listenplatz 3 folgt die Sekretärin der Landtagsfraktion Franziska Vorpahl. Die anderen drei Kandidaten sind bislang eher unbeschriebene Blätter in der rechten Szene. Deutlich werden für Rostock der starke Einfluss der Landtagsfraktion und die Verbindung zur Kameradschaftsszene. Bei einem ähnlichen Ergebnis wie zur Landtagswahl 2006, wo die NPD 5,1 Prozent der Zweitstimmen erhielt, konnte die NPD mit zwei bis drei Sitzen in der 53 Sitze umfassenden Rostocker Bürgerschaft rechnen.

Name	Beruf/Tätigkeit	Geburtsjahr/ -ort
Lüssow, Birger	NPD- Landtagsabgeordneter	1975 Rostock
Petereit, David	Mitarbeiter der Landtagsfraktion	1981 Rochlitz
Vorpahl, Franziska	Sekretärin der Landtagsfraktion	1988 Rostock
Schreiter, Norman	Angestellter	1984 Rostock
Jäger, Thomas	Informatik-Kaufmann	1975 Annahütte
Mumrey, Lutz	Techniker	1963 Rostock

Tabelle 5: NPD-Kandidaten für die Rostocker Bürgerschaft

13 Vgl. Artikel von Robert Scholz: Lüssow und Vorpahl ziehen für NPD in Rostocker Bürgerschaft. Petereit scheidet. Erschienen bei Endstation rechts am 08.06.2009, http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=3604, Stand 30.06.2009.

Landkreis Bad Doberan

Im Kreis Bad Doberan war die NPD nur in den frühen neunziger Jahren in Erscheinung getreten. Die rechtsextremen Strukturen im Bereich der Kameradschaftsszene sind seither jedoch stabil. Der Aufbau von Parteistrukturen scheint aus Rostock gesteuert und in erster Linie auf Bad Doberan konzentriert zu sein. Über die Kandidaten ist auch in den einschlägigen Medien wenig herauszufinden. Einzig Stefan Zahradnik war Direktkandidat bei der Landtagswahl 2006 und erhielt hierbei 7,8 Prozent der Erststimmen. Das Durchschnittsalter liegt gut fünf Jahre unter dem Landesschnitt – ein Indiz für die Einbeziehung der Kameradschaftsszene.

Name	Wohnort	Beruf	Geburtsjahr/ -ort
Susemihl, Dirk*	Bad Doberan	Koch	1969 Rostock
Bethke, Dirk*	Bad Doberan	Koch	1974 Kühlungsborn
Dietze, Andreas*	Bad Doberan	Gas-Wasser-Installateur	1984 Rostock
Zahradnik, Stefan*	Bad Doberan	Dachdecker	1983 Kühlungsborn
Barten, Michael	Bad Doberan	Garten- und Landschaftsgärtner	1985 Wismar
Barten, Alexander	Retschow	Fleischer	1984 Kühlungsborn
Linke, Frank-Uwe	Roggentin	Landmaschinen- und Traktorenschlosser	1969 Görlitz

Tabelle 6: NPD-Kandidaten für den Kreistag Bad Doberan

* kandidiert auch für Stadtvertretung Bad Doberan

Landkreis Güstrow

Ein ähnliches Bild, wie im Landkreis Bad Doberan, zeichnet sich im Landkreis Güstrow ab. Die Kandidaten sind wenig bekannt und mit großer Wahrscheinlichkeit der Kameradschaftsszene zuzuordnen. So ist Marko Wietzke Betreiber der Internetseite des Devotionaliengeschäfts „Nordlicht“ in Gnoien.¹⁴ Auffällig ist das geringe Durchschnittsalter der Kandidaten von gerade einmal 24 Jahren, was damit mehr als elf Jahre unter dem Landesschnitt liegt.

14 <http://machdenscheissaus.blogspot.de/2009/05/27/pressemitteilung-der-aji/>, Stand 10.06.2009.

Name	Wohnort	Beruf	Geburtsjahr/ -ort
Kloß, Sebastian*	Güstrow	Fleischer	1981 Güstrow
Matischent, Nils	Laage	Kraftfahrer	1989 Güstrow
Wietzke, Marko	Gnoien	Elektroinstallateur	1982 Teterow
Kröplin, Manuel	Plaaz OT Recknitz	Straßentiefbauer	1988 Güstrow

Tabelle 7: NPD-Kandidaten für den Kreistag Güstrow

* kandidiert auch für Stadtvertretung Güstrow

Landkreis Demmin

Im Kreis Demmin trat die NPD nicht an. Der Einzelbewerber für den Kreistag wie für die Stadtvertretung Neukalen Torsten Schmidt wurde jedoch von der Presse dem Umfeld der NPD zugeordnet. Die NPD wollte keine Auskünfte darüber erteilen,¹⁵ weshalb sie nicht mit einer Liste für den Kreistag angetreten ist und ebenso nicht, ob Herr Schmidt Mitglied der Partei sei und von ihr unterstützt werde.

Landkreis Müritz

Der Müritz-Kreis stellt eine Besonderheit innerhalb des Kreisverbandes Mecklenburg-Mitte dar. Hier war die NPD bereits seit 2004 mit Karsten Häußner im Kreistag vertreten. 2008 ist mit seiner Mutter Doris Zutt und ihrem Ehemann Alfred Zutt weitere westdeutsche NPD-Prominenz hinzugezogen. Doris Zutt scheint sofort die Führung innerhalb der Partei übernommen zu haben. Sie ist langjähriges Bundesvorstandsmitglied der NPD und war noch 2008 Spitzenkandidatin der hessischen NPD zur Landtagswahl.¹⁶ Ob sie ebenfalls auf die Landespolitik der NPD Einfluss ausüben will, ist unklar; ebenso unklar wie die Antwort auf die Frage, ob die Strategie des Zuzugs westdeutscher Kader im Müritzkreis so erfolgreich sein wird wie im Landkreis Ludwigslust.

15 Auf unsere Anfrage vom 14.05.2009 antwortete der stellvertretende Landesvorsitzende David Peterreit am 16.05., dass die Universität Greifswald aufgrund Ihrer bisherigen Veröffentlichungen von der NPD keine Antworten erhalte.

16 Siehe einen Artikel von Toralf Staud: Die netten Nazis von nebenan. In taz vom 30.07.2005, S. 15.

Name	Beruf	Geburtsjahr/-ort
Zutt, Doris	Altenpflegerin	1955 Hanau
Häußner, Karsten	Verkäufer	1972 Herborn
Zutt, Alfred	Maschinenschlosser	1934 Holzhausen
Kalfack, Mandy	Verkäuferin	1980 Waren (Müritz)
Kalfack, Nicole	Gebäudereinigerin	1988 Neubrandenburg

Tabelle 8: NPD-Kandidaten für den Kreistag Müritz sowie die Stadtvertretung Waren (Müritz)

Kreisverband Mecklenburg-Strelitz

Der Kreisverband Mecklenburg-Strelitz umfasst den gleichnamigen Landkreis sowie die kreisfreie Stadt Neubrandenburg. Gemessen an der Einwohnerzahl ist er der zweitkleinste Kreisverband. Es handelt sich um den schwächsten NPD-Kreisverband. Dies macht sich an der personellen Stärke bemerkbar, wie auch an der geringen Einbindung in den Landesverband. Niemand aus dem Kreisverband profitiert durch den Einzug in den Landtag von den zu vergebenden Posten. Die Einbindung der sonst lokal als stark einzuschätzenden Kameradschaftsszene scheint hier nicht zu funktionieren.

Landkreis Mecklenburg-Strelitz

Die NPD hat für den Kreistag keine Liste eingereicht. Der Kreisvorsitzende Marko Zimmermann kandidiert in Neustrelitz allein. Für Friedland kandidieren zwei Kandidaten, die mit großer Wahrscheinlichkeit stärker in die Kameradschaftsszene Vorpommerns eingebunden sind. Das Durchschnittsalter ist mit 28 Jahren deutlich unter dem Landesdurchschnitt.

Name	Kandidatur für Gemeindevertretung	Beruf	Geburtsjahr/-ort
Grage, Mathias	Friedland	Tischler	1978 Pritzwalk
Neumann, Karlo	Friedland	Zimmermann	1980 Pasewalk
Zimmermann, Marko	Neustrelitz	Kaufmann	1985*

Tabelle 9: NPD-Kandidaten im Landkreis Mecklenburg-Strelitz

* keine Angaben zum Geburtsort

Neubrandenburg

Die Schwäche des Kreisverbandes macht sich auch in der kreisfreien Stadt Neubrandenburg bemerkbar. Mit Jens Blasewitz – ebenfalls Teil der Kameradschaftsszene und wahrscheinlich Nachfolger David Petereits bei der „Mecklenburgischen Aktionsfront“ – tritt nur ein Kandidat zur Wahl zur Stadtvertretung an.

Name	Beruf	Geburtsjahr/-ort
Blasewitz, Jens	Metallbauer	1974 Neubrandenburg

Tabelle 10: Kandidat der NPD für die Stadtvertretung Neubrandenburg

Kreisverband Nordvorpommern

Der Kreisverband Nordvorpommern umfasst die Landkreise Nordvorpommern und Rügen sowie die kreisfreie Stadt Stralsund. Sitz des Kreisverbandes ist Stralsund. Aufgrund der Zerwürfnisse zwischen der freien Kameradschaftsszene und der lokalen NPD kann das rechtsextreme Potential wohl nur in geringem Maße ausgeschöpft werden. Dies zeigt sich schon darin, dass die NPD im Landkreis Rügen nicht mit einem einzigen Kandidaten antritt und in Nordvorpommern nur mit zwei Kandidaten.

Hansestadt Stralsund

In Stralsund ist die NPD seit der Kommunalwahl 2004 mit zwei Sitzen vertreten. Diese haben Dirk Ahrendt, der Vorsitzende des Kreisverbandes, und Bernd Flotow, der wegen häufiger Abwesenheit bei den Bürgerschaftssitzungen in der Satiresendung extra 3 als „faulster Abgeordneter Deutschlands“ bezeichnet wurde. Mit Rolaf Gorgs und Karsten Münchow treten auf Listenplatz 3 und 4 zwei Kandidaten an, die bereits bei der Landtagswahl 2006 als Direktkandidaten in der Region für die NPD zur Verfügung standen. Das Zerwürfnis mit den Kameradschaften lässt sich am Durchschnittsalter der Kandidaten von 44 Jahren ablesen. Das beste Indiz für den Bruch mit der von Axel Möller angeführten Kameradschaftsszene zeigen Artikel auf dem rechtsextremistischen Nachrichtenportal altermedia zur Stralsunder NPD.¹⁷ Der Erfolg der NPD wird wohl maßgeblich von der Einbindung der Kameradschaften abhängen.

17 Exemplarisch wird auf folgenden Artikel verwiesen: http://de.altermedia.info/general/experten-unter-sich-npd-stralsund-kontra-ostsee-zeitung-und-professor-buchstein-211006_7325.html, Stand 20.06.2009.

Name	Listenplatz	Beruf	Geburtsjahr/-ort
Ahrendt, Dirk	1	Konstruktionsmechaniker	1976 Stralsund
Bartsch, Klaus	2	Eisenbahnbautechniker	1959 Peitz
Gorgs, Rolaf	3	Bürokaufmann	1958 Stralsund
Münchow, Karsten	4	Kaufmann im Groß- und Außenhandel	1976 Stralsund
Schwarz, Thomas	5	Bäcker	1968 Reinbek
Flotow, Bernd	6	Handwerksmeister	1953 Stralsund

Tabelle 12: NPD-Kandidaten für die Stralsunder Bürgerschaft

Landkreis Nordvorpommern

Ausdruck des Zerwürfnisses zwischen Kameradschaften könnte ebenfalls der Zuzug Raimund Borrmanns sein. Der Landtagsabgeordnete soll vermutlich diese Problematik lösen. Der erst Anfang 2009 erfolgte Zuzug trägt allerdings, wenn man die Kandidaten im Kreisgebiet betrachtet, noch keine Früchte.

Name	Kandidatur für Gemeindevertretung	Beruf/Tätigkeit	Geburtsjahr/-ort
Borrmann, Raimund	Grimmen	NPD-Landtagsabgeordneter	1960 Rostock/Warnemünde
Zamzow, Herbert	Semlow	Schlosser	1955 Barth

Tabelle 13: NPD-Kandidaten für den Kreistag Nordvorpommern

Landkreis Rügen

Die NPD tritt im Landkreis Rügen weder mit Kandidaten für Gemeindevertretungen noch mit einer Liste für den Kreistag an.

Kreisverband Ostvorpommern

Der Kreisverband Ostvorpommern umfasst gleichnamigen Landkreis sowie die kreisfreie Stadt Greifswald und existiert in dieser Form erst seit Ende 2003. Bis Mitte 2003 ging fast ausschließlich Aktivität vom KV Greifswald aus. Dieser war einer der ersten Kreisverbände, der verstärkt mit der Kameradschaftsszene zusammenarbeitete und daraus eine

starke innerparteiliche Kraft bezog. Deutlich wurde dies darin, dass seit 2001 drei der neun Mitglieder des Landesvorstandes dem KV Greifswald angehörten. Mit der erneuten Verurteilung und Inhaftierung des damaligen Kreisvorsitzenden Maik Spiegelmacher im September 2003 hat sich jedoch die gesamte Struktur zerschlagen und die Kreisverbände Ostvorpommern und Greifswald fusionierten.¹⁸

Einen neuen Impuls für den Kreisverband gab der Zuzug Michael Andrejewskis im Vorfeld der Kommunalwahl 2004. Andrejewski war 1992 Gründer der Gruppe „Rostock bleibt deutsch“, welche laut Verfassungsschutz mutmaßlich von der NPD gesteuert wurde und mitverantwortlich gemacht wird für die extrem ausländerfeindliche Stimmung im Umfeld des „Brandanschlags“ von Rostock-Lichtenhagen (Innenministerium MV 2002: 30). Trotz seines relativ gesehen hohen Alters (50 Jahre) schaffte es Andrejewski sowohl die Zusammenarbeit mit der Kameradschaftsszene und der NPD aufrechtzuerhalten, als auch nach außen seriös wirkende kommunalpolitische Aktionen durchzuführen (Beier et al. 2006: 46-47). Hiervon sollte der Wahlerfolg bei den Kommunalwahlen 2004 allerdings noch nicht beeinflusst gewesen sein. Die NPD trat sowohl zur Wahl des Kreistages als auch für die Stadtvertretung Anklam und die Gemeindevertretung Züssow an und konnte nur in Züssow nicht reüssieren. Im Kreistag erwarb sie mit 4,2 Prozent der Stimmen zwei Sitze, in der Stadtvertretung Anklam mit 8,0 Prozent der Stimmen ein Mandat. Trotz der Tatsache, dass die NPD nicht für die Bürgerschaft Greifswald antritt, fanden sich insgesamt 13 Personen bereit, für die NPD zu kandidieren.

Hansestadt Greifswald

Warum die NPD in Greifswald nicht antrat, lässt sich nur vermuten. Gleichwohl wurde in der Hansestadt eine Wahlkampfveranstaltung durchgeführt, die sich in erster Linie an die Einpendler und Tagestouristen des Umlandes richtete.

Landkreis Ostvorpommern

Die oben bereits angesprochene enge Verzahnung der NPD mit der lokalen Kameradschaftsszene schlägt sich auch in der Kandidatenliste nieder. So liest sich die Liste wie das „Who is who“ der vorpommerschen Kameradschaftsszene. Gielnik, auf Listenplatz 2, ist Teil der Bürgerinitiative „Schöner und sicherer Wohnen in Ueckermünde“ und ebenfalls Mitglied des Landesvorstandes der NPD. Wendt, der das „nationale Wohnprojekt“ in Salchow und die dort stattfindenden Konzerte der rechten Szene betreut, folgt auf Listenplatz 3. Auf Listenplatz 4 folgt der Kreisvorsitzende Enrico Hamisch, der Wahlkreismitarbeiter Tino Müllers ist, Herausgeber des „Insel-Boten“ sowie Teil des Kameradschaftsbundes

18

Siehe hierzu einen Artikel von Stephan Kosa: Der Weg zum biedereren Auftritt. Ein Abriss zur Entwicklung der nationalen Rechten in Greifswald. Erschienen im moritz-Magazin 57, Juni 2006, S. 19.

Usedom und des Sozialen und Nationalen Bündnisses Pommern. Mit Lutz Giessen auf Platz 5 findet sich eine weitere führende Kraft der deutschen Kameradschaftsszene. Giessen wirkte lange Zeit auch in Greifswald und hatte Kontakte zur Burschenschaft Rugia, mittlerweile hat er sein Aktionsfeld aufs Land verlagert. Er ist ebenfalls im SNBP und fungiert immer wieder als Anmelder rechtsextremer Demonstrationen. Der in Lissan an-tretende Hilse zeichnet nach Presserecht für den Lissaner Boten verantwortlich. Drei der 13 Kandidaten sind wegen Körperverletzung vorbestraft, auch dies ein Indiz für die enge Zusammenarbeit mit der gewaltbereiten Kameradschaftsszene. Der ehemalige Kreisvorsitzende Christian Deichen kandidiert nur in der Gemeinde Wolgast. Interessant ist auch, dass bis auf Andrejewski keiner der Kandidaten von 2004 erneut antritt; ein Hinweis auf den Wandel seit dem Zuzug Andrejewskis.

Name	Listenplatz auf der Kreis-tagliste	Kandidatur Gemeindevertretung	Beruf	Geburtsjahr /-ort
Andrejewski, Michael	1	Anklam	Rechtsanwalt	1959 Baden-Baden
Gielnik, Michael	2	Heringsdorf	Kfz-Mechaniker	1983 Haldensleben
Wendt, Alexander	3	Klein Bünzow	Maler und Lackierer	1979 Anklam
Hamisch, Enrico	4	Heringsdorf	Angestellter	1974 Wolgast
Krebs, Mathias	5	Heringsdorf	Koch	1982 Greifswald
Giessen, Lutz	6	Boldekow	Hochbaufacharbeiter	1974 Oranienburg
Pflugradt, Enriko	7	Anklam	Dachdecker	1980 Karlsburg
Erdmann, Kai	8	Usedom	Maler	1981 Wolgast
Ohm, Daniel	9	Usedom	Maler	1983 Wolgast
Grimm, Enrico	entfällt*	Anklam	Selbstständig	1970 Anklam
Hilse, Christian	entfällt*	Lissan	Trockenbaumonteur	1981 Wolgast
Deichen, Christian	entfällt*	Wolgast	Unternehmer	1982 Wolgast
Gerth, Reinhard	entfällt*	Wolgast	Fernmeldetechniker	1954 Wolgast

Tabelle 14: NPD-Kandidaten für den Landkreis Ostvorpommern

*kandidiert nur für Gemeindevertretung

Kreisverband Uecker-Randow

Der Kreisverband Uecker-Randow erstreckt sich als einziger tatsächlich nur auf eine Verwaltungseinheit, den gleichnamigen Landkreis. Er ist damit bezogen auf die Anzahl der Einwohner der kleinste Kreisverband. Die Liste für den Kreistag des Landkreises ist mit elf Kandidaten allerdings die längste aller Kreisverbände. Obwohl auch hier wohl der Großteil der Kandidaten der freien Kameradschaftsszene zuzuordnen ist, zeigt sich im Landkreis Uecker-Randow ein anderes Bild als in Ostvorpommern. Über die einzelnen Kandidaten ist bis auf Tino Müller und seinen Bruder Marko relativ wenig bekannt. Dirk Bahlmann wird noch als lokale NPD-Größe bezeichnet¹⁹ und Mathias Panhey zeichnete paradoxerweise als Schüler für das Design und die Programmierung der Internetseite des VIII. Deutsch-Polnischen Jugendfestivals mitverantwortlich. Es findet sich keinerlei Kameradschafts- oder NPD-„Prominenz“ unter den Kandidaten. Dies ist Ausdruck der straffen Führungsstruktur durch Tino Müller, auf den der gesamte Kreisverband ausgerichtet ist, ähnlich wie dies zu Zeiten Maik Spiegelmachers im Kreisverband Greifswald der Fall war. Tino Müller hat sich so seine eigene Hausmacht in der NPD M-V geschaffen. Als Instrument hierfür dient ihm insbesondere das SNBP, dessen Einflussgebiet bis in den brandenburgischen Teil der Uckermark reicht.²⁰

Eine weitere Besonderheit ist die Tatsache, dass die NPD einzig im Landkreis Uecker-Randow Kandidaten für die Wahl zum Bürgermeister aufgestellt hat. Allerdings wirkte der sogenannte „Caffier“-Erlass und Tino Müller wurde nicht als Bürgermeisterkandidat für Ferdinandshof zugelassen. Daniel Mante konnten jedoch keine verfassungsfeindlichen Bestrebungen nachgewiesen werden, so dass er für die Wahl zum Bürgermeister in Löcknitz zugelassen wurde. Löcknitz stellte einen Schwerpunkt der Wahlstrategie des Kreisverbandes dar. Allein sieben Kandidaten traten für die Wahl zur Gemeindevertretung in der gerade einmal dreitausend Bürger fassenden Stadt an. Löcknitz ist durch den hohen Anteil aus Stettin zugezogener Polen charakterisiert, im Stadtbild durch zahlreiche zweisprachige Ausschilderungen sowie polnische Geschäfte erkennbar. Hier will die Kreis-NPD den Schwerpunkt ihres Anti-Polonisierungswahlkampfes führen. Interessant hierbei ist, dass vier der sieben Kandidaten ursprünglich aus Schwedt stammen und zumindest ein Bürger von „eingeflogenen“ Kandidaten sprach. Dies ist ein Hinweis auf Müllers Verbindungen bis ins Brandenburgische.

19 http://www.gegenrede.info/news/2009/lesen.php?datei=090525_02, Stand 30.06.2009.

20 Vgl. Artikel von Andrea Röpkke: Das System Müller. Erschienen in Blick nach rechts 11/2009, <http://www.bnr.de/content/das-system-mueller>.

2. Die Kandidaten der NPD

Name	Listenplatz auf der Kreis-tagsliste	Kandidatur Gemeinde-vertretung	Beruf	Geburtsjahr /-ort
Müller, Tino	1	Ferdinandshof	Maurer	1978 Ueckermünde
Müller, Marko	2	Ueckermünde	Kfz-Mechaniker	1982 Ueckermünde
Neumann, Marcus	3	Ueckermünde	Kfz-Mechaniker	1983 Ueckermünde
Krähenbrink, Heiko	4	Viereck	Dreher	1961 Torgelow
Bahlmann, Dirk	5	Löcknitz	Maurer	1968 Pasewalk
Belz, Kristian	6	Pasewalk	Industriekaufmann	1978 Pasewalk
Panhey, Mathias	7	Eggesin	Chemielaborant	1987 Ueckermünde
Schulze, Edgar	8	Löcknitz	Heizungsbauer	1976 Schwedt
Rutz, André *	9	nein	Bauglaser	1969 Pasewalk
Gerth, André	10	Ueckermünde	Hochbaufacharbeiter	1980 Schlema
Sümnick, Toni	11	Löcknitz	Chemielaborant	1988 Schwedt
Taube, Jens	entfällt **	Löcknitz	Gerüstbauer	1981 Schwedt
Mante, Daniel	entfällt **	Löcknitz	Dachdecker	1975 Schwedt
Dreblow, Frank	entfällt **	Löcknitz	Gleisbauer	1965 Pasewalk
Poley, Robert	entfällt **	Löcknitz	Elektroniker	1986 Pasewalk

Tabelle 15: NPD-Kandidaten im Landkreis Uecker-Randow

*kandidiert nur für Kreistag / ** kandidiert nur für Gemeindevertretung

c) Vergleichende Auswertung

Bis jetzt wurden die Kandidaten nach Alter und Herkunft untersucht und dies in Verbindung zu den Charakteristika der Kreisverbände gebracht. Alter diene hierbei als Indikator für die Einbindung der Kameradschaftsszene. So ist festzustellen, dass in allen Kreisverbänden – außer dem Kreisverband Nordvorpommern – die Kameradschaften eingebunden sind. Auf Kreisebene ergibt sich dann nochmals ein differenzierteres Bild: Im Kreis Ludwigslust sind die Kandidaten deutlich älter als im Rest des Kreisverbandes, ähnlich sieht dies im Müritz-Kreis aus. Ist beim Landkreis Ludwigslust eher von einer taktischen Überlegung auszugehen, sich als biedere, schon etwas gesetztere und kompetente Partei darzustellen, so ist das höhere Durchschnittsalter im Müritz-Kreis auf den Zuzug der älteren Familie Zutt zurückzuführen. Wie sich der Zuzug auf die künftigen Parteistrukturen im Müritz-Kreis auswirkt, ist noch nicht absehbar.

Das Merkmal Herkunft wurde als Indiz für den Aufbau von Kaderapparaten genutzt. Der hohe Anteil ursprünglich Westdeutscher in den Landkreisen Ludwigslust und Müritz dient ebenfalls der Beschreibung des Systems Ostexpansion, also dem Aufbau von Parteistrukturen in Ostdeutschland durch altgediente, westdeutsche Partei- oder Kameradschaftskader. Ebenfalls könnte Herkunft im Landkreis Uecker-Randow zur Untermauerung der Stärke des Systems „Müller“ angesehen werden. Bei beiden Annahmen ist jedoch Vorsicht geboten, eine eingehendere Betrachtung der Biographien der Kandidaten ist hierfür notwendig.

Bisher völlig unberücksichtigt geblieben sind die Berufe der Kandidaten. Festzustellen ist, dass im Westen des Landes häufiger Angestellte, Selbständige und Studierende unter den Kandidaten zu finden sind. Dies könnte Ausdruck der bereits oben vermuteten Ausrichtung als kompetente und schlagkräftige Partei sein. Festzuhalten bleibt jedoch, dass – wie bereits 2004 – die Kandidaten der Partei aus den unteren sozialen und auch bildungsfernen Schichten kommen und somit aus dem sozialen Milieu, das auch die Zielgruppe der Partei bildet (Beier et al. 2006: 151).

Unbeachtet blieb bisher das Geschlecht der Kandidaten. Gerade einmal acht der 89 Kandidaten, also nicht einmal zehn Prozent waren weiblich. Einzig in den beiden westlichen Kreisverbänden gab es weibliche Kandidaten. Besonders sticht hier der Kreisverband Mecklenburg-Mitte mit den Listen für den Kreistag Müritz sowie die Stadt Waren (Müritz) hervor, auf der 60 Prozent der Kandidaten weiblich sind. Festzustellen ist jedoch insgesamt, dass die Vorstellung von der Rolle der Frau als „Hüterin der Familie“²¹ in der NPD Mecklenburg-Vorpommerns stärker verankert ist als beispielsweise in Sachsen.

21

Vgl. Artikel von Andrea Röpkke: Das System Müller. Erschienen in Blick nach rechts 11/2009, <http://www.bnr.de/content/das-system-mueller>.

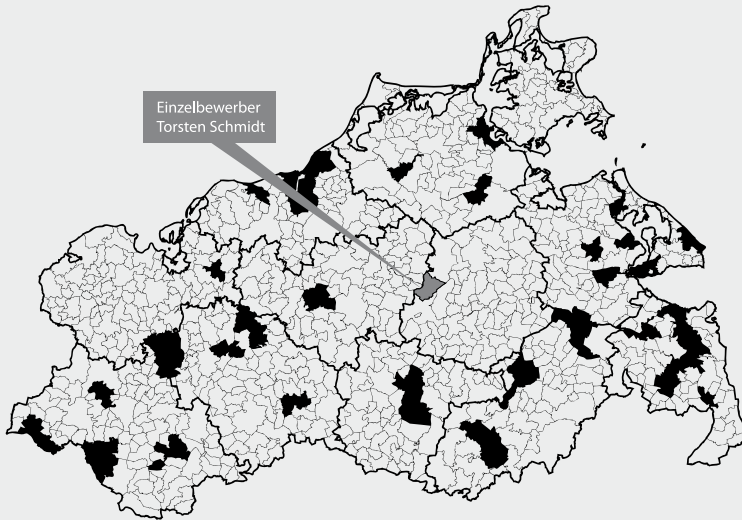


Abbildung 1: Gemeinden mit Kandidaturen der NPD für die Gemeindevertretung

Welche Feststellungen können darüber hinaus noch gemacht werden? Setzt man die Anzahl der Kandidaten pro Kreisverband ins Verhältnis zur Einwohnerzahl, so lässt sich erkennen, dass zwei Kreisverbände besonders herausstechen. Dies sind die Kreisverbände Ostvorpommern und Uecker-Randow. Hier ist die Anzahl der Kandidaten deutlich höher als in allen anderen Kreisverbänden.

Kreisverband	Einwohner im Gebiet des Kreisverbandes (Stand 31.12.2007)	Anzahl der Kandidaten	Kandidaten pro 100.000 Einwohner
Westmecklenburg	485.602	27	5,6
Mecklenburg-Mitte	571.855	22	3,8
Mecklenburg-Strelitz	147.659	4	2,7
Nordvorpommern	237.191	8	3,4
Ostvorpommern	161.983	13	8,0
Uecker-Randow	75.392	15	19,9

Tabelle 16: Anzahl der Kandidaten und Einwohner pro Kreisverband sowie deren Relation

Mit 34 Gemeinden und neun Landkreisen, in denen sich die NPD zur Wahl stellt, ist die Zahl der Vertretungskörperschaften von vormals fünf Gemeindevertretungen und drei Kreistagen enorm gestiegen. Daher sollen hier noch einmal die Gemeinden, in denen die NPD antritt grob verglichen werden. Die Grundannahme, dass die NPD nur dort antrete, wo sie sich gute Chancen ausrechnet, gewählt zu werden, scheint nur bedingt erfüllt (Beier et al. 2006: 36). So tritt die NPD erneut in allen Gemeinden und Kreistagen an, in denen sie bereits vertreten war. Setzt man allerdings die Wahlergebnisse der Landtagswahl als prognostischen Wert für die Kommunalwahl, so lässt sich dieses Bild nur bedingt bestätigen. Abgesehen von den kreisfreien Städten, wo durch die hohe Mandatszahl in den kommunalen Vertretungen bereits ein geringer Stimmanteil ausreicht, um einen Sitz zu erzielen, hat die NPD sich nicht auf „sichere“ Gemeinden zurückgezogen. Beispielhaft hierfür sind Gemeinden wie Lübz und Demen, in denen die Partei bei der Landtagswahl nur unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielte. In Gemeinden mit überdurchschnittlichen Ergebnissen, wie beispielsweise Postlow, wurde kein Wahlvorschlag eingereicht. Allerdings trat die NPD überwiegend in größeren Gemeinden auf, was sich zum einem durch das Erfolgskalkül und zum anderen durch die nicht beliebig verschiebbaren Kandidaten begründen lässt.

Obwohl die NPD in kleinen Gemeinden überdurchschnittlich hohe Stimmenanteile gewinnen kann, wirkt die geringe Anzahl der zu vergebenden Mandate wie eine Sperrklausel. Die so genannte mechanische Sperrklausel entspricht ungefähr einem Stimmenanteil von $\frac{1}{n+1}$,²² wobei n der Anzahl der zu vergebenden Sitze entspricht. Es könnte also durchaus als taktische Entscheidung gelten, nur in Gemeinden anzutreten, die deutlich größer als die Durchschnittsgemeinde sind, um diese mechanische Sperrklausel zu umgehen. Ebenso kann die Tatsache, dass man in über der Hälfte der Gemeinden mit mehr als einem Kandidaten antritt, als taktisches Kalkül interpretiert werden. Die Wahrscheinlichkeit eine größere Anzahl an Stimmen durch eine große Anzahl an Kandidaten zu erreichen, ist hoch einzuschätzen. Die Schwerpunkte der Kandidaturen sind sowohl der Karte als auch der Tabelle 17 zu entnehmen; es handelt sich um die Landkreise Ostvorpommern, Ludwigslust und Uecker-Randow.

22 Bedingt durch eine hohe Fraktionalisierung der Stimmen und die Vergabe der Sitze nach Hare/Niemeyer kann dieser allerdings deutlich geringer ausfallen.

2. Die Kandidaten der NPD

Landkreise	Gemeindename	Anzahl der NPD-Kandidaten	Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2007) *	Stimmanteil der NPD bei Landtagswahl 2006
Kreisfreie Stadt	Rostock	6	200.413	5,1
Kreisfreie Stadt	Stralsund	6	58.027	6,4
Kreisfreie Stadt	Schwerin	3	95.855	5,5
Kreisfreie Stadt	Neubrandenburg	1	66.735	6,3
Bad Doberan	Bad Doberan	4	11.294	8,8
Güstrow	Güstrow	1	30.799	6,4
Ludwigslust	Lübtheen	5	4.688	16,0
Ludwigslust	Boizenburg/Elbe	2	10.715	7,1
Ludwigslust	Teldau	2	894	7,7
Ludwigslust	Wittenburg	2	4.878	9,3
Ludwigslust	Ludwigslust	1	12.700	6,6
Mecklenburg-Strelitz	Friedland	2	6.863	14,4
Mecklenburg-Strelitz	Neustrelitz	1	21.910	7,3
Müritz	Waren (Müritz)	5	21.291	5,1
Nordvorpommern	Grimmen	1	10.821	6,1
Nordvorpommern	Semlow	1	789	7,0
Nordwestmecklenburg	Neukloster	1	4.019	7,2
Ostvorpommern	Anklam	3	13.768	12,4
Ostvorpommern	Seebad Heringsdorf	3	9.439	15,6
Ostvorpommern	Wolgast	2	12.144	10,8
Ostvorpommern	Usedom	2	1.903	18,3
Ostvorpommern	Lassan	1	1.702	11,2
Ostvorpommern	Boldekow	1	593	18,5
Ostvorpommern	Klein Bünzow	1	871	21,1
Parchim	Lübz	2	6.447	6,4
Parchim	Sternberg	2	4.490	8,3
Parchim	Demmen	1	1.097	4,7

Landkreise	Gemeindename	Anzahl der NPD-Kandidaten	Einwohnerzahl (Stand: 31.12.2007) *	Stimmanteil der NPD bei Landtagswahl 2006
Parchim	Dabel	1	1.448	8,3
Uecker-Randow	Löcknitz	7	3.021	20,7
Uecker-Randow	Ueckermünde	3	10.387	18,2
Uecker-Randow	Eggesin	1	5.380	10,1
Uecker-Randow	Pasewalk	1	11.699	15,1
Uecker-Randow	Ferdinandshof	1	3.027	15,9
Uecker-Randow	Viereck	1	1.396	18,4

Tabelle 17: Gemeinden mit NPD-Kandidaten zur Wahl der Gemeindevertretung

* Eingemeindungen seit dem 31.07.2007 blieben unberücksichtigt; durchschnittliche Einwohnerzahl in den kreisangehörigen Gemeinden: 1376 EW (Median: 635 EW).

d) Fazit

Wie bereits in anderen Zusammenhängen festgestellt, zeigt die NPD in Mecklenburg-Vorpommern ein sehr heterogenes Bild. Der Befund „Persons do matter!“ (Beier et al. 2006: 157) bestätigt sich erneut auch für die Kommunalwahl. Zudem ist durch den Landtagseinzug 2006 und den damit verbundenen finanziellen Ressourcen eine Stabilisierung und in den östlichen Landesteilen sogar eine Stärkung der NPD-Strukturen festzustellen. Bereits das Antreten der NPD in 34 Gemeinden und in fast allen Landkreisen ist für sie als gewisser Erfolg zu werten.

III. Der Kommunalwahlkampf in verschiedenen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns

3.1 Ludwigslust

Michael Mach

a) Allgemeines

Die Stadt Ludwigslust liegt im Südwesten Mecklenburg-Vorpommerns. Sie ist Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises, welcher sich 1994 aus den Kreisen Ludwigslust und Hagenow, sowie den Ämtern Stralendorf und Rastow des ehemaligen Kreises Schwerin Land bildete. Das Stadtgebiet umfasst 78,3 km². Ludwigslust hat 12.474¹ Einwohner. Der Ausländeranteil ist mit 644² Personen (5,18 Prozent³) etwas höher als der Landesdurchschnitt (3,96 Prozent⁴), was sich mit dem ortsansässigen Asylbewerberheim erklären lässt. Die Einwohnerzahl der Stadt ist leicht rückläufig; sie sank von 13.176⁵ (1989) auf 11.973⁶ (2005). In Folge von Eingemeindungen umliegender Orte erhöhte sich zwar die Einwohnerzahl, der rückläufige Trend bleibt jedoch bestehen. Eine zunehmende Überalterung der Stadt ist anzunehmen; bereits heute sind 45 Prozent aller Einwohner über 50 Jahre alt. Die Arbeitslosigkeit in Ludwigslust ist verglichen mit dem Landesdurchschnitt gering; in den vergangenen Jahren konnte hier sogar eine positive Entwicklung verzeichnet werden. Ludwigslust besitzt als ausgewiesenes Mittelzentrum mit Teilfunktion seine lokale Bedeutung; die Stadt verfügt über zahlreiche Fachärzte, ein Krankenhaus, verschiedene Ämter, Kultureinrichtungen, Dienstleistungsangebote und zahlreiche Einkaufsmöglichkeiten. Die Wirtschaftsstruktur der Stadt ist stark diversifiziert. Mehrere mittelständische Unternehmen verschiedener Branchen siedelten sich in Ludwigslust an. Die Kreisverwaltung ist

1 Angaben Stadt Ludwigslust Einwohnermeldeamt für den Stichtag 31.12.2008.

2 Angaben Stadt Ludwigslust Einwohnermeldeamt für den Stichtag 31.12.2008.

3 Angaben Stadt Ludwigslust Einwohnermeldeamt für den Stichtag 31.12.2008.

4 <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?id=3545>, Stand 10.11.2009

5 http://www.stadt Ludwigslust.de/portal/page?_pageid=74,40767&_dad=portal&_schema=PORTAL, Stand 10.11.2009.

6 http://www.stadt Ludwigslust.de/portal/page?_pageid=74,40767&_dad=portal&_schema=PORTAL, Stand 10.11.2009.

einer der größten Arbeitgeber der Stadt. Ludwigslust weist eine positive Pendlerbilanz auf und bot 2006 5.904 Menschen einen Arbeitsplatz.⁷

Seit 2008 ist Petra Billerbeck (parteilos) Bürgermeisterin. Sie löste den Grünen Hans Jürgen Zimmermann nach 18 Jahren Amtszeit ab.⁸ In der 2004 gewählten Stadtvertretung sind fünf Parteien vertreten. Mit neun Mandaten stellt die CDU die mitgliederstärkste Fraktion, gefolgt von der SPD (6), DIE LINKE⁹ (5) und Bündnis 90/Die Grünen (4). Die NPD hat einen Abgeordneten in der Stadtvertretung.

b) Rechtsextremismus vor Ort

Personen

Klaus Bärthel scheint immer noch Dreh- und Angelpunkt der rechtsextremen Szene in Ludwigslust zu sein. Der in Hamburg geborene Rentner (Jahrgang 1938) zog 1999 mit seiner Frau nach Ludwigslust. Bärthel ist der Neonaziszene zuzurechnen. Er war mutmaßlicher Initiator der Kameradschaft „Ludwigslust 88“, welche jedoch seit längerem nicht mehr existiert. Seit seinem Zuzug in die Kreisstadt fungierte Bärthel als Organisator und Anmelder mehrerer Demonstrationen und Veranstaltungen; zum Teil auch in Zusammenarbeit mit der NPD. Eine gewisse Bekanntheit erlangte Bärthel in den späten 1990er Jahren mit dem in seinem „Wolf Verlag“ erschienenen Blatt „Zentralorgan“ (vgl. Beier et al. 2006: 93).

Publizistisch ist Bärthel heute allerdings nicht mehr tätig. Zeitweise betrieb er die Internetplattform „Ludwigsluster Beobachter“, auf der er das aktuelle politische Geschehen aus seiner eigenen Weltsicht heraus kommentierte. Dieses Projekt wurde jedoch wieder eingestellt. Heute scheinen sich seine Internet-Aktivitäten auf vereinzelte Statements in dem von Axel Möller von Stralsund aus betriebenen „Störtebeker-Netz“ sowie auf Kommentare zu lokalen Themen auf der Internetseite der Schweriner Volkszeitung zu beschränken.

Bärthel sitzt seit 2004 für die NPD in der Stadtvertretung Ludwigslust. Er konnte im gleichen Jahr ein Mandat für den Kreistag Ludwigslust erringen, welches er jedoch nur bis 2006 wahrnahm. Seinen Platz nahm der Rechtsextremist Michael Grewe ein, der zu dieser Zeit für die NPD in der Gemeindevertretung Teldau saß. 2006 trat Bärthel erfolglos als Direkt- und Listenkandidat für die NPD bei den Landtagswahlen an.

Freie Szene

Neben der schon erwähnten von Bärthel initiierten, heute jedoch nicht mehr aktiven Ka-

7 <http://www.stadtludwigslust.de>, Stand 10.11.2009.

8 Seit 2009 sitzen Zimmermann und Billerbeck für die Grünen im Ludwigsluster Kreistag.

9 Bis Juli 2005 PDS, bis Juni 2007 Linkspartei. PDS.

meradschaft „Ludwigslust 88“ ist das „Tattoo-Studio Walhalla“ ein weiterer bekannter Anlaufpunkt der rechten Szene in Ludwigslust. Das von dem Rechtsextremisten Thomas Mutscher betriebene Studio wurde 2001 eröffnet. Im Folgejahr eröffnete er den Musik- und Buchladen Wotan, welcher jedoch nicht lange Bestand hatte.¹⁰ Die rechte Szene ist heute im Stadtbild kaum mehr wahrzunehmen. Ihre Aktionskraft hat in den letzten Jahren nachgelassen. Ein Grund hierfür mag die abnehmende Aktivität des mittlerweile über 70-jährigen Bärthels sein. Aber auch die vielfältigen Aktionen der demokratischen Kräfte dürften hierzu beigetragen haben. In umliegenden Orten können vereinzelt lose rechte Gruppierungen identifiziert werden, welche jedoch nicht politisch aktiv sind, sondern eher durch aggressives Verhalten auf Dorffesten und bei ähnlichen Gelegenheiten auf sich aufmerksam machen.

Aktivitäten der NPD in der Stadtvertretung

Bärthels Aktivitäten in der Stadtvertretung Ludwigslust sind von mäßiger Intensität. Er ist in keinem Ausschuss vertreten. Somit beschränkt sich sein politisches Agieren auf die Stadtvertreterersitzungen sowie Einwohnerfragestunden der verschiedenen Ausschüsse. Bärthel versucht sich nach Angaben der RAA¹¹ als volksnaher und bürgerlicher Stadtvertreter darzustellen. Dies kann exemplarisch an einem Antrag zur „Instandsetzung des Ehrenmals für die gefallenen Soldaten und zivilen Opfer der Kriege aus dem Ortsteil Techentin“ von 2007 verdeutlicht werden. Dass seine politischen Anträge nicht immer aus eigener Feder stammen, beweist der ebenfalls 2007 gestellte Antrag „Maßnahmen gegen die ‚Verenglischung‘ der deutschen Sprache in der Stadtverwaltung“¹² zu tätigen. Dieser Antrag wurde zuvor schon in anderen Gemeindevertretungen und Kreistagen durch die NPD eingebracht.¹³

Aktivitäten gegen Rechtsextremismus

In der Stadt Ludwigslust sowie im gesamten Landkreis gibt es seit längerem vielfältige Unternehmungen, um gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vorzugehen. Die Stadt Ludwigslust richtete im Jahr 2001 die Stelle eines Stadtjugendpflegers ein, im Juli des gleichen Jahres wurde der erste Jugendrat der Stadt gewählt. Der Stadtjugendpfleger organisiert in Zusammenarbeit mit dem Jugendrat und weiteren Institutionen vielfältige Veranstaltungen, wie politische Diskussionen, Partys, Bandcontests, Sportveranstaltungen sowie das Musikfestival Burning Summer. Mit dieser Stelle wurde versucht einen

10 <http://www.links-lang.de/antifa/mv2002.pdf>, Stand 09.12.2009.

11 Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Mecklenburg-Vorpommern e.V.

12 <http://web.stadtludwigslust.de/bi/allris.net.asp>, Stand 09.12.2009.

13 Interview mit der RAA Ludwigslust und eigene Recherche.

direkten Kontakt zwischen der Stadt und den Kindern und Jugendlichen herzustellen, um ihre Wünsche und Nöte greifbar zu machen. Zum gleichen Zweck wurde der Jugendrat ins Leben gerufen, der neben dem Seniorenbeirat seine Interessen gegenüber der Stadt und der Stadtvertretung artikulieren kann. Weiter wird der Jugendrat in die Planung und Umsetzung von die Jugend betreffenden Vorhaben aktiv einbezogen. Als Resultat dieser kontinuierlichen Arbeit aller beteiligten Akteure verbesserte sich das Freizeitangebot in Ludwigslust. Somit ist es den rechten Kräften nur schwer möglich, Kinder und Jugendliche mit vermeintlichen Freizeitaktivitäten in ihren Aktionsraum zu ziehen.

Ein weiterer ortsansässiger Akteur ist das „Zebef“. Das Zentrum für Bildung, Erholung und Freizeit wandelte sich seit seiner Gründung 1995 von einem reinen Freizeitzentrum für Kinder und Jugendliche zu einer generationsübergreifenden kulturellen Begegnungsstätte mit vielfältigen Angeboten. Neben der Freizeitgestaltung für Kinder und Jugendliche legt das Zebef großen Wert auf die politische Bildung. Im Wahljahr 2009 wartete das Zebef wiederholt mit vielfältigen Aktionen, wie Diskussionsrunden und Themenveranstaltungen auf. „Anliegen ist es dabei, im Zebef Angebote im Sinne, Ludwigslust als Ort der Vielfalt zu unterbreiten, die sich um den Reichtum, die Buntheit, die Fülle an Möglichkeiten in Freizeit und politischen Interessen drehen.“¹⁴ Neben diesen Veranstaltungen führt das Zebef laufend neue, auf längere Zeit angelegte Projekte, wie z.B. die Ausstellung LabyrinthX,¹⁵ welche sich mit dem Thema Rassismus und Ausgrenzung beschäftigt, durch. Die Integration von Spätaussiedlern und Asylbewerbern, die Beschäftigung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus ganz Europa über den „Internationalen Jugendgemeinschaftsdienst“ sowie die Durchführung interkultureller Projekte tragen zu einer vielfältigen und bunten Arbeit im Zebef bei.

Weiter ist das „Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg“ mit vier Mitarbeitern in Ludwigslust ansässig. Mit ihren vielseitigen Angeboten (interkulturelles und demokratisches Lernen und Handeln; Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vermitteln; kulturell und strukturell voneinander getrennte Lebens- und Erfahrungswelten junger Menschen verbinden und Übergänge gestalten; Kindern und Jugendlichen Mitbestimmung und Teilhabe ermöglichen etc.)¹⁶ unterstützt die RAA Kommunen, Schulen, Vereine sowie andere Institutionen unter anderem im Kampf gegen den Rechtsextremismus. In Kooperation mit der RAA unterhält die Amadeu Antonio Stiftung das Projekt „Lola für Lulu – Frauen für Demokratie im Landkreis Ludwigslust“. „Das Projekt richtet sich gezielt an Mädchen und Frauen mit dem Ziel, sie

14 <http://www.zebef.de/>, Stand 09.12.2009.

15 <http://www.labyrinthx.de/index.php>, Stand 09.12.2009.

16 http://www.raa-mv.de/cms/index.php?SESS_ID=14e630acd0ed609ac400e596aa9c429&S_id=25, Stand 01.02.2010.

darin zu bestärken, sich für lebendige Demokratie in ihrer Region einzusetzen. [...] Ebenfalls unterstützt werden Frauen, die aus der rechten Szene aussteigen wollen.“¹⁷

Seit Mai 2009 sind sowohl die Stadt Ludwigslust als auch der Landkreis Teil der Initiative „Orte der Vielfalt“. Mit dieser von der Bundesregierung ins Leben gerufenen Aktion zeigen Stadt und Landkreis, dass sie jeder Form von Extremismus entschieden entgegenzutreten. Weiter ist der Landkreis in dem Programm „VIELFALT TUT GUT.“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend involviert. Ziel ist es Vielfalt, Toleranz und Demokratie als zentrale Werte der gesamten Gesellschaft zu festigen und Kinder und Jugendliche früh für diese grundlegenden Regeln eines friedlichen und demokratischen Zusammenlebens zu gewinnen. Mit der Erarbeitung lokaler Aktionspläne durch den Landkreis konnten Fördergelder akquiriert werden, die vor allem die politische Bildung sowie die Arbeit im präventiv-pädagogischen Bereich unterstützen.¹⁸ Ein weiterer Baustein des Landkreises ist der 1995 ins Leben gerufene Kriminalitätspräventionsrat. Ziel ist es, eine effektive Präventionsarbeit im Landkreis zu leisten und neue Ideen und Initiativen zu entwickeln und zu fördern. Im Vordergrund seiner Arbeit steht die breite Vernetzung verschiedener Akteure, wie Kommunen, Polizei, Justiz, freie und öffentliche Träger und Institutionen im Landkreis und darüber hinaus.¹⁹

c) Kommunalwahlkampf der NPD in Ludwigslust

Personen

Zu den Stadtvertreterwahlen 2009 stellte die NPD erneut Klaus Bärthel auf. Beobachter waren überrascht, dass die NPD nach ihrem für sie guten Abschneiden bei den Kommunalwahlen 2004 (3,63 Prozent auf Stadtebene, 3,4 Prozent auf Kreisebene) sowie den Landtagswahlen 2006 (7,3 Prozent der Zweitstimmen im Land, 6,45 Prozent in der Stadt Ludwigslust) lediglich einen Kandidaten in Ludwigslust aufstellte. Von den vorherigen Wahlergebnissen ausgehend, wäre die Erringung eines zweiten Sitzes für die NPD bei den Wahlen 2009 durchaus möglich gewesen. Zu vermuten ist, dass die NPD schlichtweg über nicht genügend Personal in Ludwigslust verfügt. Bärthel ließ sich ebenfalls für die Wahl des Kreistages aufstellen. Sein Listenplatz 8 (von 10) verdeutlicht jedoch, dass er in der rechten Szene auf Kreisebene an Bedeutung verloren hat.

17 <http://www.lola-fuer-lulu.de/was-wir-wollen/>, Stand 01.02.2010.

18 Mehr Informationen über Aktionen des Landkreises: http://www.lwl-aktiv.de/images/stories/Demokratieaktiv/Download/aufstand_kl.pdf.

19 <https://www.kreis-lwl.de/Der%20Landkreis/B%3BCrger%20engagieren%20sich/DerPr%3CA4ventionsrat/Seiten/default.aspx>, Stand 01.02.2010.

Die NPD war die erste Partei, die in Ludwigslust mit dem Kommunalwahlkampf begann. Sie nutzten verschiedene Medien, wie Plakate, Hauswurfsendungen, Informationsstände sowie das Internet, die im Folgenden näher beschrieben werden.

Wahlplakate

Bereits Mitte April, und damit weit vor allen anderen Parteien, fing die NPD mit ihrem Plakatwahlkampf in Ludwigslust an. Mit hohem Materialaufwand wurden vor allem die Einfahrtsstraßen der Stadt B 5, B 191 sowie B 106 mit Plakaten bestückt.

Dörfliche Ortsteile wie beispielsweise Weselsdorf/Niendorf blieben wiederum komplett unberücksichtigt. Auch nach den Plakatierungsaktionen der demokratischen Parteien waren die Aushänge der NPD an den Bundesstraßen optisch dominant. Unberechtigt entfernte NPD-Plakate wurden zumeist durch neue ersetzt.

Die Plakate gehen inhaltlich nicht auf die Stadt Ludwigslust oder auf die Region Süd-West-Mecklenburg ein. Auf den Plakaten sind Aussagen zu lesen wie:

- „Ländliche Infrastruktur stärken“,
- „Unsere Kinder sind die Zukunft. Ländliche Schulen erhalten!“,
- „Regional ist erste Wahl“,
- „Nicht meckern Handeln“,
- „Das erste Mal 16 ‚radikal, national, sozial.‘“

Diese Aussagen und Aufforderungen können für fast jede ländliche Region zutreffend sein und wurden landesweit eingesetzt. Personalisierte Plakate mit den Köpfen der Kandidaten waren in Ludwigslust sowie der umliegenden Region nicht zu finden. Dies ist erstaunlich, da Klaus Bärthel als Mitglied der Stadtvertretung einen gewissen Wiedererkennungswert besitzt. Auch der für den Kreistag auf Listenplatz 2 kandidierende Stefan Köster, ehemaliger Bundesgeschäftsführer der NPD und Vorsitzender der Landes-NPD und Landtagsabgeordneter, war auf keinem Plakat zu finden.

Alle Plakate sind in den NPD-typischen Farben Rot-Weiß gehalten. Die Aussagen der Plakate sind visuell gut erfassbar. Von einem hohen Wiedererkennungswert der NPD kann durch das einheitliche Design aller Plakate ausgegangen werden.

Hauswurfsendungen

Hauswurfsendungen der NPD gab es in Ludwigslust nach Aussagen der RAA mindestens einmal. Diese wurden jedoch nicht flächendeckend im ganzen Ort eingeworfen. Nach Einwohneraussagen gab es in einigen Teilen der Stadt eine zweite Wurfsendung.

Wahlkampfstände

In der Stadt Ludwigslust war die NPD während des Wahlkampfes an zwei Tagen mit

Wahlkampfständen vertreten. Die Stände befanden sich jeweils am Alexandrinenplatz im Zentrum der Stadt. Der erste Stand wurde am 09. April errichtet und fand somit etwa einen Monat nach der Wahlkampfauftaktveranstaltung der NPD Westmecklenburg in Boizenburg²⁰ statt. Ebenso wie beim ersten Wahlkampfstand, waren beim zweiten Stand am 28. Mai laut RAA regionale „NPD-Prominente“ wie Stefan Köster, Udo Pastörs und der Kreisverbandsvorsitzende Andreas Theißen zugegen. Dass beide Wahlkampfstände an einem Donnerstag stattfanden, ist kein Zufall: Der Donnerstag ist Markttag in Ludwigslust, an dem viele Bürger des Umlandes in die Stadt kommen. Insgesamt trat die NPD im Landkreis Ludwigslust sehr unterschiedlich mit ihren Wahlkampfständen auf, lediglich in größeren Orten, in denen sie Kandidaten für die Kommunalwahl aufstellten, waren sie mit Wahlkampfständen vertreten – so dreimal in Boizenburg (11. und 18. März, sowie 06. Juni), zweimal in Ludwigslust und einmal in Wittenburg (25. April). Eine Ausnahme bildet die Stadt Hagenow. Obgleich die NPD hier nicht zur Stadtvertreterwahl antrat, waren sie nach Aussagen des Ordnungsamtes bis zu zehnmal mit Wahlkampfständen vertreten. Die Intensität des Einsatzes von Wahlkampfständen in der Stadt Ludwigslust kann somit insgesamt als mittelmäßig eingestuft werden.

Internet

Das Internet spielte beim Kommunalwahlkampf der NPD in Südwestmecklenburg eine untergeordnete Rolle. Lediglich einige Tage vor der Wahl veröffentlichte die NPD auf der regionalen Internetseite einen Artikel zum Thema „Hartz IV: Kreistag LWL lehnt Situationsverbesserung für ARGE-Mitarbeiter und Hartz IV Opfer ab, übernimmt aber NPD-Initiative zur Stärkung des ländlichen Raums“. In diesem Artikel wurde explizit zur Wahl der NPD aufgerufen: „darum die NPD-Vertreter als starkes Kontrollorgan in den Kreistag wählen!“, „Am 7. Juni daher mit allen drei Stimmen die NPD-Kandidaten unterstützen.“²¹ Speziell auf den Ludwigsluster Kandidaten Bärthel abzielende Internetwahlwerbung wurde nicht gefunden.

Rolle der lokalen Medien im Wahlkampf

Die Rolle der lokalen Medien füllen in Ludwigslust die Schweriner Volkszeitung mit ihrem Lokalteil „Ludwigsluster Tageblatt“ sowie die Anzeigenblätter „Elbe Express“, „Hallo Nachbar“ und „Sonntags Blitz“ aus. Die SVZ erscheint täglich außer sonntags. Die Anzeigenblätter erscheinen einmal pro Woche. Das Ludwigsluster Tageblatt ist mit Abstand das wichtigste Informationsmedium über lokale und regionale Themen für die Bürger der Stadt. Auffällig ist, dass der Berichterstattung über Aktionen gegen NPD und Rechts-

20 Siehe SVZ Hagenower Kreisblatt vom 12. März 2009, S. 15.

21 <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1583&mid=8>, Stand 01.02.2010.

extremismus viel Platz gegeben wird.²² Am Freitag vor der Wahl (05. Juli) berichtete das Ludwigsluster Tageblatt ausführlich über eine Veranstaltung, welche über die Strategie der Kommunalpolitik der NPD im Landkreis Ludwigslust informierte.²³

Nach der Wahl wurden die Wahlergebnisse ohne Bewertungen durch das Ludwigsluster Tageblatt präsentiert. Bei besonderen Anlässen, wie einer zusätzlichen, „demokratischen“ Stimme bei den Wahlen der konstituierenden Sitzung in der Stadtvertretung Lübbtheen für ein NPD Mitglied, berichtete das Tageblatt ausführlich.²⁴

Insgesamt ließ sich feststellen, dass sich das Ludwigsluster Tageblatt nicht direkt gegen die NPD positioniert hat, jedoch den demokratischen Kräften und ihren Aktionen gegen Rechts viel Aufmerksamkeit widmete. Wahlwerbung der demokratischen Parteien und Wählervereinigungen in den Printmedien konnte verstärkt in den Anzeigenblättern, sowie vereinzelt in der SVZ festgestellt werden.

Bewertung der Intensität des NPD-Wahlkampfes

Der Kommunalwahlkampf der NPD bestand im Wesentlichen aus ihren vielen Wahlplakaten vor Ort. Diese waren weder auf die Stadt Ludwigslust noch auf den Landkreis ausgerichtet. Lediglich einige Plakate sprachen pauschal Probleme des ländlichen Raums an. Auf personalisierte Wahlwerbung wurde, trotz zahlreicher bekannter Kandidaten, verzichtet. Es kann hier von einem, im Vergleich zu anderen Parteien, intensiven, zugleich aber anonymen Plakatwahlkampf gesprochen werden.

Mit zwei Wahlkampfständen (Anfang April und Ende Mai) ist in diesem Bereich eine mäßige Intensität zu erkennen. Im Vergleich der Städte im Landkreis ist festzustellen, dass die NPD überwiegend dort mit Wahlkampfständen vertreten war, wo sie Kandidaten für die Stadtvertretung aufgestellt hat. Ausnahmen sind hier Lübbtheen, was jedoch mit der permanenten Präsenz der NPD durch das Bürgerbüro der Landtagsabgeordneten Köster und Pastörs begründet werden kann sowie die Stadt Hagenow. Hauswurfsendungen gab es in Ludwigslust mindestens ein, großteils zweimal. Dies ist, im Vergleich zu anderen Orten und Regionen in Mecklenburg-Vorpommern eher wenig. Demokratische Parteien nutzten dieses Medium in Ludwigslust deutlich intensiver als die NPD.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass der Wahlkampf der NPD in Ludwigslust anonym und unthematisch, dafür aber mit vergleichbar hohem Plakateinsatz durchgeführt wurde; die NPD-Plakate dominierten in vielen Straßenzügen der Stadt.

22 SVZ Hagenower Kreisblatt vom 12.März 2009, S. 15/ SVZ Hagenower Kreisblatt vom 14/15.März 2009, S. 17.

23 SVZ Ludwigsluster Tageblatt vom 05. Juni 2009, S. 16.

24 SVZ Hagenower Kreisblatt vom 04./05. Juli 2009, S. 15.

Reaktionen vor Ort auf den Wahlkampf der NPD

Direkte Reaktionen auf den Kommunalwahlkampf der NPD bei Aktionen gegen Wahlkampfstände konnten in Ludwigslust nicht festgestellt werden. Mit dem Entfernen oder Zerstören von NPD-Plakaten im Stadtgebiet waren allerdings einige illegale Reaktionen zu beobachten. Die meisten entfernten Plakate wurden durch die NPD recht zügig wieder erneuert. Die SPD nutzte für ihren eigenen Wahlkampf ein Plakat zum Thema Rechtsextremismus. Darauf ist ein Ortseingangsschild zu sehen, auf dem steht: „Sozial heißt:“, das Wort „Toleranz“ steht als Ortsname und das Wort „Nazis“ ist durchgestrichen (Ortsausgang). Als indirekte Reaktionen auf den Wahlkampf der NPD bzw. als Aktion der Ablehnung der NPD können Veranstaltungen des Jugendrates Ludwigslust („Heißer Stuhl“ am 28. Mai) sowie der „Stadt-AG“ gelten. Hier wurden Kandidaten der demokratischen Parteien eingeladen, um ihre Wahlziele darzustellen und sich der Öffentlichkeit zu präsentieren, die NPD wurde hier bewusst ausgeschlossen.

Das „Lokale Aktionsbündnis für Demokratie und Toleranz“ führte in Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien sowie weiteren Organisationen einige Veranstaltungen durch. Ziel dieser am 14. Mai, 28. Mai und 4. Juni stattfindenden Aktionen war es, für Toleranz zu werben und das Interesse der Bürger für die Wahl zu wecken. Dafür hatten sich die demokratischen Parteien im Stadtzentrum, im Bereich des Mehrgenerationenhauses „Zebef“ aufgestellt und machten für ihre Kandidaten sowie ihre Kommunalpolitik Werbung. Die NPD wurde bewusst von dieser Aktion ausgeschlossen. Sie errichtete jedoch, wie oben berichtet, am 28. Mai in Sichtweite einen eigenen Wahlkampfstand. Eine weitere Veranstaltung, welche als Reaktion auf die Aktivitäten der NPD gelten kann ist der 4. Politische Salon des Projektes „Lola für Lulu – Frauen für Demokratie im Landkreis Ludwigslust“ der Amadeu Antonio Stiftung. Hier wurde am 3. Juni im Ludwigsluster Rathaus über die NPD und deren Kommunalpolitik im Landkreis berichtet und mit lokalen und regionalen Akteuren diskutiert. Die NPD wurde hier ebenfalls ausgeschlossen, was Klaus Bärthel jedoch nicht daran hinderte, sich vor dem Rathaus zu postieren.

d) Wahlergebnisse

Schilderung des Wahlergebnisses

Die NPD konnte ihren Sitz in der Stadtvertretung verteidigen, verschlechterte sich jedoch im Vergleich zur Kommunalwahl 2004 um 0,89 Prozentpunkte – im Vergleich zur Landtagswahl 2006 sogar um 3,72 Prozent. Die NPD verlor im Vergleich zu 2004 in zehn Wahlbezirken relative Stimmenanteile, konnte allerdings in fünf Wahlbezirken einen relativen Stimmzuwachs verzeichnen. Im Vergleich zu den Zweitstimmenergebnissen

der Landtagswahl 2006 verlor die NPD in allen Wahllokalen. Die Stimmenanteile der Stadtvertretung für die NPD variieren unter den einzelnen Wahllokalen stark (0,6 bis 5,7 Prozent 2009; 0,4 bis 7,2 Prozent 2004).

Kommunalwahl 2004	477 Stimmen	3,62 %
Kommunalwahl 2009	392 Stimmen	2,73%

Tabelle 1: Ergebnisse für die NPD bei den Kommunalwahlen 2004 und 2009 sowie der Landtagswahl 2009

Reaktionen auf das Wahlergebnis

Es sind weder intern Reaktionen der NPD noch Aussagen des erneut gewählten Stadtvertreters Klaus Bärthel zu den Ergebnissen der Stadtvertreterwahl bekannt. Auf der Internetseite der NPD MV gibt es einen Artikel, in welchem sich überwiegend positiv zu den gewonnenen Sitzen in den Kommunalparlamenten geäußert wird: „Wir haben unser Pflichtziel von 30 Mandaten nicht nur erreicht, sondern das Pflichtziel verdoppelt“. Aber auch kritische Anmerkungen sind zu finden: „Die erfreulichen Ergebnisse und Mandatsgewinne täuschen uns aber nicht darüber hinweg, daß wir auch Wahlergebnisse erhalten haben, die uns nicht zufriedenstellen“.

Während die einzelnen Wahllokalergebnisse im Rathaus der Stadt Ludwigslust zusammengesetzt wurden, liefen parallel die aktuellen Ergebnisse auf einer Videowand. Ziemlich früh wurde klar, dass die NPD ihren Sitz verteidigen würde. Die Reaktion der anwesenden Personen, zumeist Mitarbeiter der Stadtverwaltung, Stadtvertreter und Kandidaten kann als routiniert gelassen beschrieben werden. Es schien, als hätten die Anwesenden damit gerechnet, dass Bärthel seinen Sitz verteidigen würde. Gleichzeitig äußerten sich einige Personen sehr kritisch und besorgt über das Ergebnis der NPD.

Bei einem Gespräch mit Karl Georg Ohse, Leiter der Beratungsstelle der RAA in Ludwigslust (Mai 2009) gab er sich keinesfalls erleichtert, obgleich er einräumte, dass seine Befürchtungen die NPD betreffend zum Glück nicht wahr geworden seien. Es sei aber deutlich geworden, dass die NPD (nicht nur in ihren Hochburgen) ein konstantes Wählerpotential besitzt. Erschreckend seien die hohen Wahlergebnisse und die offensichtliche Mobilisierungskraft der NPD im Hinblick auf die Untersuchung einzelner Wahllokale. Hierbei verwies er auf Wittenburg (Stanke) und Lübtheen (Pastörs).

Einschätzung des Wahlergebnisses

Trotz der Stimmenverluste im Vergleich zur Landtagswahl 2006 sowie zur Kommunalwahl 2004 ist es der NPD erneut gelungen, in die Stadtvertretung einzuziehen. Diese Tatsache

allein mit der Protestwahlhypothese zu begründen, kann nicht ausreichen. Es muss davon ausgegangen werden, dass es in der Stadt Ludwigslust einen Stamm an Wählern gibt, der seine Stimme nicht – zumindest nicht ausschließlich – aus Protest der NPD gibt. Somit kann eine Verankerung der NPD in einem Teil der Gesellschaft angenommen werden. Das aktuelle Ergebnis der NPD in der Stadt Ludwigslust kann, trotz des Wiedereinzugs in die Stadtvertretung, dennoch als Erfolg für die demokratischen Kräfte mit ihren vielseitigen Bemühungen gegen den Rechtsextremismus gewertet werden. Es muss allerdings auch darauf hingewiesen werden, dass es zurzeit kein offensichtlich hinreichendes Mittel gegen die Verankerung der NPD in diesen Teilen der Gesellschaft zu geben scheint.

3.2 Schwerin

Robert Nagy

a) Angaben zum Ort

Demographie

Schwerin ist mit weniger als 100.000 Einwohnern die kleinste Landeshauptstadt der Bundesrepublik Deutschland. Im Jahre 2007 lebten dort 95.855 Personen, davon waren 1997 Menschen ausländischer Herkunft. Dies entspricht einer Ausländerquote von 4,0 Prozent, womit die Stadt über dem Landesdurchschnitt 2007 von 2,4 Prozent, jedoch unter der bundesweiten Ausländerquote von etwa 8,2 Prozent liegt.¹ Vom im ganzen Bundesland latenten Problem der Abwanderung ist auch Schwerin nicht ausgenommen. So lebten 1990 noch 127.447 Menschen in der Stadt, deren Bevölkerung seit der Wende kontinuierlich gesunken ist. Die Ursachen dafür liegen sowohl in rückläufigen Geburtenraten als auch in Abwanderungen und Suburbanisierungstendenzen, die die Neuzuzüge übersteigen.² Auf einer Fläche von 130,46 km² ist die Stadt in 24 Stadtteile gegliedert. Es existieren sowohl sehr großflächige Gebiete mit sehr geringen Einwohnerzahlen – etwa die Stadtteile Göhrener Tannen oder Medewege – als auch sehr einwohnerreiche Regionen mit relativ geringer Flächenausdehnung wie die Stadtteile Lankow, Weststadt oder Mueßer Holz.

-
- 1 <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?&id=3545>, Stand 14.08.2009.
http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Presse/pm/2008/02/PD08__059__12521,templateId=renderPrint.psml, Stand 14.08.2009.
- 2 <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?&id=1066>, Stand 14.08.2009.

Wirtschaft & Arbeitsmarkt

Im Großen und Ganzen kann Schwerin als wirtschaftlich gesunde Region bezeichnet werden. Die Stadt ist zwar keine „blühende Landschaft“ oder „Boomtown“, allerdings auch keine dezidierte Problemregion. Der industrielle Sektor ist mit 36 Beschäftigten je 1000 Einwohnern recht schwach vor Ort vertreten. Unternehmen des Mittelstandes bilden den wirtschaftlichen Schwerpunkt Schwerins. Auch der Dienstleistungssektor und der Einzelhandel sind stark vertreten. Es gibt keine großen Einzelunternehmen, auf die sich die Wirtschaftskraft und die Beschäftigung der Stadt hauptsächlich konzentrieren, sondern eine breit gefächerte Palette von Unternehmen und Arbeitgebern, z.B. das Bauwesen, Brauereigewerbe, Druckereien, diverse Handwerksbetriebe, Unternehmen im Bereich Elektronik, die Nahrungsmittelwirtschaft und natürlich auch der Bereich Tourismus.³ Ein erhebliches Beschäftigungsreservoir bilden zudem die Stadtverwaltung sowie die Behörden der Landeshauptstadt.

Dennoch bleibt auch Schwerin nicht von der Problematik der Arbeitslosigkeit verschont. Mit einer Arbeitslosenquote von 15,4 Prozent im Jahresdurchschnitt 2008 liegt die Stadt nur marginal unter dem Landesdurchschnitt von 15,5 Prozent im selben Erhebungszeitraum. Ein signifikantes Merkmal des Schweriner Arbeitsmarktes ist zudem die hohe Zahl von Einpendlern. Von insgesamt 47.740 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Schwerin haben lediglich 30.894 auch ihren Hauptwohnsitz in der Stadt. Es pendeln aus dem Umland 26.138 Pendler in die Stadt ein, was auch durch die 9.292 Schweriner Auspendler nicht kompensiert werden kann.⁴ Es ist also trotz hohem Beschäftigungsgrad eine merkliche Arbeitslosigkeit in Schwerin feststellbar.

Politische Konstellationen

Gewinner der Kommunalwahl 2004 war die CDU. Sie konnte 31 Prozent der Stimmen erlangen und bildete mit 14 Sitzen die stärkste Fraktion der Schweriner Bürgerschaft. 23,7 Prozent erhielt die PDS und bildete eine elf Sitze starke Fraktion. Die SPD kam auf 17,4 Prozent und erhielt acht Bürgerschaftssitze. Die Grünen erzielten genau 10 Prozent und bildeten eine vier Sitze starke Fraktion. Drei Sitze dank eines Ergebnisses von 6,8 Prozent konnte die FDP verbuchen. Weitere vier Sitze wurden an Einzelbewerber vergeben. Ein Sitz blieb unbesetzt, weil Einzelbewerber Dr. Dietrich Thierfelder mit 4.213 Stimmen quasi zwei Mandate errungen hatte.⁵ Bei den Bürgermeisterwahlen 2002 konnte sich der CDU-Kandidat Norbert Claussen durchsetzen. Seine auf acht Jahre festgesetzte Amtszeit

3 http://www.schwerin.de/www/live.php?internet_navigation_id=51, Stand 14.08.2009.

4 <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?&id=3407>, Stand 14.08.2009.

5 <http://www.schwerin-city.de/neuigkeiten/2004-06-14-daten-und-fakten-zur-kommunalwahl-am-13-juni-2004.html>, Stand 14.08.2009.

konnte er jedoch nicht zu Ende führen. Der Hungertod eines kleinen Mädchens in Schwerin im Frühjahr 2008 löste eine Welle der Kritik aus, die schließlich zur Amtsenthebung Claussens via Bürgerentscheid führte. Die anschließenden Neuwahlen konnte Angelika Gramkow, Kandidatin für Die Linke, für sich entscheiden und übt seit September 2008 das Oberbürgermeisteramt aus.

Die NPD spielte in der Schweriner Kommunalpolitik bisher keine Rolle; sie ist lediglich bei einer Wahl zur Bürgerschaft im Jahre 1994 angetreten. Anlässlich der vorgezogenen Wahl des Oberbürgermeisters anno 2008 versuchte die NPD zwar mit Multifunktionär Peter Marx einen Kandidaten ins Rennen zu schicken. Dieser wurde allerdings vom Gemeindevwahlausschuss aufgrund von Zweifeln an seiner Verfassungstreue sowie an seiner Eignung für den Beamten dienst im Falle eines Wahlsieges nicht zur Wahl zugelassen. Diese Entscheidung wurde in Reaktion auf eine diesbezügliche Beschwerde von Marx und der NPD durch den Landeswahlausschuss bestätigt und die Kandidatur von Marx damit verhindert.

b) Rechtsextremismus vor Ort

NPD

Seit 2006 ist die NPD im in Schwerin ansässigen Landtag von Mecklenburg-Vorpommern vertreten. Die Vermutung liegt nahe, dass aus diesem Grund die Partei ein gewisses Standbein in der Stadt entwickeln konnte. Bis auf ihre Präsenz im Landtag tritt die NPD in Schwerin jedoch kaum in Erscheinung. Sie ist in der Schweriner Öffentlichkeit kaum wahrzunehmen. Außer der Landtagsfraktion gibt es keinerlei Strukturen der Partei vor Ort. Es existiert kein eigener Orts- oder gar Kreisverband der NPD. Schwerin ist in den Kreisverband Westmecklenburg integriert, spielt dort allerdings im Schatten von Regionen dieses Kreisverbandes mit erheblich größerer NPD-Präsenz und Aktivität, wie etwa Ludwigslust oder Lübbtheen, nur eine geringfügige Rolle. Entsprechend schwach sind die wahrnehmbaren Aktivitäten der Partei in Schwerin. Vereinzelt Aktionen der NPD mit der Zielsetzung, in den öffentlichen Raum der Stadt vorzudringen, wurde in der Regel mit zivilgesellschaftlichem Engagement und verwaltungsrechtlichen Reaktionen entgegenzuwirken versucht. So beantragte die NPD anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm im Juni 2007 eine Demonstration in Schwerin. Diese wurde von der Stadtverwaltung nicht genehmigt. Als einzige Demonstration in diesem Zusammenhang wurde eine Kundgebung des „Schweriner Bürgerbündnisses für Demokratie“ zugelassen.

Freie Kräfte

Eine erkennbare rechtsextreme Szene oder rechte Subkultur existiert laut Heiko Lietz, dem Sprecher des „Schweriner Bürgerbündnis für Demokratie“, in Schwerin nicht. Organisierte Strukturen sind nicht feststellbar. Ein Versuch, einen rechten Szeneladen in der Wismarschen Straße zu etablieren, wurde mittels mietrechtlicher Spielräume 2006 verhindert. Nach nur wenigen Monaten schloss der „Thule-Store“ endgültig seine Pforten. Einzelaktionen wie Demonstrationen, Konzerte o.ä. seien ebenfalls nicht zu verzeichnen. Rechtes Einstellungs- und Wählerpotential ist in Schwerin vorhanden, jedoch gibt es hinsichtlich der Ausprägung und Intensität erhebliche regionale Unterschiede. Die signifikantesten Stadtregionen sind gleichzeitig auch die sozialen Brennpunkte in den peripheren Plattenbausiedlungen, insbesondere im Stadtteil Mueßer Holz. Dies spiegelt sich auch, wie noch aufgezeigt werden wird, in den Wahlergebnissen dieser Regionen wider.⁶

Aktivitäten gegen Rechtsextremismus vor Ort

Eine maßgebliche Ursache für die marginale Ausprägung von Rechtsextremismus in Schwerin ist das ausgeprägte zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechts. Am Beispiel des bereits erwähnten „Schweriner Bürgerbündnisses für Demokratie“ unter dem Vorsitz des Bürgerrechtlers Heiko Lietz lässt sich das Bemühen der Bürger Schwerins erkennen, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit jedweder Ausprägung keinen Platz im öffentlichen Raum der Stadt zu gewähren. So konstituierte sich anlässlich eines angekündigten Aufmarsches von Neonazis im Zentrum Schwerins im Mai 2005 das Bündnis aus Bürgerinnen und Bürgern der Stadt, die gewaltfrei etwas gegen rechtsextremistische Erscheinungsformen in Schwerin unternehmen wollten. Zu den dezidierten Zielen des Bündnisses gehören neben der Verhinderung von Aufmärschen neonazistischer Personen und Organisationen auch die Unterbindung der Besetzung öffentlicher Plätze durch Rechtsextreme sowie demagogische Versprechungen und menschenverachtende rassistische Parolen in keinsten Weise zu tolerieren. Außerdem will das Bündnis den aus rechtsextremistischen Erscheinungsformen resultierenden Beeinträchtigungen des menschlichen Zusammenlebens, der Gastfreundschaft und der wirtschaftlichen Entwicklung der Stadt entgegenwirken. Im Vordergrund steht der gewaltfreie und friedliche Einsatz für Menschenwürde und Menschenrechte, Demokratie und Toleranz, Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, Vielfalt der Kulturen, Religionen und Sprachen sowie das friedliche Zusammenleben mit den Minderheiten in der Stadt. Unterstützer des Bündnisses kommen aus allen Teilen der Bevölkerung. Im Dezember 2008 waren es etwa 100 Bürger. Es findet sich auf der Namensliste der unterstützenden Personen ein breites Spektrum aus Vertretern regionaler Politik, Wirtschaft, religiösen Institutionen, kulturellen und sozialen Einrichtungen etc. Dem Selbstverständnis eines Bürgerbündnisses entsprechend treten alle Unterstützer als Personen an. Ihre parteilichen oder institutionellen Bindungen werden be-

6 Gespräch mit Heiko Lietz am 02.06.2009.

wusst ausgeklammert. Neben regelmäßigen Versammlungen konstituiert sich das Bürgerbündnis zu gegebenen Anlässen und tritt entsprechend rechtsextremen Erscheinungsformen entgegen. Hierbei arbeitet es kooperativ mit der Schweriner Stadtverwaltung, der Polizei und dem Ordnungsamt zusammen, da es sehr darauf bedacht ist, bei Aktionen keinesfalls den rechtlichen Raum zu verlassen. Aufgrund der mangelnden Fokussierung der NPD auf Schwerin im Zuge des Kommunalwahlkampfes 2009 waren nicht allzu viele Aktionen des Bürgerbündnisses in diesem Zusammenhang möglich bzw. nötig. So veranstaltete die NPD im Vorfeld der Wahlen lediglich zwei Infostände in Schwerin, die allerdings von Vertretern des Bürgerbündnisses in entsprechender Weise begleitet wurden. Dennoch werden vom Bündnis und anderen Organisationen und Institutionen verschiedene Aktionen für Demokratie und Vielfalt veranstaltet, um den öffentlichen Raum klar zu besetzen und gar nicht erst Platz für rechtsextreme Agitation aufkommen zu lassen, was laut Angaben des Bündnisses bislang erfolgreich durchgesetzt werden konnte. Hervorzuheben wären hier die allsamstäglichen Aktionen unter der Bezeichnung STAFETTE, bestehend aus Straßenveranstaltungen, Umzügen, Ständen sowie Demonstrationen und anderen Aktionsformen.⁷

Neben dem Bürgerbündnis existieren noch diverse andere Aktivitäten im Schweriner Raum. Unter dem Motto „Widerstand ist Christenpflicht“ positioniert sich die katholische Kirche Schwerins gegen Rechtsextremismus. Unter der Initiative „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ organisiert eine Vielzahl von Mitgliedern diverse Veranstaltungen. Das im Jahre 2000 auf Initiative des Bundesinnenministeriums und des Bundesjustizministeriums ins Leben gerufene „Bündnis für Demokratie und Toleranz“ veranstaltet auch in Schwerin diverse Aktionen wie Sport- oder Jugendfeste, Kongresse und Vorträge. Anlässlich der Kommunalwahl 2009 gab es in Schwerin die Plakataktion „Schwerin zeigt Braun die bunte Karte“, wodurch zur Wahl demokratischer Kandidaten und gegen Stimmabgaben für Rechtsextremisten aufgerufen wurde. Neben 92 Gemeinden und Landkreisen erhielt am 25.05.2009 schließlich auch die Stadt Schwerin durch die Bundesregierung die Auszeichnung als „Ort der Vielfalt“ für besonders vorbildhaftes Engagement für Demokratie.

c) Kandidaten der NPD zur Kommunalwahl 2009

Das Quantum der recherchierbaren Informationen über die drei nationaldemokratischen Mandatsaspiranten für die Schweriner Bürgerschaft fällt äußerst spärlich aus. Mecha-

⁷ Gespräch mit Heiko Lietz am 02.06.2009. <http://www.schwerin-news.de/schweriner-buergerbuendnis-fuer-demokratie-perspektive-fuer-2009/10801>, Stand 20.05.2009. <http://www.schwerin-news.de/demokratieforum-in-schwerin-am-230508/3553>, Stand 20.05.2009. <http://www.schwerin-news.de/die-arbeit-geht-weiter/1547#more-1547>, Stand 20.05.2009.

troniker Bernd Wulf, Jahrgang 1961, ist der einzige gebürtige Schweriner. Der Angestellte Günther Wohlert kam 1970 in Teterow zur Welt und wird voraussichtlich auch zur Bundestagswahl 2009 auf der Landesliste der NPD Mecklenburg-Vorpommern zu finden sein. Jüngster Vertreter ist der 1982 in Leipzig geborene Unternehmer Uwe Schubert. Ein Vergleich mit NPD-Kandidaten früherer Kommunalwahlen in Schwerin ist nur schwer möglich, da die Partei in den vergangenen Legislaturperioden nicht angetreten ist. Über die Kandidaten der NPD zur Bürgerschaftswahl 1994 konnte nichts ermittelt werden. Vergleicht man allerdings die Mandatsaspiranten mit den Kandidaten der vorangegangenen Bundestag- bzw. Landtagswahlen, ist ein scheinbarer Strategiewechsel erkennbar. Zur Bundestagswahl 2005 hieß der NPD-Kandidat Stefan Köster. Der gelernte Betriebswirt ist mit den Ämtern des NPD-Bundesgeschäftsführers und Vorsitzenden des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommerns sowie dem früheren Kreistagsmandat im Landkreis Ludwigslust und dem Landtagsmandat im Schweriner Schloss quasi ein Multifunktionär der Partei. Zudem ist Köster mittlerweile wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung vorbestraft. Thomas „Steiner“ Wulff und Michael Grewe kandidierten für die NPD bei der Landtagswahl 2006. Wulff war in den achtziger und neunziger Jahren Aktivist in der Hamburger Neonazi-Szene und gilt als Mit-Entwickler des Konzeptes der Bündelung freier Kameradschaften in sogenannten „Aktionsbüros“. Der verurteilte Holocaust-Leugner trat 2004 der NPD bei. Michael Grewe war in den 90er Jahren ebenfalls aktives Kameradschaftsmitglied sowie Herausgeber einer Skinhead-Zeitung namens „Kahlschlag“ und Inhaber des Hamburger Szene-Ladens „buy or die“. Auch er bekleidet diverse Ämter innerhalb der NPD und ist wegen schweren Landfriedensbruchs und schwerer Körperverletzung angeklagt. Mit Blick auf diese Kandidaten früherer Wahlen fällt auf, dass anlässlich der Kommunalwahl 2009 in Schwerin auf weitgehend unbekannte Kader gesetzt wurde. Offenkundig radikales rechtsextremistisches Verhalten ließ sich ihren Viten bislang nicht entnehmen. Auch über Rechtsbrüche oder Verbindungen zu militanten freien Kräften ist bisher nichts bekannt. Zudem ist eine mehr oder weniger starke regionale Verankerung zu erkennen. Ein Kandidat stammt direkt aus Schwerin, ein weiterer zumindest aus Mecklenburg, alle drei aus Ostdeutschland.

d) Kommunalwahlkampf

Die Wahlkampfanstrengungen der NPD in Schwerin sind vergleichsweise gering ausgefallen. Hinsichtlich der erwartungsgemäß großen demokratischen Gegenwehr schien der NPD ein aufwändiger Wahlkampf wohl wenig Sinn zu machen. Ein gewisses Spektrum an Aktivitäten ist dennoch wahrnehmbar gewesen.

Infostände

Die Anzahl der von der NPD veranstalteten Infostände in Schwerin lässt sich leicht beziffern. Nach Angaben von Heiko Lietz, dem Sprecher des Schweriner Bürgerbündnisses für Demokratie, hat die NPD lediglich zwei Infostände durchgeführt, die zudem auf geringe Resonanz der Bürger und engagierten Widerstand von Seiten der demokratischen Kräfte gestoßen sind. Der erste Infostand fand am 06. April 2009 auf dem Marienplatz statt. Der Zweite wurde kurz vor der Wahl am 05. Juni auf dem Berliner Platz durchgeführt. Es wurde mit den üblichen universellen Wahlkampfmitteln, hauptsächlich aus dem Repertoire der Landtagsfraktion, geworben. Schwerin-spezifische Materialien gab es nicht und es waren auch sonst keine thematischen Schwerpunktsetzungen auf konkrete Schweriner Inhalte feststellbar. Im Zuge des zweiten Infostandes war die NPD, inklusive ihrer anwesenden „Parteiprominenz“ Köster und Pastörs, scheinbar unzufrieden mit dem ihr zugewiesenen genehmigten Standort. Sie verlegte den Stand selbständig an das andere Ende des Berliner Platzes, um eine größere Menge Passanten ansprechen zu können. Nachdem das Ordnungsamt von Herrn Lietz über den Ortswechsel informiert worden war, wurde der NPD ein Platzverweis ausgesprochen. Die Wahlkämpfer lösten zwar weisungsgemäß den Stand auf, verteilten aber weiterhin ihre Materialien. Hiergegen gab es scheinbar keine rechtliche Handhabe.

Plakatierung (eine Bestandsaufnahme vom 02. Juni 2009)

Im Vergleich zu anderen städtischen Regionen (Anklam, Stralsund) ließ sich ein relativ geringes Plakataufkommen der NPD feststellen. In vielen Stadtteilen waren keine Plakate zu finden. Die Plakatierung beschränkte sich auf spezielle, aufgrund hoher Personenfluktuation geschickt ausgewählte Gebiete. Es ist also auch in Schwerin eine gezielte Bepflasterung „neuralgischer Punkte“ erkennbar gewesen. Am massivsten wurde auf Zubringerstraßen und in Hauptstraßen bevölkerungsreicher Stadtteile plakatiert. Viele NPD-Plakate fanden sich in der Güstrower Straße im Nordosten der Stadt, auf der man, von der A 20 kommend, über die B104 in Schwerin einfährt. Auf der Ortsumgehung als sehr stark befahrene Straße sind auf Höhe der Abfahrt Neumühle einige Plakate zu finden gewesen, die sich über die Neumühler Straße, Wittenburger Tor bis zur Wittenburger Straße Ecke Obotritenring erstreckten. Nach einem kurzen Abschnitt ohne NPD-Plakate setzte sich diese Plakatierung auf dem Obotritenring in nördlicher Richtung fort. Im südlichen Abschnitt des Obotritenrings, übergehend in das Ostorfer Ufer, sind ebenfalls einige NPD-Plakate zu sehen gewesen.

Ein weiterer Abschnitt mit hoher Frequenz von NPD-Wahlwerbung war die Grevesmühlener Chaussee, die in Richtung Innenstadt in die Grevesmühlener Straße übergeht. Hier

kommen drei Umstände zusammen, die ein hohes Aufkommen erklären könnten. Die Chaussee ist einer der beiden Zubringer der Stadt aus nordwestlicher Richtung. Außerdem befindet sich hier das Industriegebiet Margaretenhof, wo neben einem Postamt und diversen Einkaufsmöglichkeiten auch die Agentur für Arbeit ansässig ist. Ausgehend von diesem Straßenabschnitt zieht sich der NPD-plakatierte Abschnitt der Grevesmühlener Straße bis auf die anschließende Lübecker Straße, die bis an den Obotritenring angrenzend mit NPD-Plakaten versehen wurde. Die von der Grevesmühlener Straße abgehende Ratzeburger Straße ist ebenfalls sehr stark plakatiert worden. Durch Plakatierung auf Grevesmühlener und Ratzeburger Straße hat man den dicht besiedelten Stadtteil Lankow effizient abgedeckt. In den bisherigen NPD-Hochburgen, den Plattenbausiedlungen Mueßer Holz und Neu Zippendorf, fanden sich auch erheblich plakatierte Abschnitte. Die unmittelbar durch beide Stadtteile verlaufende Hamburger Allee war die am massivsten plakatgepflasterte Straße Schwerins. Im angrenzenden Neubaugebiet Großer Dreesch sind in der Friedrich-Engels-Straße, am Dreescher Markt und der angrenzenden Schwimmhalle ebenfalls NPD-Plakate zu finden gewesen. Aufgrund der derzeit stattfindenden Bundesgartenschau haben alle Parteien darauf verzichtet, in der Innenstadt zu plakätieren. Soweit feststellbar hat sich auch die NPD an dieses Arrangement gehalten.⁸

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die NPD versucht hat, insbesondere auf stark frequentierten Orten mit Plakaten präsent zu sein, also auf stark befahrenen Straßen, in den dichtbesiedelten Wohngebieten und in Gewerbegebieten. Es ist allerdings nur vereinzelt (Teile der Güstrower Straße und der Hamburger Allee) ein Übergewicht an NPD-Wahlwerbung gegenüber der Plakatpräsenz der anderen Parteien feststellbar gewesen. Inhaltlich und formell unterschieden sich die Motive und Themen der NPD-Plakate nicht von den im übrigen Land eingesetzten Exemplaren. Es existierten keine NPD-Plakate, die gezielt Schweriner Themen aufgriffen oder die Schweriner Kandidaten zeigten. Bei der Dokumentation dieser Beobachtungen handelt es sich lediglich um eine Momentaufnahme vom 02. Juni 2009. Abweichende Strukturen der NPD-Plakatierung in Schwerin können daher nicht ausgeschlossen werden. Es ist möglich, dass die Plakatpräsenz der NPD zeitweise noch größer gewesen ist, dies jedoch aufgrund illegaler Entfernung der Plakate zum Untersuchungszeitpunkt nicht feststellbar gewesen ist.

Sonstige Wahlkampfaktivitäten der NPD

Über andere Aktionen und Bemühungen der NPD konnte nichts ermittelt werden. Etwas Postwurfsendungen konnte Bürgerrechtler Heiko Lietz nicht bestätigen. Allerdings wurde am 05. Juni in der Nähe des Demmler Platzes ein NPD-Flyer bekannter Machart auf der

8 Zur Orientierung: <http://www.schwerin-city.de/stadtplan/>.

Straße gefunden. Es scheint also auch auf Postwurfsendungen gesetzt worden zu sein, da zu diesem Zeitpunkt und in dieser Region keine Infostände o.ä. als mögliche Quelle dieses gefundenen Flyers stattgefunden haben. Über genaue Anzahl und Region der verteilten Flyer konnten jedoch keine Erkenntnisse gewonnen werden. Eine thematisch spezifisch auf den Schweriner Raum bezogene Wahlkampfaktivität konnte im Rahmen der Internet-Präsenz der NPD-MV nicht festgestellt werden. Ebenso wenig ließ sich Wahlwerbung der NPD in der Presse Schwerins entdecken.

Reaktionen der demokratischen Parteien auf die NPD-Kandidatur

Spezifische Auswirkungen der NPD-Konkurrenz bei der Kommunalwahl auf die Arbeit der anderen Parteien konnten nur bedingt wahrgenommen werden. Direkte Anfragen bei den Parteien konnten keinen Aufschluss über konkrete Aktivitäten oder Reaktionen auf die NPD-Kandidatur liefern. Als öffentlich wirksame Aktion lässt sich die bereits erwähnte Plakatkampagne „Schwerin zeigt Braun die bunte Karte“ nennen. Von der Schweriner Oberbürgermeisterin Angelika Gramkow (Die Linke) initiiert, rief diese zur Stimmabgabe für eine der demokratischen Parteien zur Wahl am 07.06.2009 auf. Geschlossenheit gegen Rechtsextremismus demonstrierten die demokratischen Parteien bei einer weiteren Plakataktion kurz vor der Wahl. Auf großen Aufstellern am Ufer des Ziegelsees hingen einhellig Wahlplakate aller zur Kommunalwahl kandidierenden Parteien, wobei die NPD bewusst ausgeschlossen wurde. Spezifische Wahlplakate der demokratischen Parteien, die das Thema Rechtsextremismus aufgriffen, blieben die Ausnahme. Ein einzelnes Plakat der Grünen Jugend mit dem Schriftzug „Nazis Nein Danke“ und dem umstrittenen Motiv des Hakenkreuzes, welches in eine Mülltonne geworfen wird, war zu entdecken.⁹ Desweiteren griff die SPD das Thema auf. Im Rahmen ihrer Plakatserie mit dem Ortsschild-Motiv und dem Inhalt „sozial heißt:“ gab es ein Plakat der Partei, welches als Ortsausgang das durchgestrichene Wort „Nazis“ und, symbolisiert als folgender Ort, das Wort „Toleranz“ darstellt. Unklar bleibt, ob die Motive der beiden Parteien eine Reaktion auf die NPD-Kandidaturen oder eine Positionierung gegen andere Formen von Rechtsextremismus gewesen sind.

9 Umstritten ist diese Aktion einerseits aus juristischer Sicht aufgrund der Verwendung verfassungsförderlicher Symbole (§86a StGB), andererseits weil die antifaschistische Grundintention bei einigen Bürgern nicht erkannt worden ist und daher für Unmut gesorgt hatte. <http://jetzt.sueddeutsche.de/texte/anzeigen/329555/7/10>, Stand 20.09.2009. <http://www.wz-duesseldorf.de/?redid=582828>, Stand 20.09.2009.

e) Wahlergebnis

Resultat der Kommunalwahl 2009

Mit einem Ergebnis von 2,8 Prozent der gültigen abgegebenen Stimmen ist es der NPD gelungen, einen Sitz in der Schweriner Bürgerschaft zu erhalten. Somit zieht die Partei erstmals in die Stadtvertretung der Landeshauptstadt ein. Im Wahlbereich II konnte die NPD mit einem Stimmenanteil von 2,6 Prozent, der faktisch 898 abgegebenen Stimmen entspricht, ihr einziges Mandat erzielen. Von diesen Stimmen entfielen 1,4 Prozent auf Bernd Wulf, der dadurch in diesem Wahlbereichs das Mandat der NPD für die Bürgerschaft erlangen konnte. Die 1,4 Prozent entsprechen in diesem Wahlbereich 488 abgegebenen Stimmen, das numerisch beste Ergebnis Wulfs im Vergleich zu allen vier Wahlbereichen Schwerins (333 Stimmen im Wahlbereich I, 226 Stimmen im Wahlbereich III und 318 Stimmen im Wahlbereich IV). Das prozentual beste Ergebnis erzielte die NPD mit 4,6 Prozent im Wahlbereich IV, in welchem sich mit Mueßer Holz und Neu Zippendorf die Hochburgen der Nationaldemokraten befinden. Bernd Wulf konnte davon 2,5 Prozent für sich verbuchen. Allerdings ist dieser Wahlbereich derjenige mit den wenigsten Wahlberechtigten. Daher genügte dieses Ergebnis nicht, um einen der lediglich vier hier zu vergebenden Sitze zu erzielen. Die Stimmenanteile der anderen NPD-Kandidaten blieben in allen vier Wahlbereichen unter den Voten für Wulf. Daher blieb es bei dem einen Mandat für die NPD.¹⁰

Vergleich zu vorangegangenen Wahlen

Ein Vergleich des NPD-Wahlergebnisses mit vorangegangenen Kommunalwahlen in Schwerin ist aufgrund der mangelnden Kandidatur der Partei in den vorangegangenen Jahren nur schwer möglich. Lediglich 1994 trat die NPD zur Wahl der Schweriner Bürgerschaft an. Bei damals 90.872 Wahlberechtigten und einer Wahlbeteiligung von 64,6 Prozent erzielte die Partei mit 1,4 Prozent ein eher dürftiges Ergebnis. Allerdings entsprechen diese 1,4 Prozent einer numerischen Stimmenzahl von 2.331 Stimmen. Rechnet man zusätzlich noch das Wahlergebnis der rechtskonservativen DSU mit 1,0 Prozent bzw. 1.745 Stimmen hinzu, ist auch hier ein beachtliches rechtes Wählerpotential zu konstatieren. Ein Bürgerschaftssitz konnten 1994 allerdings weder die NPD noch die DSU erringen.¹¹ Zieht man trotz der umstrittenen Aussagekraft den Vergleich mit den vorangegangenen Bundestags- bzw. Landtagswahlen zurate, ist ein Verlust an Stimmen für die NPD feststellbar. Im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 ist die prozentuale Ausbeute der

10 Ergebnisse als PDF greifbar unter: http://www.schwerin.de/?internet_navigation_id=1118, Stand 10.09.2009.

11 http://www.mvnet.de/cgi-bin/wahl/kommunal_94_n.pl?kt04.csv, Stand 10.09.2009.

Nationaldemokraten mit 2,4 Prozent der Erst- und 2,3 Prozent der Zweitstimmen in etwa identisch zur Kommunalwahl 2009. Allerdings war die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl mit 71,8 Prozent deutlich höher. Damit hat die NPD 2005 noch deutlich mehr Stimmen verbuchen können. Die NPD-Hochburgen bei der Bundestagswahlen waren die zum Wahlbereich IV gehörigen Stadtteile Mueßer Holz und Neu Zippendorf mit 4,4 Prozent bzw. 3,7 Prozent sowie Krebsförden mit 3,6 Prozent.¹²

Vergleicht man die Ergebnisse der Kommunalwahl 2009 mit den Resultaten der Landtagswahl 2006, so treten die Verluste noch deutlicher zutage. 5,2 Prozent der Erststimmen und sogar 5,7 Prozent der Zweitstimmen liegen zwar unter dem Landesdurchschnitt von 7,3 Prozent, entsprechen allerdings mehr als dem Doppelten der erzielten Votes bei der Kommunalwahl. Zudem lag die Wahlbeteiligung bei der Landtagswahl mit 64,1 Prozent deutlich höher. Im Stadtteil Mueßer Holz konnte hier mit 10,3 Prozent der Erst- bzw. 10,5 Prozent der Zweitstimmen gar ein zweistelliges Ergebnis erreicht werden. Auch in Neu Zippendorf gelang mit 7,4 Prozent bzw. 7,7 Prozent ein beachtliches Resultat.¹³

Zusammenfassung des Kommunalwahlergebnisses

Das Resultat der NPD bei der Kommunalwahl ist sowohl als Erfolg, als auch als Misserfolg interpretierbar. Der Einzug in die Stadtvertretung, quasi aus dem Stand heraus, trotz erheblichen Widerstands seitens der demokratischen Kräfte und relativ geringem Wahlkampfauwand, kann aus Sicht der Partei als beachtliche Leistung gewertet werden. In der Gesamtbetrachtung aller vorangegangenen Wahlen in Schwerin, bei denen die NPD angetreten ist, fällt zudem auf, dass ein gewisses Stammwählerpotential vorhanden ist, welches sich in eingrenzaren Regionen, insbesondere Mueßer Holz und Neu Zippendorf, herausgebildet hat. Mit Blick auf die Landtagswahl 2006 kann allerdings auch auf einen Abwärtstrend hinsichtlich der sich in Stimmabgaben äußernden Zustimmung für die NPD geschlossen werden. Mehr als die Hälfte der Wähler von 2006 haben sich nicht für ein erneutes Votum für die rechtsextreme Partei entschieden. Die starke örtliche Präsenz der NPD durch ihre Landtagsfraktion scheint sich aus Sicht der Partei nicht erfolgreich auf die kommunale Ebene Schwerins auszuwirken.

12 http://www.schwerin.de/ps/tools/download.php?file=/www/dms/psfile/docfile/3/WABUND_Hef43901d9fd598d.pdf&name...2005..., Stand 10.09.2009.

13 http://www.schwerin.de/www/dms/psfile/docfile/31/WAland_Hef456180ef6c713.pdf, Stand 10.06.2009.

3.3 Neubrandenburg

Benjamin Fredrich

a) Angaben zum Ort

Mit 65.526 Einwohnern ist Neubrandenburg, nach Rostock und Schwerin, die drittgrößte Stadt Mecklenburg-Vorpommerns und eine der sechs kreisfreien Städte im Land. Die Stadt liegt im Südosten Mecklenburgs zwischen Stralsund und Berlin, nördlich des zum Stadtgebiet gehörenden Tollensesees. Als ehemalige Bezirksstadt der Deutschen Demokratischen Republik und heutiges Oberzentrum des Landes, besitzt Neubrandenburg mit dem nahen Flughafen in Trollenhagen und der neuen Autobahn 20 eine gute Verkehrsanbindung, die sich positiv auf die Wirtschaft auswirken soll. Die Vier-Tore-Stadt engagiert sich außerordentlich aktiv im Sportbereich. Die leistungssportlichen Erfolge durch den Olympiastützpunkt sowie die vom Sportbund in hoher Zahl organisierten Veranstaltungen, haben Neubrandenburg den Ruf einer „Sportstadt“ eingebracht.¹ Diese positiven Gegebenheiten ließen sich bisher jedoch nicht in ökonomische Kraft umwandeln. Die Wirtschaft ist trotz der guten Anbindung auf das Dienstleistungsgewerbe spezialisiert, industrielle Betriebe haben sich kaum angesiedelt. Der größte Arbeitgeber ist die Verwaltung (inkl. Bundeswehr) gefolgt von der Deutschen Post und Telegate.² Herstellendes Gewerbe ist mit einer Bäckerfabrik und kleineren Unternehmen zwar vorhanden, fällt allerdings im Gegensatz zum 84,3 Prozent³ starken Dienstleistungssektor kaum ins Gewicht (der Landesdurchschnitt von MV liegt bei 77,4 Prozent der Gesamtwirtschaft⁴). Seit 2004 verzeichnete die Stadt eine konstant sinkende Arbeitslosenquote, sodass im Jahr 2007 19,5 Prozent der Neubrandenburger ohne Arbeit waren, drei Jahre zuvor waren es noch 4 Prozent mehr. Die Arbeitslosenquote differiert in den unterschiedlichen Stadtgebieten enorm, sie reicht von 5,1 Prozent (Stadtgebiet West) bis 23,8 Prozent (Reitbahnviertel). Seit 1989

1 http://www.neubrandenburg.de/index.php?option=com_content&task=view&id=262&Itemid=250, Stand 15.08.2009.

2 Telegate ist ein Informationsdienstleister (Telefonauskunft).

3 In Bezug zur Gesamtwirtschaft Neubrandenburgs.

4 http://www.neubrandenburg.de/images/pdf/jahrbuch/jahrbuch_2008.pdf, Stand 15.08.2009.

stieg der Ausländeranteil auf 1,6 Prozent an,⁵ im Gegensatz dazu sank die Einwohnerzahl der Stadt stetig. Durchschnittlich verließen, von diesem Zeitpunkt an, 1.319 Menschen pro Jahr die Stadt. Beliebte Fortzugsziele sind Berlin, Brandenburg und Hamburg. Zuziehende hingegen kommen aus dem ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns. Seit der ersten direkten Bürgermeisterwahl wird das Amt des Oberbürgermeisters von Paul Krüger (CDU) besetzt.⁶ Bei dieser Wahl im Jahr 2004 wurden die Plakate von Krüger direkt nach einer Demonstration der NPD mit Hakenkreuzen bemalt.⁷ Krüger warb in der Vergangenheit besonders mit wirtschaftlichen Themen, auf der anderen Seite setzt sich die stark vertretene Linkspartei für soziale Projekte ein. Die zehn Stadtgebiete Innenstadt, Stadtgebiet West, Vogelviertel, Reitbahnviertel, Datzeviertel, Industrieviertel, Stadtgebiet Ost, Katharinenviertel, Stadtgebiet Süd und Lindenbergviertel werden für die Kommunalwahl in drei Wahlbereiche eingeteilt, über die die Kandidaten ins Parlament von Neubrandenburg einziehen. In die 2004 gewählte und konstituierte Stadtvertretung gelangten sechs Parteien und ein Einzelbewerber. Mit 14 Sitzen war die CDU stärkste Partei, gefolgt von der PDS⁸ (13), der SPD (9), der AU (3), der FDP (2), den Grünen (1) und einem Einzelbewerber. Die NPD hatte sich nicht zur Wahl angemeldet.⁹

b) Rechtsextremismus vor Ort

Die aktive Arbeit der NPD beschränkt sich in der Vier Tore Stadt auf zwei bis vier Personen. Unterstützt durch die Hilfe auswärtiger Mitglieder und der freien Szene stieg die öffentliche Präsenz der Partei nach der erfolgreichen Landtagswahl 2006.¹⁰ Neubrandenburg ist nach parteiinterner Organisation dem Landkreis Mecklenburg-Strelitz eingegliedert. Der in Neubrandenburg geborene und lebende Jens Blasewitz gilt trotz unscheinbarem Auftreten als bedeutendste Person für die NPD dieser Region. Aufmerksamkeit kam dem Metallbauer erstmalig zur Landtagswahl von Mecklenburg-Vorpommern zu. Er wurde von seinen Kameraden beim Landesparteitag 2006 in Greifswald auf den aus-

5 Die absolute Anzahl der Ausländer in Neubrandenburg verringerte sich von 2004 bis 2007 um 50 Personen auf 1045. Der Ausländeranteil in Bezug zur Gesamtbevölkerung blieb in diesem Zeitrahmen bei 1,5 Prozent bis 1,6 Prozent.

6 <http://www.cdu-in-nb.de/index.php?ka=1&ska=profil&pid=22>, Stand 15.08.2009.

7 <http://www.lobbi-mv.de/downloads/perspektiven02.pdf>, Stand 15.08.2009.

8 Die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) fusionierte zusammen mit der „Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative“ (WASG) zu „Die Linke“.

9 <http://www.wiwi.uni-rostock.de/fileadmin/Institute/IPV/Informationen/Publikationsreihe/grauereihe22.pdf>, Stand 16.09.2009.

10 Bei der Landtagswahl Mecklenburg Vorpommerns 2006 erhielt die NPD 7,3 Prozent der Stimmen.

sichtslosen Listenplatz zwölf der NPD gewählt. Zusätzlich war Blasewitz Direktkandidat für den Wahlkreis Neubrandenburg I (6,0 Prozent/6,3 Prozent).¹¹ Für die Kommunalwahl 2009 ist er der einzige NPD-Anwärter für die Bürgerschaft von Neubrandenburg. Öffentliche Auftritte, Kundgebungen und Interviews werden von Blasewitz gemieden. Der Autor dieses Textes scheiterte beim Versuch, ein Interview mit Blasewitz zu organisieren bereits bei der Kontaktaufnahme. Auch 2009 fand kein personenbezogener Wahlkampf statt, Blasewitz war ausschließlich zur Wahlausschusssitzung anwesend. Im Gegensatz zur charismatischen Erscheinung von Tino Müller und Udo Pastörs¹² ist der Kandidat Neubrandenburgs vermehrt im Hintergrund aktiv. Die Anmeldung von Demonstrationen und Veranstaltungen, wie zum Beispiel zum 1. Mai, ist auf Blasewitz zurückzuführen. Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes von Mecklenburg-Strelitz und damit auch für Neubrandenburg zuständig, ist Marco Zimmermann aus Neustrelitz. Im Jahr 2008 wurde Zimmermann wegen einer unangemeldeten Demonstration in Neustrelitz zu 100 Tagessätzen a zehn Euro verurteilt. Wegen unzulässigem Waffenbesitz (Dolch, Wurfstern) wurde er erneut verurteilt; auch hierbei erhielt er eine Geldstrafe. Der gelernte Kaufmann bewarb sich 2009 für die Gemeindevertretung von Neustrelitz. Sportlich engagiert, tritt der 2005 parteilos in die Bürgerschaft von Burg Stargard eingezogene Norman Runge in Erscheinung. Runge versucht Jugendliche über einen Fußballverein an die rechtsextreme Szene und die Partei zu binden. Erst nach der Wahl 2005 bekannte sich Runge zur NPD. 2009 wurde eine erneute Kandidatur erwartet. Nach den Wahlergebnissen der Landtagswahl zu urteilen, hätten sich auch für die Bürgerschaft von Neubrandenburg zwei Sitze für die NPD ergeben können. Norman Runge meldete jedoch in beiden Orten keine Kandidatur an.

Besser organisiert, dennoch mit enger Parteibindung, ist die Kameradschaftsszene Neubrandenburgs. Zehn bis 15 aktive Mitglieder und circa 100 bekennende Sympathisanten gehören der Mecklenburgischen Aktionsfront an. Hauptstandort der MAF ist zwar Neubrandenburg, der Aktionsraum umfasst aber auch den Landkreis Mecklenburg-Strelitz. Mit dem jährlich stattfindenden Tollensemarsch zum Gedenken an den SA-Führer Horst Wessel, hat die Kameradschaft in der Vergangenheit auf sich aufmerksam gemacht. Am 40 Kilometer langen Marsch nahmen 60 bis 130 Personen teil, darunter bekannte Kader wie Birger Lüssow, Tino Müller und David Petereit. Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Lorenz Caffier, verbot die MAF am 28. Mai 2009 und beschlagnahmte das Vereinsvermögen. Als Grund für das Verbot gab Caffier an: *„Die M.A.F. verherrlicht den Nationalsozialismus, sie äußert sich antisemitisch und rassistisch und handelt nach Art. 18a der Landesverfassung Mecklenburg-Vorpommern verfassungswidrig. Folglich habe ich die*

11 <http://www.links-lang.de/0609/npd.pdf>, Stand 17.09.2009.

12 Müller und Pastörs sind Abgeordnete des Landtages von MV.

*Kameradschaft verboten. Ich werde auch in Zukunft den Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen, das heutige Verbot steht für Null Toleranz!*¹³

Auch das Hauptinstrument der Organisation, die Internetseite der Kameradschaft www.aktionsfront.org, wurde Ende Mai gesperrt. Personell ist die freie Szene mit der NPD eng verbunden, besonders die Internetpräsenz macht dies deutlich. Partei- und Kameradschaftsseite veröffentlichen die gleichen Artikel in gewohnt polemischer Art. Unklar ist die Aktualität der „Kameradschaft Neubrandenburg“ und vom „Kulturkreis Mecklenburg-Strelitz“. Von beiden Vereinigungen ist seit einigen Jahren keine öffentliche Aktivität mehr zu vernehmen. Eine Übernahme durch die MAF wäre hier durchaus möglich.

Mit dem Slogan „Sozial statt global – Wir fordern Arbeit im eigenen Land“, rief die rechtsextreme Szene zur Demonstration am 01. Mai 2007 auf. Zur Bekanntmachung, nutzte die MAF am 05. April beim Osterfrühlingsfest in Neustrelitz die Gelegenheit, den Kirchturm kostenlos zu besteigen, um von dort aus Flyer herunter zu werfen.¹⁴ Etwa 300 Teilnehmer, darunter zwei Mitglieder der CDU und etwa zwölf der Jungen Union,¹⁵ kamen unter der Leitung Udo Pastörs zum Aufmarsch in Neubrandenburg.¹⁶ Gegenüber den hierbei zu erkennenden nationalen Absichten, wirkt die Losung „Heraus auf die Straße zum Tag der deutschen Arbeit“ für die Demonstration am 01. Mai 2009 deutlich harmloser. Dieses von der Stadt Neubrandenburg verbotene Anliegen, sollte den Beginn des Kommunalwahlkampfes der NPD darstellen. Unter Auflagen wurde die Demo jedoch vom Oberverwaltungsgericht Greifswald wieder erlaubt. Die Stadt bereitete sich nach der Greifswalder Urteilsverkündung mit einer Gegendemonstration vor. Über dem Eingang des Rathauses und auf den Innenstadtstraßen wurden bekennende Schriften gegen Rechts angebracht. Erst einen Tag vor der geplanten Demo sagte die NPD und die MAF ihr Vorhaben ab. Sie riefen ihre Anhänger dazu auf, an den anderen Veranstaltungen teilzunehmen. Als Begründung nannten sie zu strenge Auflagen des Oberverwaltungsgerichts, speziell die zugelassene Marschrouten wurde für zu kurz befunden. Der NPD blieben nicht mehr als zwei Kilometer in der Ihlenfelder Vorstadt, ursprünglich hatten sie etwa sechs Kilometer geplant. Gegendemonstranten und ARD erschienen trotz der Absage und suchten vergeblich nach Rechtsextremen, die sich äußerlich vom antifaschistischen Personal kaum unterscheiden. Stattdessen trafen sich unter geheimer Absprache etwa 100 rechte Demonstranten in Greifswald/Schönwalde und verteilten 30 Minuten lang Flyer der NPD. Nachdem

13 http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=3538:innenminister-caffier-greift-durch-rechtsextreme-mecklenburgische-aktionsfront-verboten&catid=172:kameradschaften&Itemid=380, Stand 15.08.2009.

14 <http://aamst.blogspot.de/chronik/>, Privatsammlung Fredrich.

15 <http://www1.ndr.de/nachrichten/mecklenburg-vorpommern/cdu38.html>, Stand 12.09.2009.

16 <http://www.redok.de/content/view/721/36/>, Stand 12.09.2009.

die Polizei die unerlaubte Versammlung zu stellen versuchte, löste sich die Demonstration auf. NPD-Plakate waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht in Neubrandenburg angebracht, wahrscheinlich schien die Gefahr zu groß, dass Gegendemonstranten diese wieder abnehmen würden. Mit der Absicht die Gegner der NPD einzuschüchtern, bat die NPD auf ihrer Internetseite unter der Überschrift „Nachspiel ermöglichen“, am 14. Mai um Fotos der Gegendemonstranten. Die Fotos sollten zum NPD Landesverband gesendet werden, welcher dann versuchen würde, die Straftaten der Demonstranten aufzuklären.¹⁷

Anfang 2007 machte Neubrandenburg wegen eines rechten Szeneladens namens „Most Wanted“ auf sich aufmerksam. Betreiber des Geschäfts war der Motorrad Club „Bandidos“, welcher unter anderem die rechte Marke „Thor Steinar“ vertrieb und Kontakte zur Kameradschaftsszene pflegte. Nachdem im Juni die Scheiben des Ladens von Unbekannten beschädigt wurden, folgte vermutlich ein Racheakt auf das Alternative Jugendzentrum Neubrandenburg, bei dem ebenfalls die Fenster zerschlagen wurden. Der Vermieter (eine Bäckerei) gab sich nach Bekanntwerden der rechten Zugehörigkeit ihres Mieters unwissend. Am 01.08.2007 wurde die Räumlichkeit neu vermietet.

Der traurige Höhepunkt rechtsextremer Gewalt ereignete sich in Neubrandenburg im Mai 2002. Zwei Jugendliche töteten einen Behinderten mit Tritten auf den Kopf. An Brutalität wurde dieses Ereignis bis 2009 nicht übertroffen, dennoch ist rechte Gewalt in der Stadt zu vernehmen. Dabei gerieten oft, aber nicht nur, linke Jugendliche in Konflikte mit den Rechten. 2005 wurde ein Mosambikaner, ein Jahr später wurden zwei Iraker, angegriffen. Die Gebäude der Stadt wurden im April und Mai 2008 mit Hakenkreuzen, Runen und Zahlenkürzeln¹⁸ beschmiert. Beim ersten Vorfall handelte es sich um insgesamt 30 metergroße Zeichen. In der Oststadt wurde Anfang 2009 ein Mann (Punker) von zwei Rechten mit einer Bierflasche über den Kopf geschlagen, danach traten die beiden ihr Opfer und raubten dessen Wertgegenstände.¹⁹ Die Dunkelziffer der gewalttätigen Übergriffe ist selbstverständlich sehr viel höher als die erfassten Übergriffe.

c) Kommunalwahlkampf der NPD

Die NPD lieferte im Vorfeld der Kommunalwahl 2009 keinen außergewöhnlichen Wahlkampf, er begann mit der Plakatierung Anfang Mai und endete mit einer Hauswurfsendung eine Woche vor der Abstimmung. Laut dem stellvertretenden Wahlleiter Thomas

17 <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=520&mid=7>, Stand 17.08.2009.

18 Hierbei handelt es sich fast immer um die Zahl 88. Die acht gilt in der rechten Szene als Synonym für den achten Buchstaben „H“ des Alphabets, die 88 bedeutet „Heil Hitler“.

19 <http://www.lobbi-mv.de/html/chrono.php>, Stand 28.09.2009.

Tauer gab es keine auffälligen Ereignisse vor und während der Wahl, auch postierte die NPD keine Wahlbeobachter. Die Themenwahl der NPD bezog sich mit einer Ausnahme (Hauswurfsendung) nicht auf regionale Angelegenheiten, stattdessen warb sie mit dem Slogan „ländlichen Raum schützen“, was für eine Stadt mit über 65.000 Einwohnern unpassend wirkt. Obwohl die Kommunalwahl in Mecklenburg-Vorpommern personenbezogen ist, wurde der Name des kandidierenden Jens Blasewitz nicht genannt, ausschließlich die Partei wurde hier als Identifikation genutzt. Räumlich wurden die Stadtteile Reitbahnviertel, Datzeviertel und das Stadtgebiet Ost von der NPD bevorzugt beworben. Gleichzeitig sind das die Gebiete, in denen die Arbeitslosenquote hoch ist und die NPD schon bei den vorherigen Wahlen gute Ergebnisse erzielen konnte. Wie gewohnt, hingen die Plakate der NPD weit oben an den Laternenmasten. Quantitativ plakatierte die Partei nicht weniger als die anderen Parteien, inhaltliche Variationen reduzierten sich auf drei bis vier unterschiedliche Motive. Zusätzlich wurden alte Plakate aus dem Landtagswahlkampf 2006 aufgehängt. Neubrandenburgs Wahlleitung bewertet den Aufwand der NPD als relativ gering, weil die anderen Parteien auch viel plakatierten.²⁰ Wahlkampfstände der rechten Partei sind in der Vier-Tore-Stadt über das ganze Jahr unregelmäßig aufgestellt worden; vor der Wahl war keine Anzahlerhöhung zu erkennen. Weil die NPD in Neubrandenburg nur wenig aktives Personal hervorbringt, wurden die Stände im Allgemeinen von auswärtigen Parteimitgliedern unterstützt. Regionalen Bezug hatte der Wahlkampf der Partei ausschließlich über eine Hauswurfsendung eine Woche vor der Stimmabgabe. Unter der Überschrift „Schluss mit der Politik zu Lasten des Volkes!“ schildert die NPD ihre Ansichten der bisherigen Politik in Neubrandenburg und ihre Verbesserungsvorschläge. Dem Bürgermeister wird darin ein Auftreten vorgeworfen, welches ausschließlich auf „Wählerfang“ abziele und Inhalte vernachlässige. Aufwendungen der Stadt in bestimmte Projekte (Tiefgarage, Denkmal, Medienzentrum, Gestaltung des Marktplatzes) hätten laut NPD besser in Soziales und Kultur investiert werden sollen. Der Bau einer Umgehungsstraße, die Verhinderung eines Sportplatzbaus wegen der Benachteiligung eines Naturschutzgebietes, mehr Geld für Familien, Erhöhung des Volkseigentums sind die Anliegen der Partei. Die Kreisgebietsreform wird von der NPD als Problem bezeichnet, obwohl Neubrandenburg als Kreisstadt des geplanten Landkreises „Mecklenburgische Seenplatte“ von dieser Veränderung positiv betroffen wäre. Arbeitslosigkeit, Abwanderung und zu wenig Tourismus werden zwar als negative Tatsachen genannt, die Art und Weise der Bekämpfung allerdings nicht. Insgesamt werden mehr für diese Region typische Probleme als Problemlösungen aufgezählt, strukturierte Verbesserungsvorschläge sind in der Minderzahl. Sprachlich durchdrungen ist das A5 große Informationsblatt von Redensarten wie:

„...steht...auf tönernen Füßen...sich über Wasser zu halten...Wir bringen neuen Wind ins Parlament...durch das raffende Kapital...Steuergelder regelrecht zum Fenster rausgeworfen...“²¹

Passend zur personellen Erscheinung von Jens Blasewitz wirkt das Faltblatt äußerlich unprofessionell und inhaltlich nur partiell auf die Region bezogen. Eine flächendeckend gleichmäßige Verteilung hat nicht stattgefunden, vor allem die Stadteile (Datzeviertel, Reitbahnviertel und Stadtgebiet Ost) mit hoher Arbeitslosigkeit und wenig Wahlbeteiligung erhielten deutlich mehr Werbematerial der rechten Partei. Ähnlich wie bei den Wahlkampfständen wurden während des ganzen Jahres unregelmäßig Hauswurfsendungen verteilt.²² Eine einmalig erschienene Wahlkampfzeitung erhielten die Neubrandenburger ebenfalls konzentriert auf die genannten Stadtgebiete.

Die rechte Szene und die NPD organisieren sich teilweise über ihre Internetseiten aktionsfront.org und npd-mv.de, wobei beide Seiten häufig die gleichen Artikel zur gleichen Zeit hochladen. Thematisch wurden mehr Treffpunkte für Aktionen und Demonstrationen veröffentlicht, Wahlkampfinformationen speziell für Neubrandenburg oder Jens Blasewitz fehlten in beiden Plattformen. Bei der Suche nach dem Stichwort „Blasewitz“ auf der NPD-Landesverbandseite erscheinen lediglich zwei Ergebnisse, beide handeln von der Landtagswahl 2006. Im Ganzen fand für die Stadt kein Wahlkampf und auch keine Auswertung der Ergebnisse im Internet statt. Die gesamte Homepage der Kameradschaft „Mecklenburgische Aktionsfront“ wurde gleichzeitig mit dem Verbot der Vereinigung kurz vor der Wahl offline gestellt. Die Seite npd-mv.de besitzt keine eigene Unterseite für Neubrandenburg, stattdessen wird die Stadt dem Kreis Mecklenburg-Strelitz untergliedert. Der Grund dafür ist einfach: Es werden kaum Nachrichten über die Stadt veröffentlicht, stattdessen konzentrieren sich die Informationen auf Neustrelitz. Die Struktur der Seite richtet sich insgesamt nach den Kreisverbänden des Landes aus, Ortsverbände werden dabei vernachlässigt. Wie schon bei der Hauswurfsendung aufgefallen, werden auch hier viele Sprichwörter, Redensarten und Phrasen verwendet.

Direkt nach der Wahl stellte die NPD die allgemeine Wahlfairness in Frage. Demnach soll die Arbeiterwohlfahrt Neubrandenburg, Rudolf Bretschneider und Tom Pissarek (beide SPD) finanzielle Wahlkampfunterstützung geleistet haben. Rudolf Bretschneider ist der Ehemann der Landtagspräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns und der Vorsitzende der AWO, er zog am 7. Juni 2009 in die Stadtvertretung Neubrandenburgs ein. Auf diesen Vorfall reagierte die NPD mit der Forderung einer Neuwahl.²³ Kurze Zeit später erkannte die NPD, dass es keine Neuwahlen geben wird, sie forderte daraufhin alleinig die Klärung der Geschehnisse.²⁴ In der Gesamtbetrachtung des NPD Wahlkampfes fällt insbesondere die fehlende öffentli-

21 Flyer der NPD zur Kommunalwahl. Privatsammlung Fredrich.

22 Telefongespräch: stellvertretender Wahlleiter Thomas Tauer und Kay Bolick.

23 <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1257&mid=13>, Stand 25.08.2009.

24 <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1258&mid=8>, Stand 25.08.2009.

che Präsenz des Kandidaten Jens Blasewitz auf. Der wahlrechtlich personenbezogenen Kommunalwahl in MV ungeachtet, wurde der NPD-Kandidat mit keiner einzigen Bekanntmachung, keinem einzigen Hinweis, benannt oder vorgestellt. Ausschließlich die Partei wurde beworben. Die NPD konzentrierte ihren Wahlkampf auf erfolgversprechende Stadtviertel, allerdings nie besonders aufsehenerregend oder persönlich. Im Gegensatz zur Internetpräsenz, die kaum hilfreiche Informationen zu Neubrandenburg bot, stellte der Flyer inhaltlich eine hoch einzuschätzende Wahlkampfqualität dar. Zwar kam Blasewitz auch hier nicht vor, jedoch wurden lokale Probleme und Themen benannt. Personell ist die Partei in Neubrandenburg nur schwach besetzt, die wenigen Wahlkampfstände werden durch die Unterstützung auswärtiger Kreisverbände realisiert. Der schwache Wahlkampf lässt die Frage offen, ob die NPD bei ihrer Wahlvorbereitung nur das Nötigste, oder das Möglichste getan hat, um in die Vertretung einzuziehen.

d) Wahlkampf der anderen Parteien im Vergleich/in Reaktion

Die Reaktion anderer Parteien ist bescheiden ausgefallen. Sie bezog sich vor der Wahl auf die wenigen Veranstaltungen der Rechten, weil die schwach organisierte NPD in der Stadt nur über diese Veranstaltungen zu greifen ist. Es gibt keine festen Punkte oder Anlaufstellen der NPD in Neubrandenburg, um mit der Partei umzugehen. Vor der Landtagswahl 2006 wurde ein von der SPD initiiertes Projekt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus entworfen und aufgebaut. Mit dem Aufruf: „Neubrandenburg bleibt bunt“ und einer kurzen Beschreibung der NPD, ruft dieses Netzwerk die Bevölkerung Neubrandenburgs dazu auf, der NPD keine Stimme zu geben und im Verwandten- und Bekanntenkreis dafür zu werben. Im Vorfeld der Landtagswahl wurde dieser Aufruf verbreitet; wie wir heute wissen, für die Landtagswahl erfolglos.²⁵ Trotz des Misserfolgs informierte das Bündnis im Dezember 2008 über die „Ziele, Maßnahmen und Strategien“ der NPD und diskutierte über deren Arbeit.²⁶ Die Gewerkschaft ver.di veranstaltete im Februar 2009 in Neubrandenburg ein politisches Forum mit dem Namen „Neubrandenburger Ratschlag gegen Rechts“. Vertreter der demokratischen Parteien, Endstation Rechts, Regionalzentren und ver.di diskutierten, wie sich Parlamentarier und die Zivilgesellschaft gegenüber der NPD am günstigsten verhalten sollten. Landesweit organisierte ver.di diese Veranstaltungen zur Kommunalwahl, mit der Absicht, Aufklärungsarbeit zum Rassismus und Rechtsextremis-

25 <http://www.neubrandenburg-bleibt-bunt.de>, Stand 25.08.2009.

26 http://www.sylvia-bretschneider.de/index.php?option=com_content&task=view&id=151&Itemid=87, Stand 25.08.2009.

mus zu leisten und zugleich soziale Standards zu verteidigen.²⁷ Im Nordkurier, einer regionalen Zeitung, äußerten sich nach der Wahl Vertreter der drei großen Fraktionen, CDU, Linke und SPD. Sie reagierten auf den Einzug von Blasewitz mit Besorgnis und Entsetzen und sprachen für die zukünftige parlamentarische Arbeit von einer großen Herausforderung für die demokratischen Kräfte. Dass die NPD in Neubrandenburg in die Stadtvertretung einzog, ist nicht überraschend. Das Entsetzen der großen Parteien ist mutmaßlich eine moralische Pflichtreaktion. Eher überraschend ist, dass die NPD im Vergleich zur Landtagswahl 2006 viele Wähler verloren hat.

e) Wahlergebnis

Die geringe Wahlbeteiligung lässt das geringe Interesse der Menschen an der kommunalen Abstimmung erahnen. Nur 39,1 Prozent der 56.902 Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab. Damit hat sich die Beteiligung im Vergleich zu 2004 (39,0 Prozent) kaum verändert. Noch im Jahr 1999 kamen 44 Prozent zur Kommunalwahl. Stärkste Partei wurde 2009 die CDU mit 30,6 Prozent, gefolgt von der Linken mit 29,2 Prozent und der SPD mit 21,4 Prozent. Fünf kleinere Bewerber zogen ebenfalls in die Stadtvertretung. Neben der FDP (7,0 Prozent) und den Grünen (4,4 Prozent) gelang zwei Einzelkandidaten der Einzug ins Parlament.²⁸ Die großen Parteien verloren bis auf Die Linke geringfügig an Stärke zu Gunsten der Einzelbewerber und kleinen Parteien. CDU, Die Linke und SPD konnten jeweils eine Fraktion bilden, die beiden Einzelbewerber und die drei kleinen Parteien blieben fraktionslos.²⁹ Die NPD bekam insgesamt 1748 Stimmen, was

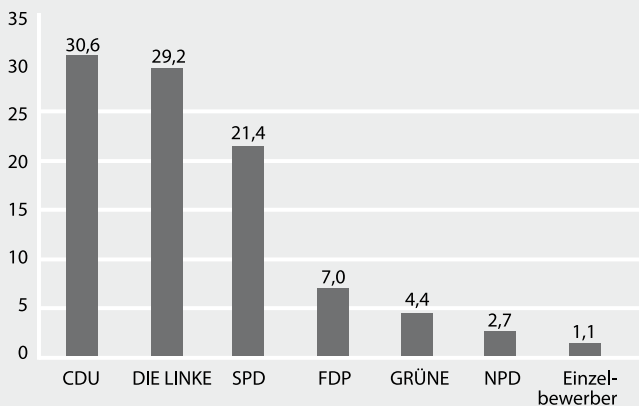


Abbildung 1: Wahlergebnis Stadtvertretung Neubrandenburg

27 <http://npd-kehrt-marsch.nord.verdi.de/>, Stand 25.08.2009.

28 <http://www.wiwi.uni-rostock.de/fileadmin/Institute/IPV/Informationen/Publikationsreihe/graueihe22.pdf>, Stand 15.07.2009.

29 Stand 15.09.2009, siehe auch http://www.neubrandenburg.de/images/pdf/stadtvertretung/ratsfrauen_und_ratsherren.pdf, Stand 15.09.2009.

2,7 Prozent aller Stimmen entspricht. Über Wahlbereich 1³⁰ zog Jens Blasewitz in die Stadtvertretung von Neubrandenburg ein. In diesem Wahlbereich konnte die NPD mit 3,8 Prozent deutlich besser abschneiden, als in Wahlbereich 2 und 3 (beide 2,3 Prozent). Damit verlor die Partei 3,6 Prozentpunkte im Vergleich zur Landtagswahl 2006 und sank auf das Niveau der Bundestagswahl 2005, bei der die NPD ein ähnliches Ergebnis erzielte.

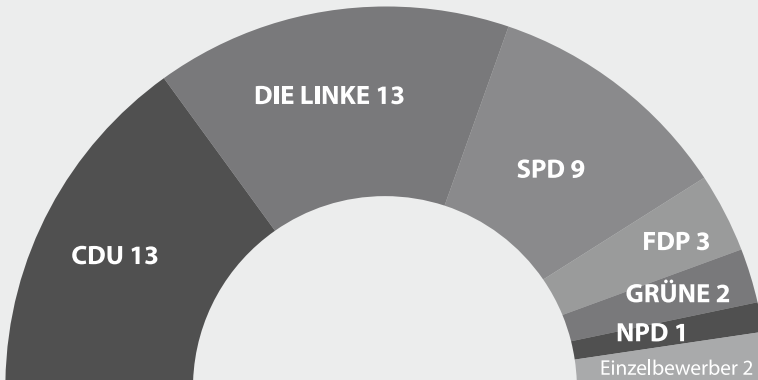


Abbildung 2: Sitzverteilung Stadtvertretung Neubrandenburg

Die Sitzverteilung der Stadtvertretung sieht folgendermaßen aus: Von insgesamt 43 Sitzen erhielten CDU und Linkspartei je 13 Sitze, SPD 9 Sitze, FDP und Grüne 3 und 2 Sitze, die NPD, Einzelbewerber Nötzel und Einzelbewerber Schulz, jeweils einen Sitz. Linkspartei und SPD bekamen die gleiche Anzahl an Sitzen wie 2004, die CDU verlor einen Sitz, FDP, Grüne und NPD gewannen jeweils einen. Die Wählergemeinschaft „Allgemeine Unzufriedenheit“ hatte 2004 drei Sitze erhalten, sie trat 2009 nicht mehr an. Die Hochburg der NPD, das Reitbahnviertel, bleibt auch 2009 das Stadtgebiet mit der höchsten Quote an NPD-Wählern. Noch 2006 wählten dort 14,53 Prozent die rechte Partei, 2009 waren es lediglich 6,1 Prozent. Wahlbeteiligung, Arbeitslosenquote und NPD-Wahlergebnis korrelieren miteinander, weisen also einen hohen Zusammenhang auf. Viele NPD-Wähler wohnen demnach im Reitbahnviertel, Stadtgebiet Ost, Datzviertel und Industrieviertel, in diesen Stadtgebieten ist die Arbeitslosigkeit (14,6 Prozent-23,8 Prozent) hoch und die Wahlbeteiligung (21,7 Prozent-34,6 Prozent) niedrig. Im Gegensatz

dazu wurde die NPD im Stadtgebiet West mit 5,1 Prozent Arbeitslosenquote und 50,9 Prozent Wahlbeteiligung lediglich zu 1,5 Prozent gewählt. Interessant ist das Verhältnis von Stadtgebieten, bei denen die CDU stark ist, in Relation zu den Gebieten, in denen die NPD stark ist. Die Korrelation ist signifikant negativ. Wird also vermehrt CDU gewählt, erreicht die NPD keine guten Ergebnisse und umgekehrt. Ganz anders dagegen ist das Verhältnis zur Linkspartei, hier erhalten beide Parteien (Linkspartei und NPD) in den gleichen Stadtgebieten hohe und niedrige Wahlergebnisse.

	Korrelation	Signifikanz
Arbeitslosigkeit und Wahlbeteiligung	-0,979	0,000
Wahlbeteiligung und NPD Ergebnis	-0,906	0,000
Arbeitslosigkeit und NPD Ergebnis	0,906	0,000
NPD und CDU	-0,806	0,005
NPD und Linke	0,502	0,140
NPD und SPD	0,229	0,525

Tabelle 1: Ergebnisse Korrelation

Am 16. Juli traten die Gewählten zur konstituierenden Sitzung der Stadtvertretung zusammen. Aus allen 17 an diesem Tag verabschiedeten Beschlüssen geht nicht einmal die Nennung der NPD oder von Jens Blasewitz hervor. Blasewitz saß fast unbemerkt neben den Abgeordneten der FDP. Im Publikum waren Norman Runge, ehemaliger Gemeindevorteiler in Burg Stargard und Sven Leibnitz, der Direktkandidat für Mecklenburg-Strelitz II/Müritz II (9,1 Prozent/9,2 Prozent) der Landtagswahl 2006, anwesend.³¹ Die demokratischen Parteien hatten sich offenbar darauf geeinigt, Blasewitz zu ignorieren und den Einzug der NPD ins Parlament unbenannt zu lassen. Die einzigen Protestierenden waren ein paar Jungsozialisten (Jusos), die kurze Zeit eine Schrift mit dem Slogan: „Konstruktive Politik statt Nazi-Parolen“ entfalteten.³² Blasewitz fuhr in dieser Sitzung den Kurs seines Wahlkampfes fort; still und gelangweilt beobachtete er das Geschehen der konstituierenden Sitzung.³³

31 <http://www.links-lang.de/0609/npd.pdf>, Stand 15.07.2009.

32 Nordkurier 18. Juli 2009, Neubrandenburger Zeitung, S. 18.

33 <http://aonb.blogspot.de/category/kommunalwahl-2009/>, Stand 15.07.2009.

3.4 Hansestadt Stralsund

Joanna Bars und Johanna Vogt

a) Angaben zum Ort

Die Hansestadt Stralsund bildet am Strelasund gelegen das Tor zur Insel Rügen. In der kreisfreien Stadt leben 57.866¹ Einwohner auf 39 km². Der Altersdurchschnitt in der Stadt liegt bei 45,6 Jahren². 1,8 Prozent der Einwohner Stralsunds sind Ausländer³ (insg. 1070 Personen), allein im Stadtteil Grünhufe jedoch wohnen ca. 4000 Russlanddeutsche, die in dieser Statistik nicht erfasst und von weiten Teilen der Bevölkerung nicht als „deutsch“ anerkannt werden⁴. Insgesamt gesehen, geht die Bevölkerung in Stralsund seit der Wende kontinuierlich zurück. So hatte die Stadt im Jahr 1995 65.977 Einwohner, 2005 waren es noch 58.708. Diese Entwicklung setzt sich bislang fort.⁵ Die wichtigsten Arbeitgeber in der Stadt sind die Volkswerft und der Hafen, die Tourismusbranche, die vom Weltkulturerbetitel der Stralsunder Innenstadt und der Lage direkt vor Deutschlands größter Insel profitiert sowie der Bildungssektor, konkret die Fachhochschule Stralsund.⁶ Die Arbeitslosigkeit in der Stadt ist trotz rückläufiger Zahlen weiterhin hoch: 17,7 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung findet keine Arbeit.⁷ Damit steht Stralsund schlechter da als Mecklenburg-Vorpommern insgesamt mit einer Arbeitslosenquote von im Schnitt 15,5 Prozent.⁸ Für die Stadt ist die jetzige Arbeitslosenquote allerdings bereits das Ergebnis einer deutlich positiven Entwicklung, so erreichte die Quote 2004 mit 25,40 Prozent den absoluten Spitzenwert nach der Wende und sinkt seitdem kontinuierlich.⁹

1 <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?&id=4118>, Stand 31.12.2008.

2 Ebenda, Stand 2008.

3 Ebenda, Stand 31.12.2008.

4 Quelle Gespräch G. Auf Wunsch des Gesprächspartners in anonymisierter Form.

5 <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/>, Stand 31.12.2008.

6 http://www.stralsund.de/hst01/content1.nsf/docname/Webseite_C1257401002FE71BC12570A7004A62AA?OpenDocument, Stand 10.03.2010.

7 <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?&id=3678>, Jahresdurchschnitt 2008.

8 Ebenda, Stand 31.12.2008.

9 Ebenda.

Oberbürgermeister ist seit 2008 Alexander Badrow von der CDU – er trat die Nachfolge des aus Altergründen ausscheidenden Harald Lastovka (ebenfalls CDU) an. Auch bei den Wahlen zur Bürgerschaft 2004 konnte die CDU sich als stärkste Kraft durchsetzen:¹⁰

Beteiligung in %	CDU	PDS	SPD	FDP	NPD	Bfs *	FORUM **	Einzel: Butter	Sonst.
40,6	29,8	22,3	12,8	3,5	3,9	10,6	10,6	1,2	1,8

Tabelle 1: Ergebnisse der Wahlen zur Stralsunder Bürgerschaft

* Bürger für Stralsund ist ein lokales, konservatives Bürgerbündnis, das 2004 erstmals antrat

** Das Forum Kommunalpolitik ist eine Art regionaler Ableger von Bündnis90/Die Grünen

Die Bürgerschaft setzte sich in der Legislaturperiode 2004 bis 2009 folgendermaßen zusammen: CDU (12 Sitze), Die Linke (9 Sitze), FDP/Bfs (6 Sitze), Forum (6 Sitze), SPD (5 Sitze), NPD (2 Sitze), Einzelkandidaten (2 Sitze).

b) Rechte Szene

Die rechte Szene in Stralsund wird von einem Zerwürfnis zwischen der NPD einerseits und der freien Kameradschaftsszene andererseits geprägt. Die Uneinigkeit dieser verschiedenen Lager hat in den letzten Jahren zu einem merklichen Rückgang der Aktivität im rechten Milieu geführt. So steht auf der einen Seite die NPD. Sie ist besonders durch ihren Kreisvorsitzenden Dirk Arendt in der Öffentlichkeit präsent. Zwischen 2004 und 2009 stand er der zweiköpfigen Gruppe der NPD in der Stralsunder Bürgerschaft vor. Arendt wurde 1976 in Stralsund geboren und absolvierte eine Ausbildung zum Schiffsbauer auf der Stralsunder Volkswerft. Er war bei den Jungen Nationaldemokraten aktiv und 2001 federführend an der Neuaufstellung des NPD-Kreisverbandes Nordvorpommern beteiligt (Beier et al. 2006: 118). Arendt ist Kreisvorsitzender des Kreisverbandes Nordvorpommern und Wahlkreismitarbeiter des Landtagsabgeordneten Michael Andrejewski.¹¹ Allerdings scheint Arendt innerparteilich an Macht zu verlieren. Zumindest ist er seit dem NPD-Landesparteitag am 15. März 2008 in Schwerin nicht mehr als stellvertretender Vor-

10 [http://www.stralsund.de/hst01/ressourcen.nsf/docname/Ressourcen_CC2C0571C1161116C1256FB1003BAADD/\\$File/WahlenBuergerschaft.pdf?OpenElement](http://www.stralsund.de/hst01/ressourcen.nsf/docname/Ressourcen_CC2C0571C1161116C1256FB1003BAADD/$File/WahlenBuergerschaft.pdf?OpenElement), Stand 12.12.2009.

11 http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&task=view&id=927&Itemid=92, Stand 13.11.2009.

sitzender des NPD-Landesvorstandes tätig.¹² Die NPD tritt mit Informationsständen in Erscheinung, die immer wieder auch außerhalb des Wahlkampfes stattfinden.¹³ Ein Erfolg für die Partei ist das jährliche Kinderfest in der Brunnenau, das 2009 bereits zum achten Mal stattfand und etwa 300 Teilnehmer anlockte.¹⁴ Außerdem erscheint in Stralsund unregelmäßig „Der Stralsunder Bote“. Der Bote stellt ein wichtiges Medium dar, das rechts-extremes Gedankengut per Posteinwurf vielen Haushalten der Stadt zugänglich macht. Es handelt sich nicht um ein direkt der NPD angehöriges Medium, der Stralsunder Bote stellt jedoch die Leistungen von der NPD durchweg positiv dar und diskreditiert das Verhalten anderer Parteien.¹⁵ Herausgegeben wird das Blatt von der Initiative für Volksaufklärung e.V., als Verantwortlicher im Sinne des Presserechts tritt der NPD-Vorsitzende Arendt auf. Auf der anderen Seite steht die Stralsunder Kameradschaftsszene mit der Kameradschaft Stralsund/Freundeskreis Avanti. Die Kameradschaft kündigte am 19.02.2007 ihre Zusammenarbeit mit der NPD öffentlich auf der rechten Internetseite „Störtbecker-Netz“ auf.¹⁶ Axel Möller, der Betreiber des „Störbecker-Netz“, das inzwischen in der internationalen Plattform altermedia.de aufgegangen ist, wohnt ebenfalls in Stralsund. Er bezeichnet sich als freier Nationalist (Beier et al. 2006: 121, 122). Die Berichterstattung der Webseite zu den lokalen Aktivitäten der NPD ist kritisch-distanziert. Augenscheinlich wurde die Zersplitterung der rechtsextremen Szene in Stralsund bei einer Demonstration am Tag der Deutschen Einheit 2008. Dort kam es zum Eklat, als NPD und Autonome Nationalisten sich überwarfen und in zwei getrennten Gruppen durch die Stadt zogen.¹⁷ Aufgrund der Spaltung in zwei Lager und des Fehlens charismatischer Persönlichkeiten ist die Lage in Stralsund relativ ruhig. Zu Straftaten wie dem Tragen verfassungswidriger Zeichen kommt es nur vereinzelt. In der Stadt sind allerdings einige Treffpunkte bekannt, an denen die Szene regelmäßig zusammenkommt.¹⁸ Gerade die gute Annahme der Kinderfeste

12 Quelle Gespräch J. T. Auf Wunsch der Gesprächspartner in anonymisierter Form.

13 Quelle Gespräch G.

14 Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 2008, http://www.verfassungsschutz-mv.de/cms2/Verfassungsschutz_prod/Verfassungsschutz/content_downloads/Verfassungsschutzberichte/VS-Bericht_2008.pdf, S. 114, Stand 13.11.2009.

15 Vgl. kritisch „Der Stralsunder Bote“ Ausgabe 2/2008, http://www.snbp.info/ifu/information/hst/ag2_jg08.pdf, Stand 13.12.2009.

16 Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 2007, http://www.verfassungsschutz-mv.de/cms2/Verfassungsschutz_prod/Verfassungsschutz/content_downloads/Verfassungsschutzberichte/VS-Bericht_2007_.pdf, S.94, Stand 13.11.2009.

17 http://de.altermedia.info/general/nach-eklat-auf-stralsund-demo-101008_17470.html; Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 2008, http://www.verfassungsschutz-mv.de/cms2/Verfassungsschutz_prod/Verfassungsschutz/content_downloads/Verfassungsschutzberichte/VS-Bericht_2008.pdf, S. 94, Stand 13.11.2009.

18 Quelle Gespräch F. Auf Wunsch des Gesprächspartners in anonymisierter Form.

deutet darauf hin, dass es zumindest in Teilen der Bevölkerung keine Berührungängste gegenüber der NDP gibt. Gerade im Stadtteil Grünhufe wird es als legitimer Protest gesehen, seine Stimme bei der Wahl der NDP zu geben.¹⁹ Auch scheint die Arbeit der Kameradschaft, die vor einigen Jahren besonders auf den Schulhöfen um Anhänger warb, Erfolge zu zeigen.²⁰

Das Engagement gegen Rechts ist in Stralsund relativ schwach ausgeprägt und vor allem anlassbezogen.²¹ Das Problembewusstsein in der Stralsunder Bürgerschaft ist gering, wohl auch deshalb, weil die NDP in der Bürgerschaft zumeist eher harmlos und dilettantisch agiert (Beier et al. 2006: 126-133). Der Zusammenhalt der demokratischen Parteien innerhalb der Bürgerschaft funktioniert weitestgehend – auch wenn 2004 von der Bürgerschaft eine Erklärung gegen (Rechts-)Extremismus nur unter großen Mühen verabschiedet wurde (Beier et al. 2006: 127, 128) – und lässt den Abgeordneten das Problem als beherrschbar erscheinen. Die Bereitschaft, sich in der Öffentlichkeit über Parteigrenzen hinweg zu einem Bündnis zusammenzuschließen und offensiv zu agieren, ist gering (Beier et al. 2006: 134, 135).²² Akteure der Zivilgesellschaft sprechen so von einer zweigeteilten Stadt, wobei die Probleme der Stadtrandviertel für die Bewohner der Innenstadt nicht existieren.²³ Auch die Verwaltung der Hansestadt geht mit dem Rechtsextremismus sehr defensiv um. Informationen über Aktivitäten der NDP werden z.B. nicht offensiv an die Presse oder Akteure der Zivilgesellschaft weitergereicht, sondern vielmehr unter dem Deckel gehalten. Allerdings besteht bei einigen Aktiven die Hoffnung, dass der 2008 neu ins Amt gekommene Oberbürgermeister Badrow den Stillstand in der Verwaltung aufbrechen und für ein aktiveres Vorgehen eintreten wird.²⁴ Auf Seiten der Zivilgesellschaft existiert eine große Zahl kleiner Projekte zur Stärkung demokratischer Strukturen. Diesen fehlt es jedoch an kontinuierlicher Finanzierung sowie der Koordination ihrer Aktivitäten.²⁵ Ein wichtiger Faktor ist das Regionalzentrum für demokratische Kultur. Fünf dieser Zentren arbeiten seit 2007 in Mecklenburg-Vorpommern und sollen die Zivilgesellschaft vor Ort unterstützen und deren demokratische Kräfte bündeln. Ihre Arbeit finanzieren das Land Mecklenburg-Vorpommern, der Europäische Sozialfonds sowie das Bundesfamilienministerium. Das Regionalzentrum Stralsund ist mit vier Mitarbeitern für die Stadt

19 Quelle Gespräch G.

20 Quelle Gespräch J.

21 Quelle Gespräch F.

22 Quelle Gespräch G.

23 Quelle Gespräch F.

24 Quelle Gespräch F.

25 Quelle Gespräch G.

selbst sowie Nordvorpommern und Rügen zuständig.²⁶ Das Zentrum beobachtet rechts-extreme Strukturen in der Region. Als Hauptaufgabe sieht es allerdings nicht den aktiven Kampf gegen Rechts, sondern die Stärkung demokratischer Akteure vor Ort. Gerade diese Schwerpunktsetzung sorgt allerdings für Enttäuschung bei einigen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Sie hofften auf einen Ansprechpartner, der demokratische Aktionen koordiniert und mit Fachwissen zur Seite steht. Diese Erwartungen wurden nicht erfüllt und so fühlen sich viele demokratische Akteure vom Regionalzentrum alleine gelassen.²⁷ Das Stralsunder „Bündnis gegen Rechts“, das sich 1994 konstituiert hatte, ist sogar seit Anfang 2009 weitgehend inaktiv, da es sich durch das Regionalzentrum verprellt fühlt, das nicht von Stralsundern mit einem echten Einblick in das Geschehen in der Stadt geleitet werde.²⁸

c) Kandidaten der NPD

Die für alle Wahlbereiche identische Liste der NPD zur Kommunalwahl in Stralsund umfasste sechs Kandidaten. Die zwei Bürgerschaftsabgeordneten der NPD stellten sich zur Wiederwahl. Dabei handelt es sich zum einen um Dirk Arendt (Listenplatz 1). Der zweite NPD-Bürgerschaftsabgeordnete, der sich ebenfalls zur Wiederwahl stellte, ist Bernd Flotow (Listenplatz 6), geboren 1953 in Stralsund. Flotow erwarb sich den Ruf als „faulster Abgeordneter Deutschlands“²⁹, da er aufgrund seiner Arbeit in Holland³⁰ nur selten an den Sitzungen teilnahm. Er war vermutlich vor seinem Engagement in der NPD bei den Republikanern aktiv (Beier et al. 2006: 118). Vier Kandidaten bewarben sich neu um einen Sitz in der Bürgerschaft: Klaus Bartsch (Listenplatz 2), geboren 1959 in Peitz bei Cottbus, Eisenbautechniker, Rolaf Gorgs (Listenplatz 3), geboren 1958 in Stralsund, Bürokaufmann, der bei der Landtagswahl 2006 bereits als Direktkandidat der NPD in Nordvorpommern III/Stralsund antrat.³¹ Desweiteren Karsten Münchow (Listenplatz 4), geboren 1976 in Stralsund, Kaufmann im Groß- und Außenhandel, der bei den Landtagswahlen 2006 im Wahlkreis Rügen I als Direktkandidat der NPD antrat. Der vierte Kandidat, der auf einen Neueinzug in die Bürgerschaft hoffte, war Thomas Schwarz (Listenplatz 5), geboren 1968

26 http://www.mecklenburg-vorpommern.eu/cms2/Landesportal_prod/Landesportal/content/de/Bildung_und_Forschung/Politische_Bildung/Regionalzentren_fuer_demokratische_Kultur/index.jsp, Stand 13.11.2009.

27 Quelle Gespräch G.

28 Quelle Gespräch J.

29 http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=1140:bernd-flotow-mpd-deutschlands-faulster-abgeordneter-mit-video&catid=117:satire, Stand 13.11.2009.

30 <http://npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1180&mid=2>, Stand 13.11.2009.

31 www.abgeordnetenwatch.de/rolaf_gorgs-858-9139.html, Stand 13.11.2009.

in Reinbek bei Hamburg, Bäcker. Die vier neuen Kandidaten sind in Stralsund weitestgehend unbekannt und bisher nicht öffentlich in Erscheinung getreten. Da die Wähler bei Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern ihre drei Stimmen kumulieren können, entscheidet die genaue Listenposition nicht über den Einzug in die Bürgerschaft. Dennoch ist es interessant zu sehen, dass Bernd Flotow auf dem letzten Platz der Liste steht. Er scheint also intern für seine äußerst negative Außenwirkung abgestraft worden zu sein.

d) Der Wahlkampf der NPD in Stralsund

Im Gegensatz zum Wahlkampf für den Landtag im Jahr 2006 wurde der diesjährige Kommunalwahlkampf der NPD, aber auch der anderer Parteien, in der Hansestadt Stralsund als wenig spektakulär wahrgenommen. Da sich keiner der sechs NPD-Kandidaten zu einer Stellungnahme bezüglich der Wahlkampfstrategie äußern wollte, stützten sich die folgenden Ausführungen auf Presse- und Internetrecherchen,³² Experteninterviews sowie persönliche Beobachtungen vor Ort.

Plakate

Am sichtbarsten wurde der Wahlkampf der NPD durch zahlreiche Wahlkampfplakate, die knapp einen Monat vor der Kommunalwahl in einer Nacht- und Nebelaktion u.a. von jungen Parteianhängern im Stadtgebiet befestigt wurden. Zuvor hatte lediglich das Forum Kommunalpolitik vereinzelt für ihren Kandidaten plakatiert, sodass der massive Werbeinsatz der NPD an Ausfahrtstraßen und größeren Kreuzungen, z.B. auf dem Bahnhofsvorplatz und entlang der „NPD-Hochburgen“ (Grünhufe und Knieper West) große Aufmerksamkeit seitens der Bevölkerung erfuhr. Auffällig jedoch war, dass die NPD zunächst nicht innerhalb der Wohnviertel plakatierte. Dies lässt die Vermutung aufkommen, dass die NPD eine effektive Nutzung ihrer begrenzten Finanzmittel anstrebte, die vorwiegend in der Plakatierung viel befahrener Straßen erkannt wurde. Möglicherweise als Schutzvorkehrung vor Vandalismus brachte die NPD ihre Plakate überwiegend in großer Höhe an.³³ Die NPD hielt sich ferner an das Plakatierverbot in der historischen Altstadt. Häufig wurde die Qualität der Plakate der NPD von den befragten Experten hervorgehoben. So stelle das in schwarz-weiß-rot gehaltene Layout eine deutliche Verbesserung zu den Vorjahren dar. Auffällig an den Plakaten war ebenfalls die vielseitige Bandbreite der Themen

32 Es wurde die Berichterstattung der lokalen Tageszeitung (Ostseezeitung) verfolgt sowie die Internetseiten endstation-rechts.de, links-lang.de, npd-mv.de, altermedia.info.

33 Dies veranlasste NPD-Gegner dazu, einen Aufkleber mit dem Ausspruch: „Wer sich 6 Meter über sein Volk erhebt, will Diktatur!!!“ auf NPD-Plakaten zu befestigen.

und Motive, die den Eindruck einer umfassenden Programmatik der NPD erweckten. Vorrangig spielten die Themen Arbeit, Wirtschaft und Soziales eine Rolle:

„Arbeitslosigkeit und Sozialabbau. Wehrt Euch!“

„Regional ist erste Wahl. Heimische Wirtschaft stärken“

„Hartz IV – Armut Praxisgebühr Mehrwertsteuer. Es reicht! Jetzt: NPD“

„Zukunft statt Arbeitsamt“

„Arbeit statt Einwanderung“

Wie bereits im letzten Beispiel angeklungen, wird auch die hohe Anzahl der Einwanderer von der NPD kritisiert. Zwei weitere Plakatmotive skandieren gegen kriminelle Ausländer und Asylbetrüger:

„Grenzen dicht für Kriminelle! Heimat und Kultur schützen“

„Touristen willkommen. Asylbetrüger raus! Jetzt: NPD“

Wie in vier weiteren Bundesländern Deutschlands liegt die Altersgrenze für das aktive Wahlrecht in Mecklenburg-Vorpommern bei 16 Jahren. Sich des Wählerpotenzials dieser jungen Altersgruppe bewusst, spricht die NPD (anders als die demokratischen Parteien in Stralsund) auch explizit Erstwähler an:

„Das erste Mal: ab 16. radikal. national. sozial.“

Daneben versucht die NPD auch Protest- und Nichtwähler für die Kommunalwahl zu gewinnen:

„Wirf deine Stimme nicht weg! Nicht meckern – Handeln“

Das einzige Personen-Plakat stammt vom Spitzenkandidat der Partei:

„Für Stralsund. Aus der Mitte des Volkes. Dirk Arendt“

Bezüglich der Themen der Wahlplakate ist auffällig, dass nur jenes von Dirk Arendt einen regionalen Bezug aufweist. Alle anderen Plakate sprechen übergeordnete Problemfelder an, die in der überwiegenden Anzahl gar nicht durch Kommunalpolitik bearbeitet werden können. Dennoch muss angemerkt werden, dass die NPD als einzige Partei in Stralsund wahrgenommen wurde, die einen expliziten Themenwahlkampf verfolgte und nicht vor allem mit Köpfen warb. Mit dem Hinweis auf die Webpräsenz des Landesverbandes der NPD (npd-mv.de) auf den Plakaten ist von einer zentralen Lenkung des Kommunalwahlkampfes der NPD auszugehen. Dies findet letztlich auch Bestätigung darin, dass die oben aufgezählten Plakate im gesamten Bundesland aufzufinden waren.

Während die NPD mit ihren Plakaten in den ersten Wochen des Wahlkampfes domi-

nierte, zogen die etablierten Parteien in den folgenden Wochen nach. Zwei Wochen vor dem Stichtag der Kommunalwahl waren die Straßenzüge Stralsunds mit einer Vielzahl an Plakaten der demokratischen Parteien nahezu „zugepflastert“, wodurch die Dominanz der NPD gebrochen wurde. Vor allem im Wohngebiet Grünhufe, wo mittlerweile auch die NPD plakatiert hatte, zeigte sich der Ehrgeiz der demokratischen Parteien, ein Zeichen gegen Rechtsextremismus zu setzen. So gesellten sich zu einem Plakat der SPD, welches sich für Toleranz und gegen Nazis aussprach, ein in Kooperation zwischen SPD und Endstadion Rechts erstelltes Plakat „Braune Szene wegputzen! Wählen gehen“ sowie das Plakat der Linken „Nazis raus: aus den Köpfen“. Auch zeigten sich einige zuvor von der NPD plakatierte Straßenzüge vollständig von diesen befreit, was möglicherweise auf Vandalismus zurückzuführen ist.³⁴

Infostände

Während die Stralsunder NPD keine öffentlichen Wahlveranstaltungen durchgeführt hat, so steht doch fest, dass zahlreiche Infostände in Stralsund stattgefunden haben. Die Frequenzierung dieser Infostände wurde von den Experten jedoch unterschiedlich wahrgenommen. Die Infostände fanden nicht allein im Stadtteil Grünhufe, sondern im gesamten Stadtgebiet statt und wurden häufig vom Spitzenkandidaten Arendt begleitet. Im Zusammenhang mit dem Kommunalwahlkampf 2009 fiel einem Experten weiterhin auf, dass neben einigen alten Kadern auch viele Jugendlichen aktiv in den Wahlkampf der NPD eingebunden wurden. Da die Stralsunder Verwaltung, wie ein Experte versicherte, keine Informationen über erteilte Standgenehmigungen herausgibt, war es leider nicht möglich einen Stand persönlich zu beobachten.

Infomaterial

Wie bereits erwähnt fungiert der „Stralsunder Bote“ inhaltlich als Sprachrohr der NPD-Bürgerschaftsabgeordneten. Vor dem Hintergrund der personellen Verflechtungen mit der NPD verwundert es deshalb, dass im Vorfeld der Kommunalwahlen kein „Stralsunder Bote“ publiziert wurde. Hintergründe sind diesbezüglich nicht bekannt. Drei Postwurfsendungen sind dem Wissen eines Experten nach erfolgt. Einzugsgebiete waren wohl vor allem Grünhufe, Knieper und Franken, doch auch innerhalb der Innenstadt wurde mindestens einmal geflyert. Vor allem aber fanden in Stralsund im Vorfeld der Kommunalwahl verstärkt Aufkleberaktionen statt. Mindestens zwei Flyer zur Kommunalwahl wurden in Stralsund verteilt. Es handelt sich dabei um die Flyer „Wirf deine Stimme nicht weg“ sowie „Für Familie, Volk und Heimat“, für die presserechtlich Dirk Arendt verantwortlich ist. Diesen vierseitigen

34 Einer der Befragten vermerkte, dass die NPD in einigen Vierteln zur Sicherung ihrer Plakate Streife fahren würde.

Publikationen in DIN A6 ist das jugendlich frische Layout gemein, das von den Wahlkampfplakaten bekannt ist. Inhaltlich gibt es große Überschneidungen zwischen den Flyern. In beiden wird die Politik der demokratischen Parteien kritisiert und hervorgehoben, dass einzig die NPD für positive Veränderungen in der Kommune und im Land verantwortlich sei. Teilweise werden Verschwörungstheorien herangezogen, so heißt es z.B. in „Für Familie, Volk und Heimat“, dass der „Parteienstaat seine Bürger am liebsten hilf- und ahnungslos [mag]“. Im Flyer „Wirf deine Stimme nicht weg“ wird lediglich die Kommunalpolitik der Stadt Anklam positiv hervorgehoben. So bietet der NPD-Landtagsabgeordnete Michael Andrejewski in seinem Wahlkreisbüro in Anklam eine Rechtsberatung für Arbeitslose an. Die Botschaft des Flyers lautet, dass die NPD anpacken kann. In diesem Sinne werden vor allem ehemalige Nicht- und Protestwähler ermuntert, ihre Stimme für die NPD abzugeben. Offensichtlich erzielte die NPD-Stralsund auch in ihrer Eigenwahrnehmung nicht genügend Erfolge, auf die im Wahlkampf verwiesen werden kann. Der Flyer „Für Familie, Volk und Heimat“ ist wohl maßgeblich durch die NPD-Zentrale in Schwerin angefertigt worden. Das Frontbild zeigt das Ideal einer deutschen Familie, welches ebenfalls für lange Zeit die Homepage des Landesverbandes der NPD Mecklenburg-Vorpommerns zierte. Auch die im Flyer vermerkten „Zehn gute Gründe, NPD zu wählen“ sind der Seite www.npd-mv.de entnommen. Beide Flyer bieten Interessenten auf der letzten Seite an, in Kontakt mit der NPD zu treten. So besteht die Möglichkeit (a) Infomaterial anzufordern, (b) Mitglied zu werden, (c) seine Hilfe für das Austeilen von Flugblättern anzubieten sowie (d) einer Anfrage nach einem persönlichen Gespräch.

Internetpräsentation

Keine Zeit scheint die Stralsunder NPD für den Internet-Wahlkampf aufgewendet zu haben. Der aktuellste Beitrag vor der Wahl ist mit einem Datum Anfang April 2009 versehen, der inhaltlich jedoch nicht mit dem Kommunalwahlkampf in Verbindung steht. Der letzte kommunalpolitisch relevante Beitrag stammt aus dem Jahr 2006.

Einschätzung des Wahlkampfes der anderen Parteien in Stralsund

Wie die NPD haben auch die demokratischen Parteien ihren Wahlkampf zu großen Teilen über Plakate geführt, wobei vor allem Köpfe und nicht etwa Themen im Vordergrund standen. Größere Wahlkampfveranstaltungen fanden unseres Wissens nicht statt. Die SPD-Jugendorganisation (Jusos) veranstaltete einen Themenabend zum Rechtsextremismus, der den Umgang mit der NPD in der Stralsunder Bürgerschaft aufgriff und sich am Rande auch mit der Kommunalwahl beschäftigte. Eine Gesprächsanfrage zum Thema Kommunalwahl und dem Umgang mit der NPD in der Bürgerschaft wurde von keiner Bürgerschaftspartei beantwortet.

e) Wahlergebnis

Angetreten mit sechs Kandidaten, erhoffte sich die NPD in Stralsund wohl einen mächtigen Zugewinn an Wählerstimmen. Groß muss daher die Enttäuschung gewesen sein, als am Wahlabend fest stand, dass die Stralsunder NPD im Vergleich zur Kommunalwahl 2004 0,8 Prozentpunkte einbüßte (2004: 3,9 Prozent; 2009: 3,1 Prozent) und damit sogar unter den Landesdurchschnitt (3,2 Prozent) fiel. Verglichen mit der Kommunalwahl 2004 verzichteten 542 Stralsunder darauf, ihre Stimme der NPD zu geben. Dies hat zur Folge, dass die NPD in der Legislaturperiode 2009-2014 lediglich einen und nicht länger zwei Mandatsträger in die Stralsunder Bürgerschaft entsenden darf. Dieses Ergebnis ist einzigartig in Mecklenburg-Vorpommern, denn in keiner anderen Gemeinde oder Stadt und in keinem anderen Landkreis verlor die NPD in den Kommunalwahlen 2009 zu jener des Jahres 2004. Auffällig ist, dass der verlorene Stimmanteil der NPD ungefähr dem Ergebnis der Republikaner (2009: 426 Stimmen, 0,7 Prozent) entspricht, die im Jahr 2004 noch darauf verzichteten in Stralsund anzutreten. Und auch wenn sich die Partei der Republikaner schon seit längerem dem bürgerlichen Lager zuordnet, verwies ein Interviewpartner auf freundschaftliche Beziehungen, die in Stralsund zwischen den lokalen Republikanern und NPD-Mitgliedern bestehen. Insofern besteht die Möglichkeit, dass ehemalige NPD-Wähler mit ihrer Stimmenabgabe die NPD abstrafen wollten und ihr Kreuz so bei den lokal immer noch als rechtsradikal wahrgenommenen Republikanern setzten. Auf Wahlbezirksebene zeigen sich teilweise große Schwankungen der Stimmanteile für die NPD. Am erfolgreichsten schnitt die NPD, wie bereits zur Landtagswahl 2006, im Wohnbezirk des NPD Spitzenkandidaten Dirk Arendt – Grünhufe – ab (15,4 Prozent). Gewinner der Kommunalwahl 2009 in Stralsund war die CDU, die im Vergleich zu den Wahlen 2004 um knapp zwei Prozentpunkte zulegte (2004: 29,8 Prozent; 2009: 32,0 Prozent). Erfolgreich aber waren auch die Wählergruppe Adomeit (2009: 5,8 Prozent) und das Bürgerbündnis Bürger für Stralsund (BfS) (2004: 10,6 Prozent; 2009: 12,7 Prozent). Neben der NPD verloren aber auch die SPD (2004: 12,8 Prozent; 2009: 11,6 Prozent), die Linken (2004: 22,3 Prozent; 2009: 18,3 Prozent) und das Forum (2004: 10,6 Prozent; 2009: 8,7 Prozent).

	CDU	SPD	PDS/Linke	FORUM	FDP	BfS	NPD	REP	Sonst.
Kommunalwahl 2004	29,8	12,8	22,3	10,9	3,5	10,6	3,9	-	6,2
Landtagswahl 2006	30,9	27,9	18	(3,6) *	8,9	-	6,4	-	4,3
Kommunalwahl 2009	32	11,6	18,3	8,7	4,9	12,7	3,1	0,7	8,0

Tabelle 2: Ergebnisse der Kommunalwahl 2004 und 2009 sowie der Landtagswahl 2006

* Landtagswahlergebnis für Bündnis90/Die Grünen

Erklärungsansätze für das Abschneiden der NPD

Überwiegend im Gegensatz zu den Annahmen der Experten baute die NPD ihren Stimmenanteil bei den Kommunalwahlen in Stralsund nicht aus, sondern verlor leicht an Boden. Es gibt unterschiedliche Ansätze, die dieses Wahlergebnis erklären könnten. Zum einen könnte, wie es ein Experte darstellt, das mäßige Auftreten der NPD-Abgeordneten in der Stralsunder Bürgerschaft ausschlaggebend für viele Wähler gewesen sein, ihr Kreuz entweder an einer anderen Stelle zu setzen, bzw. der Wahl fern zu bleiben. Die Annahme des Experten beruht jedoch auf der Überlegung, dass die NPD überwiegend aus Protest und nicht aufgrund einer rechtsextremen Einstellung gewählt werden würde. Auch ist zweifelhaft, inwieweit die Stralsunder Bürger überhaupt über das Verhalten der NPD-Abgeordneten in der Stralsunder Bürgerschaft informiert sind. Denn einerseits werden diese Sitzungen nur von einer Handvoll Bürger besucht, andererseits blendet die lokale Presse das Thema NPD aus. Bedeutsamer scheint an dieser Stelle das Zerwürfnis zwischen der NPD und der lokalen Kameradschaftsszene zu sein. Das aufgebrochene Bündnis zwischen diesen beiden Akteuren im Jahr 2007 könnte somit dafür verantwortlich sein, dass der Wahlkampf der NPD anders als noch 2006 so ruhig verlief. In diesem Zusammenhang spielt sicherlich das Antreten der Republikaner auch eine Rolle. So wurde bereits erwähnt, dass deren Stimmenanzahl ungefähr der Anzahl verlustiger Stimmen der NPD entspricht. Letzten Endes besteht auch die Möglichkeit, dass der vermehrte Plakatiereinsatz der demokratischen Parteien in den NPD-Hochburgvierteln Einfluss auf die Wahlentscheidung der dort lebenden WählerInnen ausübte. Wissend um die niedrige Beeinflussung des Bürgers durch Wahlplakate wird dieser Anteil an Wechselwählern aber wohl eher gering ausfallen.

3.5 Ostvorpommern

Torsten Heil

a) Angaben zur Region

Der Landkreis Ostvorpommern liegt im Nordosten Mecklenburg-Vorpommerns. Er grenzt im Norden an die Ostsee sowie an den Greifswalder Bodden. Die Landkreise Nordvorpommern und Demmin umschließen Ostvorpommern im Westen; im Süden grenzt Ostvorpommern an den Landkreis Uecker-Randow. Ebenfalls zum Kreisgebiet gehört der westliche Teil der Ostseeinsel Usedom. Kreisstadt ist die Hansestadt Anklam. Im Kreis lebten zum 31.12.2008, auf einer Fläche von 1.910 km², 106.875 Menschen.¹ Der Landkreis ist in 96 Gemeinden und sieben Ämter unterteilt.² Die Ausländerquote beträgt 1,9 Prozent, das entspricht 2.014 Personen.³ Festzuhalten ist, dass die Bevölkerungszahl seit der Wiedervereinigung zurückgeht – 1995 hatte der Landkreis noch 115.250 Einwohner.⁴

Wirtschaft und Arbeitsmarkt

Die wichtigsten Erwerbszweige sind zum einen die Landwirtschaft, zum anderen der Tourismus,⁵ für den insbesondere die Insel Usedom eine besondere Rolle spielt. Bedeutung für die Region haben ebenso die Seehäfen Wolgast und Vierow, der Binnenhafen Anklam sowie der Industriehafen Lubmin.⁶ Die gewichtigsten Unternehmen der Region sind die Energiewerke Nord GmbH in Lubmin, die Peenewerft in Wolgast, ein Zucker- und

1 Statistik vom 31.12.2008, <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?&id=4120>, Stand 15.11.2009.

2 http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/bhf/index.jsp, Stand 15.11.2009.

3 Statistik vom 31.12.2008, <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?&id=4118>, Stand 15.11.2009.

4 Statistik vom 31.12.1995, <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?&id=1038>.
5 <http://www.kreis-ovp.de/tourismus/index.html>, Stand 15.11.2009.

6 <http://www.kreis-ovp.de/wirtschaft/wirtschaft/index.html>, Stand 15.11.2009.

Bioethanolproduzent in Anklam und die Anklamer Fleisch- und Wurstwaren GmbH. Trotz ebenso zahlreich vorhandenen kleinen und mittlereren Handwerksbetrieben und Dienstleistungsunternehmen ist die Arbeitslosigkeit in Ostvorpommern auf hohem Niveau – 2005 bildete eine Arbeitslosenquote von 26,8 Prozent⁷ den Höhepunkt. Seitdem ist ein leichter Rückgang der Arbeitslosenquote zu beobachten. Im Jahre 2008 betrug sie im Durchschnitt 17,7 Prozent.⁸

Politische Konstellation

Landrätin ist seit 2001 Barbara Syrbe von der Partei Die Linke. Sie setzte sich auch 2008 in einer Stichwahl gegen den Kandidaten der CDU mit 60,9 Prozent durch.⁹ Der Kreistag des Landkreises Ostvorpommern besteht aus 53 Abgeordneten. Bei der Kommunalwahl 2004 setzte sich die CDU mit 46,4 Prozent durch. Mit 25 Sitzen bildete sie die stärkste Fraktion, gefolgt von der damaligen PDS mit zehn Sitzen (19,5 Prozent). Die SPD kam auf 14,4 Prozent und erhielt acht Mandate.¹⁰ Die NPD erzielte damals 4,2 Prozent, erreichte aber mit zwei Sitzen nicht den Fraktionsstatus im Kreistag.

b) Rechtsextremismus vor Ort

NPD vor Ort und die Parlamentsarbeit im Kreistag

Der NPD-Kreisverband Ostvorpommern zählt zu einem der aktivsten Mecklenburg-Vorpommerns. Kopf der NPD in Ostvorpommern ist Michael Andrejewski. Er wurde 1959 in Baden-Baden geboren und studierte von 1985 bis 2003 Jura in Hamburg. Seine politische Karriere begann 1982 mit der Gründung der NPD-nahen „Hamburger Liste für Ausländerstopp“ (HLA), bei der er anschließend das Amt des Vorsitzenden übernahm. 1989 wurde er Sprecher der Hamburger DVU-Hochschulgruppe, 2003 zog er nach Anklam, wo er seitdem für die NPD als Mitglied der Stadtvertretung sitzt. Weiterhin war er Mitglied des NPD-Landesvorstandes Mecklenburg-Vorpommern und sitzt aktuell für die NPD im Kreistag Ostvorpommern. Seit 2006 ist er ebenfalls Abgeordneter im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Der zweite Sitz der NPD im Kreistag wurde von Mario

7 Statistik vom 31.12.2009, <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?id=1571>, Stand 15.11.2009.

8 Statistik vom 31.12.2009, <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?id=3678>, Stand 15.11.2009.

9 http://www.statistik-mv.de/cms2/STAM_prod/STAM/de/start/_Landeswahlleiter/Landeswahlleiter/kommunalwahlen/Direktwahlen/_DW-Aktuelle_Ergebnisse/index.jsp, Stand 15.11.2009.

10 http://service.mvnet.de/cgi-bin/wahlen/2009_kom_bund_euro/wahl2009_anz.pl?K_WK59.htm, Stand 15.11.2009.

Kannenberg besetzt. Über ihn ist nicht sehr viel bekannt, da er in seiner kommunalpolitischen Arbeit nicht besonders in Erscheinung getreten ist. Er gilt als Grundsteinleger für die Verzahnung der Kameradschaften und der NPD vor Ort, wobei ihm aber inhaltlich wenig Einfluss und keine eigene Schwerpunktsetzung in der Politik nachgesagt werden. Geboren ist er 1977 in der nahegelegenen Hanse- und Universitätsstadt Greifswald. Er absolvierte eine Lehre zum Maler und Lackierer.

Aktive Personen vor Ort

Zu den aktiven Personen in Ostvorpommern zählen, neben Andrejewski, die Wahlkreismitarbeiter Enrico Harmisch und Alexander Wendt, sowie der in der Kameradschaftsszene aktive Michael Gielnik. Weitere bekannte NPD-Kader aus der Region sind Christian Deichen, der frühere Chef des Kreisverbandes Ostvorpommerns sowie Lutz Giesen, NPD Kreischef seit 2007 und HDJ-Aktivist (vgl. Naujoks o.J.: 26ff.).

Angaben über die freie Szene

In Städten wie Anklam, Wolgast sowie auf der Insel Usedom und in vielen weiteren Dörfern sind während der vergangenen 15 Jahre gut vernetzte rechtsextreme Strukturen entstanden. Die vergleichsweise hohen NPD-Wahlergebnisse bei der Bundestagswahl 2005 und der Landtagswahl im Jahr darauf, haben diese weiter zementiert. Rechtsextremen Gruppierungen ist das Einsickern in dörfliche und kleinstädtische Sozialstrukturen bisher eine Spur besser gelungen als in anderen Regionen von Mecklenburg-Vorpommern.

Dominiert wird die rechtsextreme Szene im Landkreis nicht von der NPD, sondern vorwiegend durch Kameradschaften, Bündnisse, Kulturkreise, Bürgerinitiativen und freie Gruppierungen. Hauptaugenmerk muss man hierbei auf eine regionale Dachorganisation richten. Das „Soziale und nationale Bündnis Pommern“ (SNBP) hat es sich zur Aufgabe gemacht, die freien Kräfte der Region zu bündeln. Es hat somit bedeutenden Einfluss auf die NPD selbst, aber auch auf die Kameradschaften in Anklam, Usedom, Ducherow und den „Heimatbund Pommern“. Mit Zeltlagern, Sing-, Tanz- und Trachtengruppen lockte der „Heimatbund Pommern“ (HbP) besonders junge Menschen an. Ihr besonderes Kultur- und Sportprogramm macht es den Rechtsextremisten leichter, Hemmschwellen bei jüngeren Menschen abzubauen und sie somit gezielt, als spätere Kader, auf die Szene vorzubereiten. Beispielsweise gelang es dem „Kulturkreis Pommern“, einer Gruppierung des HdP, öffentlich auf Dorffesten in Ostvorpommern aufzutreten.

Publizistisch fällt die rechtsextreme Szene in Ostvorpommern durch die Herausgabe des „Inselboten“ auf. Herausgeber ist der auf der Insel Usedom ansässige Verein „Initiative für Volksaufklärung e.V.“. Der Kameradschaftsbund Usedom um dessen Anführer Enrico

Hamisch gilt als personell eng verbunden mit den Herausgebern des Blattes. Das Blatt erscheint unregelmäßig mehrmals im Jahr in verschiedenen Bereichen des Kreises. Es beschreibt und kommentiert regionale sowie landesweite Themen aus Sicht der rechtsextremen Szene.

c) Kommunalwahlkampf der NPD in Ostvorpommern 2009

Der Kommunalwahlkampf der NPD in Ostvorpommern wurde im Vergleich zum Landtagswahlkampf 2006 nicht sehr aufwendig geführt. Die demokratischen Kräfte vor Ort erwarteten eigentlich ein geballtes Auftreten der NPD-Kader in der Region. Nichtsdestotrotz gab es einen Wahlkampf mit einzelnen „Höhepunkten“ in Bargischow und Usedom Stadt.

Die Kandidaten

Die NPD stellte zur Kommunalwahl 2009 Kandidaten für den Kreistag in Ostvorpommern, für die Stadtvertretungen Anklam, Usedom Stadt, Wolgast und Lüssow, für die Gemeindevertretungen Heringsdorf, Klein Bünzow und Boldekow. Es folgt ein Überblick über die Kandidaten der NPD für den Kreistag Ostvorpommern:¹¹

Name	Listenplatz auf der Kreistagsliste	Beruf	Geburtsjahr/-ort
Andrejewski, Michael	1	Rechtsanwalt	1959 Baden-Baden
Gielnik, Michael	2	Kfz-Mechaniker	1983 Haldensleben
Wendt, Alexander	3	Maler und Lackierer	1979 Anklam
Hamisch, Enrico	4	Angestellter	1974 Wolgast
Krebs, Mathias	5	Koch	1982 Greifswald
Giessen, Lutz	6	Hochbaufacharbeiter	1974 Oranienburg
Pflugradt, Enriko	7	Dachdecker	1980 Karlsburg
Erdmann, Kai	8	Maler	1981 Wolgast
Ohm, Daniel	9	Maler	1983 Wolgast

Tabelle 1: NPD-Kandidaten für den Kreistag Ostvorpommern

11 Flyer der NPD Ostvorpommern.

Es ist eine enge Verzahnung der NPD vor Ort und den Kameradschaften auch bei den Kandidaturen zur Kommunalwahl 2009 festzustellen. Der Kopf der NPD Ostvorpommern, Andrejewski, führt natürlich die Kreistagsliste an. Die folgenden Plätze teilen sich das „Who is who“ der Rechtsextremenszene vor Ort.

Plakatierung der NPD

Am deutlichsten zeigte sich der Wahlkampf der NPD in der Region durch das Aufhängen von Wahlplakaten. Über Nacht wurde eine Plakatierung an vornehmlich „neuralgischen



Wahlplakat der NPD

Punkten“ vorgenommen. Viele Plakate fanden sich an Zubringerstraßen zur Insel Usedom, sowie an Haupteinfahrtsstraßen der Städte. So hingen zum Beispiel drei Plakate im Bereich Murchin, zwei Plakate an der B110 in Pinnow vor Usedom, sowie acht Plakate in Usedom Stadt. Die westliche Auffahrt über Wolgast zur Insel Usedom wies ebenso eine starke Plakatierung auf. Aber auch in kleinen Orten wie Bugenhagen, Klein Bünzow oder Boldekow an der B197, fanden sich ein bis zwei Plakate.¹² Oftmals waren die NPD-Plakate die einzigen Wahlplakate in den kleinen Dörfern und Ortschaften. Dort bestand also eine Übergewichtung der NPD-Wahlplakate gegenüber der Plakatpräsenz anderer politi-

scher Parteien und Bündnisse. Bei genauer Betrachtung der Wahlplakate der NPD war eine Mischung aus alten, schon in früheren Wahlkämpfen verwendeten Plakaten, und neu gedruckten Plakaten erkennbar. Es wurde kein personalisierter Wahlkampf auf den Plakaten betrieben. Im Gegensatz zu den etablierten Parteien setzte die NPD ausschließlich auf einen Themenplakatwahlkampf in der Region. Die NPD-Plakate befassten sich vorwiegend mit allgemeinen Themen zu Arbeit, Wirtschaft und Sozialem. Auf den Plakaten befanden sich Parolen wie „Zukunft statt Arbeitsamt“, „Heimat und Kultur schützen. Grenzen dicht für Kriminelle!“ oder „Arbeit statt Einwanderung“. Ein „echtes“ Aufgreifen oder Problematisieren von regionalen Themen auf den Plakaten war aber nicht zu entdecken. Es sollte eher der Anschein erweckt werden, dass ein regionaler Bezug auf den

12 Eigene Zählung vor Ort.

Plakaten bestünde. Zu diesem Zweck verwendete die NPD Parolen wie, „unsere Schulen sind die Zukunft. Ländliche Schulen erhalten“, „Touristen willkommen Asylbetrüger raus! Jetzt: NPD“, „Wirf deine Stimme nicht weg! Nicht Meckern – Handeln“ oder „Das erste Mal: ab 16. radikal. national. sozial.“

Alle angesprochenen Inhalte der NPD sind keine kommunalpolitischen Themen, dennoch fallen die genannten Parolen und Themenplakate im sonstigen „Köpfewald“ der übrigen Plakate anderer politischer Parteien und Bündnissen auf. Zu beobachten war weiterhin, dass auf fast allen Plakaten der NPD Landeswebauftritt (www.npd-mv.de) abgedruckt war und, dass die oben erwähnten Plakate in gesamt Mecklenburg-Vorpommern aufzufinden sind. Weiterhin ist festzuhalten, dass die Plakate der NPD die ersten Wahlplakate in der Region Ostvorpommern waren, die von politischen Parteien und Bündnissen aufgehängt wurden. Diese anfängliche Dominanz minderte sich aber zunehmend bis zum Wahltag, denn die SPD, Die Linke und auch der DGB setzten gezielt Plakate für Toleranz und gegen Nazis in der Region ein. Dazu gesellte sich der Köpfewahlkampf der etablierten Parteien. Ein hervorzuhebendes Ereignis im Kommunalwahlkampf war das massive Plakatieren der NPD in der Nacht zum Wahlsonntag, dem 07. Juni 2009 in Usedom Stadt. Es wurden über 90 NPD Wahlplakate in den Straßen der Stadt aufgehängt.¹³ Der Rechts-extremismusexperte Günther Hoffmann kritisierte in diesem Zusammenhang die zuständigen Behörden, die den Vorfall offenbar nicht als öffentliches Ärgernis, beziehungsweise als Störung der Öffentlichkeit bewertet haben und somit nicht ein sofortiges Einschreiten veranlasst haben.¹⁴

NPD-Infostände

Nach Auskunft des regionalen „Bündnis für Demokratie“ und des Vereins Demokratisches Ostvorpommern erstreckten sich Infostände der NPD über ganz Ostvorpommern. Die sogenannte „NPD-Infostand-Tour“ fand im April unter anderem in Anklam, Wolgast, Bansin, Ahlbeck und Heringsdorf statt.¹⁵ Der erste Termin war am Vormittag des 14. Aprils auf dem Marktplatz in Anklam.¹⁶ Nachmittags ging es für die NPD direkt zum zweiten Infostand nach Wolgast. In Bansin auf der Insel Usedom stand der NPD-

13 Protokoll der Mitgliederversammlung Bündnis für Demokratie vom 15.06.2009. Nordkurier, Lokalausgabe Anklam, „Sorge um Insel-Image wegen NPD“, Stand 10.06.2009.

14 Verschiedene Gespräche mit Günther Hoffmann nach der Kommunalwahl am 07.06.2009. Protokoll der Mitgliederversammlung des Vereins „Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur“ vom 15.06.2009.

15 Die Information stützen sich auf den Verein „Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur“, dem „Bündnis für Demokratie“ sowie auf das Ordnungsamt Heringsdorf.

16 http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_content&view=article&id=3247:npd-info-stand-tour-fruehlingserwachen-in-anklam&catid=176:landtagsfraktion&Itemid=414, Stand 15.11.2009.

Infostand am 23. April, in der Zeit von 9.00 bis 12.00 Uhr im Seepark gegenüber der Bushaltestelle. Weiter ging es am nächsten Tag, dem 24. April, von 9.00 bis 12.00 Uhr auf der Insel Usedom in Ahlbeck, Ecke Seestraße/Friedrichstraße und anschließend in Heringsdorf von 14.00 bis 17.00 Uhr in der Friedenstraße.

Infomaterial und Hauswurfsendungen der NPD

Nach Aussagen von Einwohnern der Region wurden mindestens drei Hauswurfsendungen an verschiedenen Tagen, in verschiedenen Orten und Stadtteilen vorgenommen. Eine der Wurfsendungen befasste sich mit dem Thema Ausländer und hatte den Titel „Heimreise statt Einreise“. Weiterhin gab es einen Flyer im Format DIN A4, der zweimal horizontal gefaltet war und den Titel „Kapitalismus und Globalisierung stoppen! Banken verstaatlichen!“ trug, Ein weiterer, als Hauswurfsendung verteilter Flyer, befasste sich mit den Kandidaten für den Kreistag und besaß einen so genannten Zickzack- oder Leporellofalz. Die zickzackartige Falzung im Postkartenformat (DIN A6) ergibt sich, indem zwei Teile des Papierbogens in wechselnden Richtungen gefalzt werden, wobei sich drei Teile mit einer bedruckten Vorder- und Rückseite ergeben. Die Vorderseite zeigte den Einwurf eines Wahlzettels in eine Wahlurne und wurde mit dem Spruch „Wirf deine Stimme nicht weg! Nicht meckern – Handeln! Am 07. Juni drei Kreuze NPD.“ begleitet. Zusätzlich wurde auf der Vorderseite eine kleine Grafik mit dem Schriftzug „Sozial National“ platziert. Der mittlere Teil präsentiert die Kontaktdaten der NPD und eine auszufüllende Karte, auf welcher Name, Anschrift und Telefonnummer angegeben werden können. Die Funktion des beschriebenen mittleren Teils, ist die Aufforderung, Engagement für die NPD zu übernehmen beziehungsweise die Bevölkerung zu animieren, sich über diese Partei zu informieren. Dem Bürger wurden vier Ankreuzmöglichkeiten vorgegeben:

- „Ich interessiere mich für Ihre Arbeit und bitte um Übersendung von Infomaterial. (3 Briefmarken zu je 0,55 € liegen bei)“
- „Ich möchte Mitglied werden (ab 16 Jahren)“
- „Ich möchte Flugblätter verteilen.“
- „Ich wünsche ein persönliches Gespräch.“

Die letzte Seite zeigt die neun NPD-Kandidaten mit Namen und Bild. Dreht man den Flyer um, zieht sich ein Text, der zur Wahl der NPD aufruft, über zwei Seiten.

„[...] Leider nutzen viele Landsleute diese Möglichkeit nicht und bleiben den Wahlen fern. Doch Nichtwählen ist eine teures ‚Hobby‘ und jeder von uns sollte sich überlegen, ob er sich das leisten kann. Viele Landsleute, die sonst ihr Leben sparsam bestreiten müssen, leisten sich in diesem Bereich geradezu verschwenderischen Luxus. Denn von Wahlenthaltung geht für die Herrschenden nur eine Botschaft aus: ‚Wir wehren uns nicht! Unser

eigenes Schicksal und das unseres Volkes interessiert nicht! Macht mit uns, was ihr wollt! Dabei sind Nichtwähler keinesfalls die Dümmeren, wie es die Etablierten immer wieder verbreiten. Nichtwähler durchschauen das politische System wesentlich besser als jene, die noch brav die Blockparteien Linke/Grüne/SPD/FDP/CDU wählen. Nur schätzen sie leider die Wirkung ihres Handelns auf die Machthaber falsch ein. [...]

Eine Kraft scheuen die Machthabenden wie der Teufel das Weihwasser: die nationale Opposition. So konnte die NPD in Anklam mit nur einem Abgeordneten verhindern, daß beim stadt-eigenen Bauhof Arbeitsplätze gestrichen werden. Die Etablierten ertrugen es nämlich nicht, daß sich die NPD um dieses Thema kümmerte und sahen kurzerhand von Kürzungen ab. Was in Anklam möglich ist, funktioniert auch andernorts! Die Landesregierung beispielsweise bietet seit Mitte letzten Jahres Rechtsberatung für Arbeitslose an, nur weil sie nicht will, daß die Menschen zu den Hartz-IV-Beratungen in die NPD-Bürgerbüros gehen. So funktioniert Oppositionsarbeit! Zwar kann man nicht selbst regieren. Es ist aber möglich, die Regierung vor sich her zu treiben. Eine hohe Wahlbeteiligung und gute NPD-Ergebnisse sagen aus: Hier ist ein Volk, das sich wehrt! Finger weg von Kürzungen im sozialen Bereich! Hände weg vom Volkseigentum! Schluß mit der Verödungspolitik und der Ausdünnung des ländlichen Raums!
 Darum: am 07. Juni NPD wählen!¹⁷

Die dritte Textseite zeigt drei Personen, die mit Bild und Namen abgedruckt sind und sich für die Wahl der NPD aussprechen. Die 17-jährige Jana lächelte den Wähler ebenfalls schon von einem Plakatmotiv der NPD an. Sie sagt:

„Ich habe bei der Kommunalwahl nun das erste Mal die Möglichkeit von meinem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Natürlich wähle ich die NPD, denn welche Partei setzt sich schon für uns Jugendliche und damit für die Zukunft ein?“¹⁸

Weiterhin beschreiben ein Herr Detlef Rutz, 54 Jahre, sowie eine Frau Sabine Schulz, warum sie die NPD bei der Kommunalwahl wählen. Presserechtlich ist Michael Andrejewski für diesen Flyer verantwortlich.

„Der Anklamer Bote“ und „Der Insel Bote“ wurden ebenfalls in Ostvorpommern mindestens einmal vor der Kommunalwahl verteilt. Nach eigenen Recherchen und Gesprächen mit Bürgern Ostvorpommerns ist festzuhalten, dass die Hefte nicht flächendeckend in der Region Ostvorpommern sowie Anklam verteilt wurden. Das selbst ernannte unabhängige Mitteilungsblatt in der Region der „Initiative für Volksaufklärung e.V.“ ist personell eng

17 Flyer der NPD zur Kommunalwahl.

18 Ebenda.

mit der NPD verflochten. Anders als in den Flyern und Plakaten der NPD zur Kommunalwahl wird inhaltlich Bezug auf die Region genommen, aber auch einzelne EU-, Landes- und Bundesthemen angesprochen.¹⁹ So wird zum Beispiel in einem Artikel von einer „Wohnungsnot in den Kaiserbädern“ geredet.²⁰ Ein anderer Artikel thematisiert eine angebliche Lügenkampagne des Nordkuriers gegen die NPD.²¹ Weitere Texte befassten sich mit der Kandidatur des suspendierten Bürgermeisters Michael Galander zur Kreisratswahl, mit Heizkostenerstattungen von Hartz-IV-Empfängern oder mit der Geruchsbelästigung durch die Anklamer Ölmühle.²² Auffällig ist, dass einzelne Artikel, die die gesamte Region betrafen, in beiden Heften inhaltlich identisch waren. Es wurde deutlich Werbung für die NPD zur Kommunalwahl gemacht, des Weiteren wurden Inhalte im Sinne der NPD richtig gestellt.

Internetpräsenz der NPD-Ostvorpommern

Anders als in den NPD-Kreisverbänden Nordvorpommern und Westmecklenburg spielte das Internet eine wichtige Rolle, um Themen zu kommentieren und zu platzieren. Unter dem Webauftritt www.npd-mv.de in der Rubrik „vor Ort“ Kreisverband Ostvorpommern sind zahlreiche Pressemitteilungen und Kommentare der NPD zu diversen Themen in der Region verfasst worden. An dieser Stelle ein kurzer Überblick:

- „K(r)ampf gegen Rechts in Pommern“ 20.04.2009
- „Wohnungsnot in den Kaiserbädern“ 22.04.2009
- „Linke lügen ... und zerstören Existenzen“ 04.05.2009
- „Plakatzerstörer gestellt“ 18.05.2009
- „Galanders riskantes Wahlmanöver“ 24.05.2009
- „Hartz-IV-Empfänger müssen wieder um ihre Heizkostenerstattung kämpfen“ 25.05.2009
- „Rechtliche Klarheit für die Ölmühlenopfer in Anklam“ 26.05.2009
- „Wahlfälschung und die IfA“ 02.06.2009
- „Wahlfälschung in Anklam, 1989 und vielleicht heute“ 03.06.2009
- „Gelebte DDR-Nostalgie im Züssower Wahlkreisausschuß“ 04.06.2009²³
- „Die üblichen Verdächtigen...“ 05.06.2009²⁴

Es wurde deutlich, dass sich die Pressemitteilungen mit regionalen Themen und Probleme

19 Siehe hierzu in „Der Insel Bote“, Ausgabe 2/2009, „Diätenerhöhung im Wahlkampf“, „EU zerstört deutsches Fischerei-Handwerk“.

20 Der Insel Bote, „Wohnungsnot in den Kaiserbädern“, Ausgabe 2/2009.

21 Der Anklamer Bote, „Nordkurier-Lügenkampagne gegen die NPD“, Ausgabe 2/2009.

22 Der Anklamer Bote, „Galanders riskantes Wahlmanöver“, „Rechtliche Klarheit für die Ölmühlenopfer in Anklam“, Hartz-IV-Empfänger müssen wieder um ihre Heizkostenerstattung kämpfen“, Ausgabe 2/2009.

23 <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1029&mid=13>, Stand 15.11.2009.

24 <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1030&mid=13>, Stand 15.11.2009.

men beschäftigten, wobei einige Pressemitteilungen bereits vorher als Artikel in den Boten erschienen sind. Weiterhin wurde auf unerwartete Ereignisse reagiert, wie zum Beispiel auf die Gegenveranstaltung zum Infostand der NPD im April in Anklam. Hierzu veröffentlichte die NPD Ostvorpommern die Pressemitteilung „K(t)ampf gegen Rechts in Pommern“.

„Nachdem Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in der letzten Woche mit einem mobilen Informationsstand in mehreren Orten Pommerns, zwischen Greifswalder Bodden und Stettiner Haff Station machten, treibt die Selbstbeweihräucherung von „Anti-Rechts-AktivistInnen“ die buntesten Blüten. Politisch überkorrekte Gutmenschen und selbsternannte Musterdemokraten beziehen sich gerne selbst in das eigene konstruierte Zerrbild ein. Einige gefallen sich dabei in der Rolle des unermüdlichen „antifaschistischen Kämpfers“. Sobald Mitglieder der NPD öffentlich über das programmatische Wollen und die politische Arbeit informieren, hängen sich scheinbar Hyperaktive an deren Versen. So war in der Systempresse wieder einmal die Rede davon, daß „den Rechtsextremisten das Feld nicht allein überlassen“ worden sei, daß „Flagge gezeigt“ worden ist und Ähnlichem aus dem Fundus stets gleicher Sprechblasen. Müllsäcke als Demokratieverständnis.“

Ferner wurde versucht, in Pressemitteilungen Missstimmung gegenüber einzelnen Personen zu erzeugen:

*„Das „breite“ Bündnis - Ein ernüchterndes Ergebnis
Gerade im Vorfeld der Kommunalwahl am 07. Juni tritt das „Bündnis für Demokratie“ als Initiator der Plakat-„Offensive“ mit großen Lettern an die Öffentlichkeit. Das Sammelsurium der „Unterstützer“ der Plakat-Aktion, die den Schein erwecken sollen, daß es sich unter ihnen um „ganz normale Bürger“ wie Du und ich handeln soll, liest sich hingegen wie ein „Wer ist wer“ im lokalen Lager der Bonzen und Postkommunisten, wie zum Beispiel:*

- Landrätin Dr. Barbara Syrbe (SED-Nachfolgepartei Die LINKE)
- Peter Ritter (Landtagsabgeordneter der SED-Nachfolgepartei Die LINKE und Ex-NVA-Politoffizier)
- der selbsternannte „Rechtsextremismus-Experte“ Günther Hoffmann
- Torsten Heil (Initiator des Vereins „Demokratisches Ostvorpommern“, CDU-Mitglied)
- Christa Labowwie (Grüne)
- Stefan Weigler (parteiloser Bürgermeister von Wolgast, jedoch damals auf der offenen Liste Die-Linke angetreten)
- Alexander Loew (Hetzartikel verfassender Journalist beim Ex-SED-Zentralorgan „Ostsee-Zeitung“)
- Katharina Feike (SPD-Bundestagswahldirektkandidatin) und mittlerweile auch selbsternannte „Extremismusexpertin“

- *Lobbyisten für Massentourismus: Gerhard Gühler (Groß-Hotelier), Dietmar Gutsche (Kurdirektor der Dreikaiserbäder)*²⁵

Eine spezielle Werbung auf dem Internetauftritt der NPD für ihre Kreistagskandidaten wurde nicht gefunden.

Die Rolle der Medien während des Wahlkampfes

Im Landkreis Ostvorpommern gehören die Ostsee-Zeitung und der Nordkurier mit ihren jeweiligen Lokalausgaben zu den am meisten gelesenen lokalen Printmedien. Eine Rolle spielen weiterhin die kostenlosen Anzeigenblätter „Der Anzeigenkurier“ und „Peene Blitz“. Die Ostsee-Zeitung mit ihrer Lokalausgabe Usedom-Peene ist im Norden Ostvorpommerns verbreitet. Den östlichen Teil deckt der Nordkurier mit der Lokalausgabe „Anklamer Zeitung“ ab, ergänzt durch den auf der Insel Usedom erscheinenden „Usedomkurier“.²⁶ Die zwei großen lokalen Tagesblätter informierten aufmerksam über den Kommunalwahlkampf. Es wurde auch vereinzelt über Aktivitäten gegen die NPD sowie über Vorfälle im Zusammenhang mit der NPD in Usedom Stadt und in Bargischow berichtet.²⁷ Nach dem Wahltag berichteten und kommentierten sowohl die OZ als auch der NK die Ergebnisse der NPD bei der Kommunalwahl.²⁸ Aber auch überregional fand das Kommunalwahlergebnis der NPD im Landkreis Ostvorpommern Erwähnung,²⁹ so zum Beispiel im Magazin „Zeit Online“ und im Wochenblatt „Der Freitag“. Auch in anderen Medien wie der „Deutschen Welle“, dem „Deutschlandradio Kultur“ und bei „tagesschau.de“ fand das Wahlergebnis Beachtung.³⁰

-
- 25 Mitteilung des Kreisverbandes Ostvorpommern der NPD, „Die üblichen Verdächtigen...“, <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1030&mid=13>, Stand 15.11.2009.
- 26 http://www.mecklenburg-vorpommern.eu/cms2/Landesportal_prod/Landesportal/content/de/Land_und_Regierung/Medienlandschaft/Tageszeitungen/index.jsp, Stand 15.11.2009.
- 27 Beispiele: Nordkurier, Mantelausgabe, „Heringsdorf bangt um seinen Ruf“, 03.06.2009, Lokalausgabe Anklam, „Polizei prüft aggressive Plakat-Aktion in Bargischow“, 06.06.2009; „NPD kleistert Usedom mit 92 Plakaten zu“, Stand 08.06.2009.
- 28 Beispiele: Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe Usedom-Peene, „Wahlnachlese: NPD-Aufwärtstrend gestoppt“, 10.06.2009; „Klammer Landkreis muss mehr Geld an Rechtsextremisten überweisen“, 19.06.2009; Nordkurier, Lokalausgabe Anklam, „CDU ist der große Verlierer im Kreis“, „Machtprobe in Bargischow gesucht“, „Sorge um das Insel-Image wegen NPD“, „Extremist in Klein Bünzow“, 10.06.2009; Nordkurier, Mantelausgabe, „Vom Rückzug aus der rechten Szene“, 08.06.2009; Nordkurier, Lokalausgabe Usedom, „Parlament noch unsicher im Umgang mit NPD“, 24.06.2009.
- 29 <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,629158,00.html>, Stand 15.11.2009.
- 30 Der Freitag, „NPD etabliert sich“, 10.06.2009; Deutsche Welle, „Am rechten Rand der Republik“, 06.06.2009; Deutschlandradio Kultur, „Nach den Kommunalwahlen“, 17.06.2009; tagesschau.de, „Der braune Aufbau Ost geht weiter“, 10.06.2009.

Exkurs: Der Fall Bargischow

Ein weiteres herauszuhebendes Ereignis, neben der massiven Plakatierung durch die NPD in Usedom Stadt, war ein Vorfall in der Gemeinde Bargischow. Die Gemeinde liegt südlich der Peene bei Anklam. Verwaltet wird die Gemeinde vom Amt Anklam-Land mit Sitz in Spantekow. Bis zum 1. Januar 2005 gehörte die Gemeinde zum Amt Ducherow. Es leben 380 Menschen in der Gemeinde Bargischow auf einer Fläche von 21,7 km².³¹ Traurige Berühmtheit erlangte die Ortschaft unter anderem durch eine überregionale Reportage in einem Artikel der Zeitung „Der Tagesspiegel“ im April 2008. „Der Tagesspiegel“ berichtete über die Landtagswahlen 2006, bei der die NPD dort 31,6 Prozent erhielt.³²

Nun wurde Bargischow im Zusammenhang mit der Kommunalwahl 2009 wieder überregional auffällig. So gelang es einer Gruppe Rechtsextremer um den Aktivisten des Pommerschen Heimatbundes und Einzelkandidaten Daniel Rosa, sowie dem der NPD nahestehenden Bürgermeisterkandidaten Lutz Genz, den CDU-Bürgermeisterkandidaten Ulrich Höckner über einen längeren Zeitraum hinweg massiv persönlich zu diffamieren und zu bedrohen, ohne dass Ordnungsbehörden und Polizei eingriffen und den geltenden Gesetzen Geltung verschafften. Die Ereignisse begannen am Abend des 04. Juni 2009 mit der Verteilung von DIN A4 Flugblättern in der Gemeinde Bargischow, mit folgendem Text:

„Eine kleine Geschichte über die Gemeinde Bargischow

Es war einmal vor langer Zeit eine kleine friedliche Gemeinde Namens Bargischow.

Die Bürger lebten dort Jahrzehnte lang in Ruhe und Friede, doch eines Tages Ende der 90iger, sollte Schluss sein mit der Glückseligkeit. Es zog eine Familie nach Bargischow, dessen Oberhaupt predigte immer wieder, das die Familie die kleinste Zelle der Gemeinschaft sei, allerdings schüttete er Kübelweise Hass und Missgunst über die dort Lebenden Bewohner aus. Die kleine Gemeinde in der es sonst so friedlich wahr, wurde von Medienkonsortien langziert und zwar nur zu einem einzigen Zweck, und jetzt kommt's!!! Er will dass die Bürger in Angst leben!!! Und warum sollen Sie in Angst leben??? Damit Sie ihr Kreuz nicht an der richtigen Stelle setzen, sondern ihre Stimme wieder einer Partei geben die unser Land schon etwa 50 Jahre regiert und uns in einer so wundervollen Wirtschaftskrise führte. Man sollte sich überlegen ob man so die Zelle zum keimen bringen kann. Ob die Familie stark und gesund bleiben kann, ist angesichts von Massenarbeitslosigkeit, Hartz 4, Kurzarbeit und 1-Eurojobs sehr zu bezweifeln. Vertrauen, Respekt, Rücksichtnahme und verschiedenen Meinungen sollten innerhalb der Gemeinde auch unter einem Hut gebracht werden, wenn man als Oberhaupt der Gemeinde aktiv sein möchte.

31 Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern, Statistische Berichte, „Bevölkerungsstand der Kreise, Ämter und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern 31.12.2008“.

32 [http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Die-Dritte-Seite-Rechtsextremismus-Ostvorpommern;art705,2512612, Stand 15.11.2009.](http://www.tagesspiegel.de/zeitung/Die-Dritte-Seite-Rechtsextremismus-Ostvorpommern;art705,2512612, Stand 15.11.2009)

Und nun ein Wort von anderer Stelle !!!

Du bist mehr als sau Dumm, eine Witzfigur, keinen blassen Schimmer hast von Geschichte und Kultur, weißt ja nicht einmal ansatzweise was in Wirklichkeit geschah , das wäre auch zu viel verlangt du kindischer Komerzkasper. Vom 68iger umerzogen fühlst du Dich als Antifaschist, seid der Schulzeit glaubst du alles, jede Lüge jeden Mist, sie lernten Dich dein Volk zu hassen, eingempfter Schuldkomplex, du bist jetzt so wie Sie es wollen Armsehliger Besatzerknecht!

Die Wahl liegt in Ihrer Hand !!!

gez.: Unabhängig und Frei“³³

Das zuständige Ordnungsamt des Amtes Anklam wurde umgehend, also am 04.06, über den Vorfall informiert. Am Freitag, den 5. Juni 2009, erfolgte keine Reaktion durch das Ordnungsamt. Laut Aussage des Vereins „Demokratisches Ostvorpommern“ war in den Dienststellen des Ordnungsamts des Amtes Anklam-Land und des Landkreises bis Mittag niemand erreichbar. Der per Handy informierte stellvertretende Landrat und Leiter des Dezernats II sowie CDU-Kreisvorsitzender erklärte sich für nicht zuständig. Man müsse sich an das Ordnungsamt im zuständigen Amtsbereich wenden, ließ er die Mitarbeiterin der Geschäftsstelle des Bündnisses bzw. des Vereins wissen. Dass dort bereits niemand mehr erreichbar sei, wäre nicht möglich, denn das Amt müsse für die Briefwahl bis 18 Uhr geöffnet sein, so seine Auskunft. Weiterhin riet er der anfragenden Mitarbeiterin des für die CDU in Bargischow kandidierenden Herrn Höckner, die angebrachten Plakate nicht zu entfernen, da es dafür keine Rechtsgrundlage gäbe.³⁴ Zu einem späteren Zeitpunkt gelang es, den Ordnungsamtsleiter des Amtes Anklam-Land und die stellvertretende Amtsleiterin im Amt Ducherow aufzuspueren. Sie wiesen jede Kenntnis über die Vorfälle in Bargischow zurück, wollten sich anschließend aber mit dem amtierenden Bürgermeister dort in Verbindung setzen und ihm den Auftrag zur Entfernung der illegalen Plakatierung erteilen. Nach Auskunft Herrn Höckners war aber ein Handeln nicht wahrzunehmen.³⁵ Die Situation spitzte sich weiter zu. Nachmittags informierte Herr Höckner den Verein „Demokratisches Ostvorpommern“ über eine nicht angemeldete Wahlkampfveranstaltung des Heimatbundes Pommern für die Kandidaten Daniel Rosa und Lutz Genz. Sie fand vor der Kirche in Bargischow, gegenüber dem Wohnhaus der Familie Höckner, statt. Es war dort eine Bierauschankanlage und eine Verstärkeranlage aufgebaut, die das ganze Dorf beschallte. Daniel Rosa hielt unter anderem eine „Hetzrede“³⁶ gegen den CDU-Bür-

33 Informationsdienst REX MV, Günther Hoffmann (alle Fehler im Originaltext).

34 Information durch die Geschäftsstelle des Vereines „Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur“.

35 Eigene Schilderung durch Herrn Höckner.

36 Informationsdienst REX MV, Nordkurier, Lokalausgabe Anklam, „Polizei prüft aggressive Plakat-Aktion in Bargischow“, 06.06.2009.

germeisterkandidaten Ulrich Höckner.³⁷ Strategisch integriert waren diese Diffamierungen in das Verteilen von Flugblättern an alle Haushalte, in denen über die „Machenschaften“ des CDU-Kandidaten informiert wurde. Nach Angaben von Einwohnern begann die Veranstaltung um 14 Uhr. Es waren circa 20 vorwiegend junge Männer vor Ort. Der durch den Verein „Demokratisches Ostvorpommern“ angesprochene Leiter der Anklamer Polizeiinspektion, Achim Segebarth, informierte trotz seines Urlaubs die Polizeidienststelle über die illegale Veranstaltung. Das Amt Anklam-Land konnte nicht informiert werden, da, wie bereits erwähnt, niemand zu erreichen war. Gegen 17.20 Uhr erschien die Polizei mit einem Funkwagen in Bargischow. Die beiden Beamten sprachen mit ihrem ebenfalls anwesenden Kollegen und stellvertretenden Bürgermeister André Stegemann und vereinbarten, dass die Veranstaltung bis 18.30 Uhr weitergeführt werden könne. Herr Stegemann äußerte sich gegenüber Herrn Höckner verärgert, dass die Polizei informiert worden war. Am Wahlsonntag drohte die Situation erneut zu eskalieren. Vor dem Wahllokal war ein großes Transparent mit einem Konterfei von Herrn Höckner angebracht. Auf diesem war in großen Buchstaben zu lesen:

„MEIN PROGRAM

- ICH STEHE FÜR KRIEG SKLAVEREI & TOTALE KONTROLLE
 - GARANTIERTE ARBEITSLOSIGKEIT FÜR ALLE
 - FÜR BANKEN GEGEN DAS DEUTSCHE VOLK
- ICH BINS EUER ULI“³⁸

Das Transparent wurde durch den stellvertretenden Bürgermeister sichergestellt und ist vermutlich anschließend der Polizei übergeben worden.³⁹ Die NPD beschrieb den Vorfall kurz nach der Kommunalwahl auf der rechtsextremen Internetplattform „altermedia.info“ mit folgenden Worten:

„Der letzte Kommunalwahlkampf ist zwar bereits Geschichte, doch wollen wir trotzdem eine kleine Episode daraus hervorheben, zumal diese demonstriert, mit welchen einfachen Mitteln es möglich ist, sich als drangsalierete politische Randgruppe gegen allzu vorlaute Berufs- und Gewohnheitsdemokraten zur Wehr zu setzen.“⁴⁰

37 Eigene Schilderung durch Herrn Höckner.

38 Informationsdienst REX MV, Günther Hoffmann.

39 Vgl. Informationsdienst REX MV, Günther Hoffmann; Bericht des ZDF, „Heute-Journals“, „Rechtsextreme hetzen gegen Kritiker“, 09.06.2009; Bericht des NDR-Nordmagazins, „Wahlkampf Bargischow“, 06.06.2009.

40 <http://de.altermedia.info>; „Keine Chance dem Nestbeschmutzer“ - Eine Episode aus dem letzten Kommunalwahlkampf, Stand 11.06.09.



Wahlaufruf des DGB und Plakat der NPD



Wahlplakat der NPD

Der Rechtsextremismus-Experte Günther Hoffmann merkte zu Bargischow an, dass sämtliche staatliche Institutionen und Mechanismen in diesem Fall der Diffamierung und Bedrohung auf lokaler Ebene versagt hätten.⁴¹

Wahlkampf der anderen Parteien im Vergleich und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus

Die demokratischen Parteien und Wählerbündnisse haben im Vergleich zur NPD im Kreis Ostvorpommern wenig plakatiert. CDU und FDP setzten dabei auch eher auf „Köpfe“ als auf Themen. Durch die zeitgleich stattgefundene Europawahl wurden auch Themenplakate geklebt, aber die Aussagekraft dieser Plakate war vergleichsweise gering. So plakatierte die FDP neben einzelnen Kandidaten ihren schon aus anderen Wahlen bekannten Slogan „Stark vor Ort“. Ähnlich agierte die CDU in Ostvorpommern. Einzelne „Köpfe“ hingen vorwiegend in den Städten. Ansonsten dominierten Europaplakate mit Slogans wie „Wir für Europa“ und dem Konterfei des Spitzenkandidaten Werner Kuhn. SPD und Grüne versuchten, mit einer Mischung aus Europa-, Bundes- und Landesthemen zu überzeugen. Ansonsten setzten die etablierten Parteien auf Hauswurfsendungen mit den Kandidatenbildern und ihren Zielen. Der Verein „Demokratisches Ostvorpommern – Verein für politische Kultur“ initiierte das „Bündnis für Demokratie“ zur Kommunalwahl in Ostvorpommern.⁴² Unterstützung fand das Bündnis unter anderem durch den Tourismusverband der Insel Usedom, den Handballverein der Insel Usedom, den DGB Region Vorpommern, das Usedomer Musikfestival, die Bürgerinitiative Heringsdorf und die Wählergemeinschaft „Bürger fürs Usedomer Achterland“. Bündnis und Verein plakatierten vereinzelt den

41 Informationsdienst REX MV, Günther Hoffmann.

42 Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe, „Wolgast – Bündnis für Demokratie gründet sich heute“, 02.04.2009.

gemeinsam verfassten Wahlaufruf gegen Rechtsextremismus, führten unter anderem eine Gegenaktion gegen den Wahlkampfstand der NPD in Anklam, sowie eine konzertierte Flyer-Aktion im gesamten Landkreis durch. Somit gab es zumindest hier eine Reaktion auf den Wahlkampf der NPD. Weiter zu erwähnen ist das Plakat der SPD gegen Nazis und die Flyer-Aktion des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Insgesamt ist das Vorgehen der etablierten Parteien gegen den gerade in dieser Region stark präsenten Rechtsextremismus als nicht genügend zu bewerten.

d) Wahlergebnis

Die Wahlbeteiligung im Landkreis Ostvorpommern bei der Kommunalwahl lag bei 49,7 Prozent, das sind 45.979 Wähler von 92.490 Wahlberechtigten. Dabei entfielen 9.913 Wähler auf die NPD. Die NPD konnte somit bei der Kommunalwahl 2009, im Vergleich zur Kommunalwahl 2004, ihre Mandate im Kreistag auf vier Abgeordnete verdoppeln. Von den neun angetretenen Kandidaten schafften es Michael Andrejewski, Michael Gielnik, Alexander Wendt und Kai Erdmann in den Kreistag. Die NPD erreichte im Kreistag damit erstmals Fraktionsstärke. Im Jahr 2004 erlangte die NPD bei der Kommunalwahl 4,2 Prozent und verbesserte ihr Ergebnis nunmehr um 3,4 Prozent auf 7,6 Prozent.⁴³ In Postlow, wo die Partei 2004 38,2 Prozent bei der Landtagswahl und damit ihr höchstes Ergebnis überhaupt erzielte, kam sie nur noch auf 17,2 Prozent. Das höchste Ergebnis im Landkreis, und zugleich in ganz Mecklenburg-Vorpommern erzielte die NPD mit 21,7 Prozent in Neunkirchen bei Spantekow, dicht gefolgt von Bargischow mit 21,4 Prozent der Wählerstimmen. Festzuhalten ist, dass die NPD in der Region um Anklam, wie beispielsweise Klein Bünzow, Ziethen, Postlow, Blesewitz, Neunkirchen, Bargischow und Neu Kosenow, zweistellige Prozentzahlen sowohl zur Landtagswahl als auch zur Kommunalwahl erreichte.

Gewinner der Kommunalwahlen in Ostvorpommern war die CDU mit 34,6 Prozent der Stimmen, die trotz hoher Stimmenverluste mit 18 Mandaten immer noch stärkste Kraft im Kreistag blieb. Die Sozialdemokraten verloren ebenfalls und erlangten mit 12,3 Prozent nur noch sieben Sitze. Ihre Ergebnisse deutlich verbessern konnten die Linke, die FDP sowie die Grünen. Ebenso erfolgreich war das erstmals auf Landkreisebene angetretene Bürgerbündnis „Initiativen für Anklam“. Allein im Stadtgebiet Anklam erreichte die IfA, mit mehr als 5000 Stimmen für den Kreistag, über 30 Prozent und kam somit insgesamt auf 6,7 Prozent bei der Kreistagswahl 2009 in Ostvorpommern. Die IfA bediente

43 http://service.mvnet.de/cgi-bin/wahlen/2009_kom_bund_euro/wahl2009_anz.pl?K_WK59.htm, Stand 15.11.2009.

sehr stark das Klientel der Protestwähler und nutzte somit die Schwäche der bürgerlichen Parteien im Kreis. Diese könnte eine mögliche Erklärung für das nicht wie erwartet hohe Abschneiden der NPD sein, die bisher dieses Klientel bediente.

Partei	Sitze 2004	Prozent	Sitze 2009	Prozent
CDU	25	46,4	18	34,6
SPD	8	14,4	7	12,3
Die Linke	10	19,5	12	22,7
FDP	2	3,9	4	7,1
Grüne	1	2,1	2	4,2
NPD	2	4,2	4	7,6
UR	3	5,8	-	-
UWG Bansin	1	1,0	1	0,9
WGK	1	0,9	-	0,7
IfA	-	-	4	6,7
Freie Wähler	-	-	1	2,0

Tabelle 2: Ergebnisse der Kommunalwahlen in Ostvorpommern – 2004 und 2009 im Vergleich

Trotz des Stimmenverlustes im Vergleich zur Landtagswahl 2006 ist es der NPD erneut gelungen, in den Kreistag und in die Anklamer Stadtvertretung einzuziehen. Erstmals stellt die NPD Stadtvertreter in Wolgast, Usedom Stadt und Lissan, sowie Abgeordnete in der Gemeindevertretung Heringsdorf und in Klein Bünzow.

Reaktionen auf das Wahlergebnis

Eine direkte Reaktion nach der Wahl gab es von der NPD nur auf der Landesebene. So wurde, neben dem Dank an die Kameraden und freiwilligen Helfer, der Vergleich mit der Kommunalwahl 2004 bemüht und ein Vergleich mit der Landtagswahl 2006 als „typische Demokratenmanier“⁴⁴ verteuft. Natürlich wurde sogleich auch der Aufruf zum „Druck machen“ gestartet:

„Egal ob in Rathäusern, Kreisparlamenten oder Ortsvertretungen - jetzt gilt es, daß uns übertragene Mandat zu erfüllen und gegen die herrschenden Zustände Druck zu machen. Angreifen, fragen, bohren. Aufschrecken und Aufdecken sind die Stichworte unseres Einsatzes

44 <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=500&mid=7>, Stand 15.11.2009.

*für die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern. Ob Filz oder die allgemeine Verschwendung von Steuermitteln. Nun werden die Damen und Herren Superdemokraten den Vertretern der NPD Rede und Antwort stehen müssen.*⁴⁵

Einen Tag später, am 09. Juni 2009, meldete sich dann der Landesvorsitzende der NPD M-V Stefan Köster zu Wort und freute sich vorwiegend über das Wahlergebnis im Land. Er merkte aber auch weiterhin an, dass es der Partei nicht gelungen ist, Nichtwähler zu mobilisieren und die Partei mit einigen Wahlergebnissen vor Ort nicht zufrieden sein kann. Der NPD-Kreisverband Ostvorpommern reagierte erstmals nach der Wahl am 10. Juni 2009⁴⁶ auf einen Artikel, der in der Lokalausgabe des Nordkuriers erschien. In diesem Artikel äußerte sich der Bürgermeister der Stadt Usedom, Jochen Storrer, sorgenvoll über das Image der Insel aufgrund des dortigen Auftretens der NPD.⁴⁷ Die Artikel, „Machtprobe in Bargischow gesucht“ und „CDU ist der Große Verlierer im Kreis“ bildeten die ersten Reaktionen auf die NPD nach der Kommunalwahl in der Lokalausgabe des Nordkuriers. Hier zeigte sich zum Beispiel der damalige Kreistagspräsident Matthias Lietz (CDU) besorgt über das Ergebnis der NPD.⁴⁸ In der Lokalausgabe der „Ostsee-Zeitung“ sprachen die Fraktionsvorsitzenden der CDU und der Linken über das Abschneiden der NPD in Ostvorpommern von einer Katastrophe. Weiterhin äußerte sich der Rechtsextremismusexperte Günther Hoffmann in diesem Artikel und sprach davon, dass der große Aufwärtstrend der NPD aus den Vorjahren erstmal gestoppt sei.⁴⁹ Auch das Bündnis für Demokratie, in Form des Mitgliedes Christian Mühldorfer-Voigt, bilanzierte, dass die NPD keinen Zuwachs verzeichnen konnte.⁵⁰

Es bleibt festzuhalten, dass die NPD in Ostvorpommern überall, wo sie antrat, außer in der Gemeinde Boldekow, in die kommunalen Vertretungen einziehen konnte. Es muss daher davon ausgegangen werden, dass sich in Ostvorpommern mittlerweile eine gewisse Stammwählerschaft für die NPD gebildet hat. Abzuwarten ist, wie die NPD-Parlamentarier zukünftig in den Vertretungen arbeiten werden.

45 Ebenda.

46 <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1031&mid=2>, Stand 15.11.2009.

47 Nordkurier, Lokalausgabe Anklam, „Sorge um das Insel-Image wegen NPD“, 10.06.2009.

48 Vgl. Nordkurier, Lokalausgabe Anklam, „CDU ist der große Verlierer im Kreis“, „Machtprobe in Bargischow gesucht“, „Sorge um das Insel-Image wegen NPD“, „Extremist in Klein Bünzow“, 10.06.2009.

49 Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe Usedom-Peene, „Wahlnachlese: NPD-Aufwärtstrend gestoppt“, 10.06.2009, „Klammer Landkreis muss mehr Geld an Rechtsextremisten überweisen“, 19.06.2009.

50 Nordkurier, Lokalausgabe Anklam, „Bündnis für Demokratie macht weiter“, 17.06.2009.

3.6 Anklam

Matthias Krüger

a) Angaben zum Ort

Die vor der Insel Usedom gelegene Hansestadt Anklam ist Kreisstadt des Landkreises Ostvorpommern und stellt einen der wichtigsten Verkehrsknotenpunkte der Region dar. Auf einer Grundfläche von 41,65km² leben 13.423 Einwohner.² Nach der Wende sank die Einwohnerzahl kontinuierlich von 18.989³ Einwohnern im Jahr 1990 auf den heutigen Stand. Die Gründe für die Abwanderung von vor allem jungen, gut ausgebildeten Menschen, liegen vorwiegend an den mangelnden Perspektiven und der hohen Arbeitslosigkeit. So verließen 2008 faktisch 236⁴ Personen mehr die Stadt als hinzuzogen sind. In den Jahren 2003/2004 erlangte Anklam unerwünschte mediale Aufmerksamkeit, weil die Stadt die höchste Arbeitslosenquote im gesamten Bundesgebiet aufwies. Der damalige Höchststand von 31,5 Prozent⁵ stellte einen einsamen Spitzenwert dar. In der Folgezeit sank die Arbeitslosigkeit kontinuierlich auf den Stand von 22,2 Prozent im Jahresdurchschnitt 2008.⁶ Obwohl die Hansestadt eine sehr gute Verkehrsanbindung besitzt – zu nennen wären hier die Nähe zur Autobahn, der Verlauf wichtiger Bundesstraßen durch Anklam, der Hafen, der Güterverkehr und ein Flugplatz, sowie ausgewiesene Gewerbegebiete, die eine gute Grundlage für das Ansiedeln von Unternehmen ermöglichen –, muss sie als wirtschaftlich schwache Region bezeichnet werden. Der größte Arbeitgeber in Anklam ist die Zuckerfabrik mit 135 Beschäftigten und 40 saisonalen Kräften.⁷ Darüber hinaus

1 www.anklam.de, Stand 11.12.2009.

2 <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?&id=4119>, Stand 31.12.2008.

3 <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/tabelle.php?&id=1066>, Stand 31.12.1990.

4 <http://www.mvnet.de/inmv/land-mv/stala/sis/gemeindedaten.php?&buchstabe=A&gemeinde=2191&gruppen=2&pdf=true>, Stand 31.12.2008.

5 http://www.zeit.de/2004/11/Anklam_1?page=all und <http://www.spiegel.de/sptv/magazin/0,1518,237386,00.html>, Stand 19.02.2010.

6 Quelle: Auskunft der Pressestelle der Arbeitsagentur Stralsund. Arbeitslosenzahlen werden auf Gemeindeebene nicht erhoben. Für den Kreis Ostvorpommern ergibt sich eine Arbeitslosenquote von 16,3 Prozent für 2008. Diese Zahl spiegelt jedoch nicht die Situation der Stadt Anklam wieder, weil hier wirtschaftlich stärkere Regionen wie Greifswald, die Insel Rügen und die Insel Usedom mit einberechnet wurden. Die für die Geschäftsstelle Anklam erhobene Arbeitslosenquote von 22,2 Prozent bezieht sich auf die Stadt Anklam und den weiteren Einzugsbereich der Geschäftsstelle und hat eine deutlich höhere Aussagekraft als die Daten des Kreises OVP.

7 <http://www.suikerunie.de/de/5/10/272/default.aspx>, Stand 19.02.2010.

erzeugt die Zuckerfabrik weitere, vorwiegend in der Landwirtschaft angesiedelte Beschäftigungsverhältnisse im Umland. Für 35 Millionen Euro im Jahr 2007 umgebaut, entstand auf dem Gelände der Zuckerfabrik die bundesweit erste Anlage, in der Bioethanol aus Zuckerrüben als Treibstoff gewonnen wird.⁸ Andere größere Arbeitgeber der Stadt sind die Anklamer Fleisch und Wurstwaren GmbH, ein Möbelwerk, die Stadt- und Kreisverwaltung, ein Call Center sowie das Krankenhaus. Obwohl Anklam als Nadelöhr zur Insel Usedom zählt, kann sie vom dortigen Tourismus nur bedingt profitieren.

Amtierender Bürgermeister ist seit 2002 Michael Galander. Auf Grund seiner Suspendierung durch den Beschluss der Stadtvertretung, wegen des Verdachtes der Untreue, ist der während der Kommunalwahl geschäftsführende Bürgermeister der Bauamtsleiter Dr. Detlef Butzke. Die Stadtvertretung setzt sich aus 25 Abgeordnetenmandaten zusammen, wobei bei der Kommunalwahl 2004 lediglich 24 besetzt wurden. Die NPD erhielt entsprechend viele Wählerstimmen für zwei Mandate, konnte aber angesichts der fehlenden Wahlvorschläge nur eines besetzen. 2008 änderte sich die Sitzverteilung erneut, als zwei Abgeordnete aus der CDU Fraktion austraten und sich umorientierten. Der ehemalige Bürgermeister Wolfgang Stiff, seiner Zeit Finanzausschussvorsitzender, blieb fraktionslos. Die Gründe für seinen Austritt fanden sich in der zunehmend geringen Kompromissbereitschaft gegenüber dem Bürgermeister seitens der CDU-Fraktion.⁹ Das zweite Mitglied, Alexander Vetter, wechselte das politische Lager und trat der IfA bei.

Partei	Stimmenanzahl im Wahlgebiet	Stimmenanzahl in %	Sitze 2004	Sitze 2008
CDU	5.371	37,9	9	7
IfA	2.204	15,6	4	5
PDS	2.192	15,5	4	4
SPD	1.521	10,7	3	3
UBL' 94	1.460	10,3	3	3
NPD	1.133	8,0	1	1
FDP	278	2,0	-	-
Stadtvertreter	-	-	-	1

Tabelle 1: Wahl zur Stadtvertretung 2004¹⁰

8 <http://www.rundschau-online.de/html/artikel/1195834762474.shtml>, Stand 19.02.2010.

9 Nordkurier, Lokalteil: Anklamer Zeitung vom 24.08. 2007, S. 15.

10 Anzahl der Wahlberechtigten 12.567, Anzahl der Wähler 4.959, Wahlbeteiligung 39,5 Prozent, Stimmenzahl 14.159. Datenquelle: www.anklam.de, Stand 19.02.2010.

b) Rechtsextremismus vor Ort

NPD und freie Kräfte

Die Anklamer NPD verfügt zwar nur über einen kleinen Kreis an offiziellen Mitgliedern, kann aber mittlerweile in gefestigten Strukturen agieren. Der Erwerb zweier Immobilien durch Mitglieder der rechtsextremen Szene führte zu diesem Umstand. Die beiden Wahlkreismitarbeiter des NPD-Abgeordneten Micheal Andrejewski, Enrico Hamisch und Alexander Wendt erwarben eine ehemalige Kaufhalle in der Pasewalker Straße in Anklam. Bereits Mitte November 2007 fand dort erstmals eine NPD-Parteiveranstaltung statt, wobei die Polizei von etwa 200 Teilnehmern ausging. Ein in der Folge gestellter Umnutzungsantrag, welcher vorsah eine Pommersche Volksbücherei mit Lese- und Veranstaltungsraum einzurichten, musste zunächst eine verwaltungsrechtliche Hürde nehmen. Die Stellplatz-Satzung der Stadt Anklam sah vor, dass je zehn Nutzerplätzen für die Bibliothek ein Parkplatz zur Verfügung stehen müsse. Mit der Aufhebung der Satzung durch die Anklamer Stadtvertretung, aufgrund eines Bauvorhabens der Grundstücks- und Wohnungswirtschafts GmbH Anklam, konnte die „Parkplatzhürde“ überwunden werden.¹¹ In dem Gebäude befinden sich heute der Pommersche Buchdienst – Verlag und Versandhandels Gbr.,¹² die Bürgerbüros der beiden Landtagsabgeordneten Raimund Borrmann und Michael Andrejewski, sowie dessen Anwaltsbüro. Der zweite Immobilienkauf gelang den Rechtsextremen 2008 mit der Ersteigerung des ehemaligen Gebäudes der Anklamer Backwaren GmbH in der Leipziger Allee. Hier liegt die Befürchtung nahe, dass der jetzige Eigentümer, der in der Szene als Organisator rechtsextremer Konzerte bekannt ist, die ehemaligen Produktionshallen als Veranstaltungsort zur Verfügung stellen oder sogar eine Druckerei einrichten könnte.¹³

Eine weitere Anlaufstelle der Rechtsextremen, der Szeneladen New Dawn, befindet sich am Marienkirchplatz. Der Besitzer Markus Tielke betreibt ebenfalls das sich in unmittelbarer Nähe befindliche Tattoostudio blood and pain. New Dawn stellt einen zentralen Treffpunkt, nicht nur für die Freie Szene in Anklam, sondern auch für die gesamte Region dar. Die rechte Szene in Anklam wird vorwiegend durch den im Kern etwa 20 Mitglieder umfassenden Kameradschaftsbund Anklam geprägt. Während der Kameradschaftsbund in den neunziger Jahren eine starke öffentliche Präsenz aufwies, verschwand er ab der Jahrtausendwende in den Untergrund und trat seitdem nur selten in Erscheinung. Die Mitglie-

11 AZ: 07.12. 2007, S. 19; AZ: 21./22.6. 2008, S. 20; AZ: 10.07. 2008, S. 1; AZ: 23.07. 2008, S. 1.

12 www.pommerscher-buchdienst.de, Stand 19.02.2010.

13 AZ: 11.09.2008, S. 17; http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=1331:erneuter-rechtsextremer-immobiliencoup-in-anklam&Itemid=407, Stand 12.2.2010.

der des KBA traten zuletzt am 14. April 2009 in Erscheinung als sie als Sicherheitskräfte des NPD-Infostandes auf dem Marktplatz fungierten. Ähnlich wie in anderen Gebieten Mecklenburg-Vorpommerns findet auch in Anklam eine enge Zusammenarbeit der NPD mit der Freien Szene statt.¹⁴ Obwohl unklar bleibt, ob der NPD die führende Rolle innerhalb der Freien Szene zukommt, finden sich optimale Strukturen für den Aufbau eines gut organisierten und eng verknüpften Netzwerkes. Ostvorpommern gilt gemeinsam mit dem Uecker-Randow-Kreis als zweite „Modellregion“ nach Sachsen innerhalb der rechtsextremen Szene. Mit dem Beitritt fast aller Kameradschaftskader im Jahre 2005 in die NPD verfestigte sich die Zusammenarbeit im Zuge der „Volksfront von rechts“.¹⁵ Die Freie Szene organisierte sich bis ins Jahr 2008 unter dem Dach des „Sozialen und Nationalen Aktionsbündnisses Pommern“. Jenes war das aktivste und bedeutendste Netzwerk in Mecklenburg-Vorpommern und diente über Jahre als Plattform für die vielfältigen Aktivitäten der gesamten rechten Szene. Im Jahre 2002 gegründet, bot das Bündnis über lokal orientierte Gruppen hinaus die Möglichkeit, politisch in die Breite zu wirken.¹⁶ In der Folge des Beitritts führender Kameradschaftsmitglieder in die NPD, verlor das Aktionsbündnis an Bedeutung.¹⁷ Mittlerweile stellen die früheren Köpfe der Kameradschaften den größten Teil des Personals der NPD sowie unter den parteieigenen Mitarbeitern.

Als weitere rechtsextreme Gruppierungen in Anklam sind der Heimatbund Pommern, der Kulturkreis Pommern, die Bürgerinitiative Sicherer Wohnen in Anklam sowie die Initiative für Volksaufklärung e.V. zu nennen. Letztere bringt in unregelmäßigen Abständen den Anklamer Boten heraus, welcher sich mit aktuellen Problematiken der Region sowie mit überregionalen Themen auseinandersetzt. Oftmals werden Themen der NPD aufgegriffen und es wird verstärkt über die kommunalpolitischen, populistisch geprägten Aktivitäten von Michael Andrejewski in der Anklamer Stadtvertretung sowie im Kommunalparlament Ostvorpommerns berichtet. Die außerordentliche Nähe zur NPD findet ihre Begründung in der personellen Überschneidung. So fungiert Enrico Hamisch seit 2001 als Herausgeber für den Boten. Auch das Projekt der „Volksbücherei“ bzw. des pommerschen Buchdienstes ist der Initiative für Volksaufklärung zuzurechnen. Die Ansiedelung im selben Gebäude in Anklam legt die Vermutung nahe, dass Andrejewski den Boten nutzt, um Inhalte aus den freien Medien in seinem Sinne darzustellen und mit rechtsextremer Polemik zu versehen.

14 Die folgenden Ausführungen nehmen Bezug auf den Lagebericht des mobilen Beratungsteams für demokratische Kultur Mecklenburg-Vorpommern vom Mai 2006.

15 Siehe hierzu Bach, Roland: >>Volksfront<< von rechts?, rls Standpunkte, 03/2005, http://www.bundesstiftung-rosa-luxemburg.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0503.pdf, Stand 12.02.2010.

16 <http://www.netz-gegen-nazis.de/lexikontext/soziale-und-nationale-buendnis-pommern-snbp>, Stand 19.02.2010.

17 Ebenda.

Die parlamentarische Beteiligung Michael Andrejewskis war aufgrund der fehlenden Fraktion und des fehlenden Sitzes in einem Ausschuss in ihren Möglichkeiten beschränkt. Vereinzelt nutzte er sein Abgeordnetenrecht, um Beschlussvorlagen einzubringen, welche die formalen sowie rechtlichen Bedingungen erfüllten und als Tagesordnungspunkt Eingang in die Stadtvertreterversammlung fanden. Laut Auskunft einiger Stadtvertreter wurde beharrlich versucht, Anträge der Rechtsextremisten, die konkrete kommunalpolitische Sachverhalte zum Inhalt hatten, vorweg seitens der Verwaltung einzubringen oder von anderen Fraktionen einzureichen, welche auf der Tagesordnung zuvor behandelt wurden. Dies betraf nur sehr wenige Anträge; der Großteil wurde von den übrigen Parteien abgelehnt. Die von Andrejewski eingebrachten Beschlussvorlagen sind thematisch vielfältig und sofern sie nicht konkrete Sachverhalte zum Inhalt hatten, wurde die zu behandelnde Problematik mit dem Versuch einer Systemkritik verbunden. Entsprechend der Parteitaktik wurde versucht, sich als Anwalt der „kleinen Leute“ darzustellen, sich bürgernah zu geben und als wählbare Alternative zu präsentieren, welche die parlamentarische Arbeit ernst nehme und die der anderen Parteien kontrolliere sowie zunehmend Einfluss im politischen Geschehen gewinne. Da der Großteil der Anträge von den Abgeordneten abgelehnt oder in anderer Form eingebracht wurde, um nicht als Verdienst der NPD deklariert werden zu können, scheint hier die Einflussnahme auf die Kommunalpolitik eher gering. Allerdings ist es Andrejewski auch gelungen, Anträge zu stellen, denen die demokratischen Kräfte ihre Zustimmung aussprachen. Es handelte sich hierbei um Themen, bei denen die demokratischen Kräfte nur um den Preis ihres öffentlichen Ansehens ihre Zustimmung hätten verweigern können. Dies betraf einen Antrag vom 27. Januar 2005, der die Bereitstellung von finanziellen Mitteln aus dem Haushalt zur Förderung einer Friedensschule bzw. -stiftung in einem ehemaligen Wehrmachtsgefängnis behandelte (vgl. Beier et al. 2006: 73ff.). Eine ähnliche Summe wäre nötig gewesen für den Erhalt der Kinderbibliothek. Andrejewski drohte diese beiden Sachverhalte in Verbindung zu bringen und in die Öffentlichkeit zu tragen, worauf die CDU einen gleichlautenden Antrag stellte, der letztlich angenommen wurde. Die Suspendierung des Bürgermeisters wurde ebenfalls als Erfolg seitens der NPD gefeiert. Während der Abstimmung kristallisierte sich eine Pattsituation heraus, infolge derer die Stimme Andrejewskis ausreichte, um den Bürgermeister zu beurlauben. In den Medien der rechtsextremen Szene wurde die Suspendierung zwar nicht als alleiniger Erfolg Andrejewskis deklariert, gleichwohl wurde seine besondere Stellung bei der Abstimmung stets betont.¹⁸ Eine Beschlussvorlage, die eine Unterschriftensammlung unter den Kommunalpolitikern für den Erhalt der Stadt Anklam als Kreisstadt zum Inhalt hatte, fand auch unter den übrigen Stadtvertretern breite Zustimmung, da bezüglich die-

18 http://de.altermedia.info/general/neulich-in-anklam-npd-abgeordneter-michael-andrejewski-schickt-buergermeister-in-urlaub-290108_12829.html, Stand 19.02.2010.

ser Thematik Konsens herrschte. Andrejewski gelang es, diesen Sachverhalt schneller als andere Parteien aufzugreifen und erfolgreich umzusetzen.

Festzuhalten bleibt, dass Michael Andrejewski sich oftmals Nischenthemen annimmt, um den Eindruck der Bürgernähe zu erwecken. Diese, nur einen kleinen Teil der Bürgerschaft betreffenden Probleme, sind den übrigen Parteien ebenfalls bekannt und werden unter ihnen diskutiert. Mit Hilfe der parteieigenen Medien als auch der der Freien Szene schafft es die NPD teilweise diese Thematiken für sich zu besetzen und den Eindruck einer kommunalpolitischen Arbeit zu suggerieren, indem sie sich gewisser Problematiken annimmt, welche dem Anschein nach unter den übrigen Parteien keinerlei Beachtung finden.

Aktivitäten gegen Rechtsextremismus

Wie bereits erwähnt, wurde seitens der Anklamer Stadtvertreter stets versucht, dem Abgeordneten der NPD wenig Spielraum für die politische Profilierung zu überlassen. Bereits zu Beginn der Legislaturperiode gab es vorab interne Absprachen, um Andrejewski keinen Platz im Hauptausschuss zuzugestehen und somit seine Mitarbeit in der Stadtvertretung von vornherein zu beschränken. Im August 2007 verlas der Bürgervorsteher Karl-Dieter Lehrkamp (CDU) eine überfraktionelle Erklärung. In dieser äußern sich die Stadtvertreter besorgt zu den Zielen und Ansichten der NPD, sowie über die etwaige Möglichkeit der Einrichtung eines Schulungszentrums seitens der NPD. Desweiteren wird jeder Bürger aufgefordert, sich aktiv mit den Inhalten der NPD auseinanderzusetzen und nicht auf einfache, plakative Lösungsvorschläge hereinzufallen.¹⁹ Gegenüber der Anklamer Zeitung gab der Bürgermeister Michael Galander an, dass die Erklärung in einer Auflage von 20.000 Flyern nebst Postern Verbreitung finden sollte. 14.500 Exemplare wurden dem Anzeigen Kurier als Beilage zugeführt und weitere Flugblätter und Poster sollten an öffentlichen Orten ausgehangen werden.²⁰ Der Präventionsrat der Stadt Anklam führte eine weitere Flyeraktion anlässlich der Kommunalwahl 2009 durch. Die an zentralen Orten ausgelegten Flyer informierten über die bevorstehende Wahl und verdeutlichten die Wichtigkeit der Stimmenabgabe. Auf der Vorderseite sind vier Personen mit Sprechblase abgebildet: ein NPD-Wähler, der sich bei den übrigen dreien für das Nichtwählen bedankt. Auf der Rückseite finden sich Informationen bezüglich der Kommunal- und Europawahl, die einen Teil der jeweiligen Problematiken und Aufgabenbereiche grob umreißen. Weiterhin wird vor den etwaigen Folgen gewarnt, sollten Extremisten in politische Ämter gewählt werden – darunter die Bitte, wählen zu gehen und der Aufruf, seine Stimme einer demokratischen Partei zu geben. Andere Formen des Widerstandes gegen Rechtsextremismus innerhalb der Stadt Anklam sind der Ausschluss Michael Andrejewskis aus dem Förderverein der Nikolaikirche und

19 www.anklam.de – Politik, Stand 12.02.2010.

20 AZ: 24.8.2007, S. 15.

die Arbeit des Zentrums für demokratische Kultur. Letzteres fungiert seit 2007 als Ansprechpartner für Schulen, Vereine und Kommunen. Die vier Mitarbeiter sind zuständig für die Kreise Ostvorpommern, Uecker-Randow und Greifswald. Sie bilden eine mobile Arbeitsgruppe, die vorwiegend Beratungs- und Koordinierungsarbeit gegen rechts leistet und für den Umgang mit Neonazis unterstützend zur Seite steht. Darüber hinaus besteht seit 2006 die Stiftung Zentrum für Friedensarbeit Otto Lilienthal – Hansestadt Anklam. Sie ist in einem ehemaligen Wehrmachtsgefängnis beheimatet und bietet ein breitgefächertes kulturelles Angebot. So finden in den stiftungseigenen Räumen Lesungen, Konzerte, Filmabende, Vorträge und Podiumsdiskussionen statt. Darüber hinaus widmet sich das Friedenszentrum der Vermittlung und Aufklärung über die Geschichte des Nationalsozialismus.

Zuweilen nimmt die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten vor Ort administrative mühevollen Formen an: Infolge des bereits erwähnten Immobilienkaufs einer ehemaligen Kaufhalle in der Pasewalker Straße, ließ Bürgermeister Michael Galander die zu dem Gebäude gehörige Litfasssäule entfernen. Nachdem die neuen Eigentümer dem bisherigen Alleinnutzer, dem Anklamer Theater, die weitere Nutzung untersagten und auf die Gefahr hin, die Säule könnte fortan für rechtsextreme Propaganda genutzt werden, entschied Galander den Abriss. Ein Angebot der Stadt, die nun freie Fläche neu zu pflastern, wurde von den Eigentümern abgelehnt. Stattdessen erstatteten die Besitzer Strafanzeige. Da die Staatsanwaltschaft mittlerweile gegen Galander wegen des Verdachts der Untreue ermittelte, stellte sie dieses Verfahren ein. Sie entschied von der Verfolgung abzusehen, da eine höhere Strafe in dem laufenden Verfahren abzusehen war und die Strafe für den Abriss der Litfasssäule nicht beträchtlich ins Gewicht falle (Im Februar 2010 entschied das Landgericht Stralsund wegen des Verdachts der Untreue, kein Verfahren zu eröffnen, weil keine strafbare Handlung seitens Galander vorlag).

c) Kommunalwahlkampf

Entgegen der Befürchtung, die NPD würde bundesweite Verstärkung nutzen, um einen massiven und ausgedehnten Kommunalwahlkampf zu führen, blieben die Aktivitäten in Anklam hinter den Erwartungen zurück. Nachdem die NPD bei der Kommunalwahl 2004 aufgrund fehlender Kandidaten einen Sitz in der Anklamer Stadtvertretung unbesetzt lassen musste, war davon auszugehen, dass sie bei der nachfolgenden Wahl entsprechend mehr Kandidaten aufstellen würde. Die Liste der drei Kandidaten führte Michael Andrejewski an, gefolgt von Enrico Grimm und Enrico Pflugradt. Während Andrejewski

als kommunalpolitische Galionsfigur drei Abgeordnetenmandate (Stadtvertretung Anklam, Kreistag OVP, Landtag Mecklenburg-Vorpommern) besetzt und überregionale Bekanntheit besitzt, sind die beiden letztgenannten eher unbeschriebene Blätter. Über Pflugradt ist nur wenig bekannt – er wurde 1980 in Karlsburg geboren, ist gelernter Dachdecker und als Mitglied der rechten Szene bekannt. Enrico Grimm ist selbstständiger Gastronom und 1970 in Anklam geboren. Über seine Kandidatur zeigten sich selbst Mitglieder der Anklamer Stadtvertretung überrascht, da er vorab mit der NPD nicht in Erscheinung getreten ist.

Ähnlich wie in anderen Gebieten Mecklenburg-Vorpommerns, begann die NPD ihren Wahlkampf bereits Ende April 2009 mit der Plakatierung sämtlicher Hauptverkehrs- und Zufahrtsstraßen der Stadt Anklam. Durch den frühen Beginn der Wahlwerbung blieb die NPD lange Zeit die einzig öffentlich präsente Partei im Stadtbild. Während in den Wohngebieten nur vereinzelt oder gar keine Plakate²¹ zu finden waren, gab die enorme Plakatierung der Bundesstraße 109 Richtung Usedom Anlass für eine Debatte. Stein des Anstoßes waren 18 Plakate an der nördlichen Stadtzufahrt. Die Überlegung eines Verbotes der Wahlwerbung außerhalb der Stadtgrenze verlief im Sande, da das Recht der Parteien auf Wahlwerbung das Eigentumsrecht überlagert. Lediglich der Aufruf an andere Parteien, sich ebenfalls an dieser Stelle zu positionieren, blieb als Lösungsvorschlag übrig.²² Die anderen Parteien griffen diesen Vorschlag auf und trugen so zur Entschärfung der Lage bei.

Die Infoständetour der NPD machte am 14. April 2009 Halt auf dem Anklamer Marktplatz. Anwesend waren neben dem Landtagsabgeordneten Michael Andrejewski auch Wahlkreismitarbeiter Tino Müller, Enrico Hamisch, sowie die Fraktionsmitarbeiter Michael Gielnik, Matthias Krebs und Michael Grewe. Die Resonanz auf den Infotisch wurde von mehreren Beobachtern als gering bezeichnet.²³ Ein organisierter Gegenprotest von circa 30 Personen, bestehend aus Vertretern der Wählerbündnisse und demokratischen Parteien, versuchte mit friedlichen Mitteln der NPD den öffentlichen Raum streitig zu machen, indem sie das ausgegebene Infomaterial in einem großen blauen Müllsack wieder einsammelten.²⁴ Bei den ausgegebenen Materialien handelte es sich um übliche Wahlkampfmittel einer Partei: Kugelschreiber, Bonbons, Flyer und Flugblätter sowie eine CD mit Reden Michael Andrejewskis aus dem Landtag. Weiterhin wurden Flyer mit den Kandidaten des Kreistags Ostvorpommerns, der Landtagsfraktion, eine Broschüre „Unser

21 Auf eine genaue Beschreibung der Plakate wird an dieser Stelle verzichtet, da diese im gesamten Raum OVP identisch waren.

22 AZ: 6.5.2009, S. 15.

23 http://www.endstation-rechts.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=56:npd-infostand-tour-fr%C3%BChlingserwachen-in-anklam&Itemid=414, 19.02.2010.

24 AZ: 15.4.2009, S. 15.

Heimatland Pommern“ sowie Flyer mit der Aufforderung zum Mitmachen verteilt.²⁵ Die schwache Frequentierung des Infostandes, der organisierte Gegenprotest und die hohe Anzahl des sofort wieder eingesammelten Infomaterials macht den Willen der Anklamer deutlich, ihre Straßen und Plätze nicht widerspruchsfrei der rechtsextremen NPD zu überlassen. In der Region OVP wurden mindestens drei Hauswurfsendungen registriert, im Stadtgebiet Anklam hingegen fanden, laut Auskunft des Zentrums für demokratische Kultur Ostvorpommerns, zwei Hauswurfsendungen statt. Da die Wahlmittel größtenteils identisch waren, wurde der Flyer mit der Aufschrift „Wirf deine Stimme nicht weg! Nicht meckern – Handeln!“ bereits ausführlich im Bericht über den Kreis OVP behandelt. Der zweite verteilte Flyer beschäftigte sich nicht mit der Kommunalwahl 2009, sondern mit der im September stattgefundenen Bundestagswahl. Auf der Vorderseite ist der Spruch „Damit sich etwas ändert in unserem Land“ abgedruckt. Inhaltlich befasst sich das Faltblatt mit überregionalen Themen. Zunächst positioniert sich die NPD als wählbare Alternative und umreißt grob ihre Forderungen („Erhalt der deutschen Familien“, „Sicherung des Friedens“, „Schutz der natürlichen Umwelt“, „Schutz der heimischen Wirtschaft“, „Erhalt und Bewahrung der europäischen Völker vor Überfremdung und Multikulti“). Weitere Themen werden in einzelnen Kästchen umrissen. So fordert die NPD die Einstellung der Wiedergutmachungszahlung an Israel, die Ausgliederung von Ausländern aus dem deutschen Sozialsystem, eine radikale Steuerreform, Mindestrente, Einführung von Mindestlöhnen, eine Reform des Bildungs- und Gesundheitssektors, die Verstaatlichung von Versorgungsdienstleistungen und den Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Zudem prangert die NPD die momentane Situation Deutschlands an und wirbt um beide Stimmen für die Bundestagswahl. Die Rückseite zeigt den NPD-Parteivorsitzenden Udo Voigt mit einer Sprechblase „Deutschland braucht soziale und nationale Lösungen zur Sicherung der Zukunft unseres Volkes – wir haben sie!“. Neben dem Abbild Udo Voigts befindet sich eine heraustrennbare Karte, auf der die Kontaktdaten der NPD abgebildet sind. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, sich bei Angabe persönlicher Daten Informationsmaterial oder das ausführliche Wahlprogramm zusenden zu lassen, Mitglied zu werden oder die NPD in ihrem Wahlkampf aktiv zu unterstützen.

Kurz vor der Kommunalwahl wurde an viele Haushalte der Anklamer Bote verteilt. Dieses, sich selbst als unabhängig bezeichnende Mitteilungsblatt für die Hansestadt Anklam und Umland, wird von der „Initiative für Volksaufklärung e.V.“ herausgegeben und ist eng mit der NPD verflochten. So finden sich zwei Anzeigen mit Wahlwerbung der NPD im Boten, der sich in jeder Ausgabe aktuellen Themen der Kommunalpolitik widmet und inhaltlich im Wesentlichen von Michael Andrejewski geprägt wird. Auch die Verteilung

25 Bericht von Teilnehmern des Gegenprotestes vom 15.4.2009.

selbst wird von Andrejewski vorgenommen. In der zur Kommunalwahl erschienenen Ausgabe werden vorwiegend kommunalpolitische Themen behandelt und teilweise Inhalte im Sinne der NPD richtig gestellt. So beschäftigt sich ein Artikel mit der angeblichen „Nordkurier Lügenkampagne“.²⁶ Hier wurde eine Fehlinformation des Nordkuriers bezüglich eines NPD-Kandidaten als Aufhänger genutzt, um das Gewaltpotential komplett in die linke Szene zu schieben, der Versuch unternommen sich mit der Polizei zu verbrüdern, um somit Wählerstimmen zu fangen sowie der indirekte Aufruf gestartet, Personen, welche NPD-Plakate abhängen oder zerstören, festzunehmen und bei Widerstand mit Gewalt zu begegnen. Andere Artikel geben vermeintliche Rechtsauskunft zu der Heizkostenerstattung von Harz-IV-Empfängern,²⁷ sowie zur Geruchsbelästigung der Ölmühle.²⁸ Der Aufruf als Wahlbeobachter tätig zu werden, wird mit zwei Artikeln mit dem Verdacht von Wahlfälschungen begründet. Der Hauptartikel behandelt die Kandidatur des suspendierten Bürgermeisters sowohl für die Anklamer Stadtvertretung als auch für den Kreistag. Die Suspendierung des Bürgermeisters wird hier als Erfolg der NPD verbucht. Das Internet ist ein weiteres stark genutztes Medium seitens der NPD. Auf der Homepage der Mecklenburg-Vorpommerschen NPD unter der Rubrik „Vor Ort“ Kreisverband Ostvorpommern fanden sich zahlreiche Pressemitteilungen, Kommentare und Artikel zu kommunalen Themen. Die enge Verbindung zwischen der NPD und der Initiative für Volksaufklärung e.V. zeigt sich besonders in den identischen Artikeln im Internet und dem Anklamer Boten.²⁹ Ein weiterer Artikel beleuchtet die Geschehnisse der Gegendemonstrationen des Infostandes in Anklam aus der parteieigenen Sicht. In dem mit der Überschrift betitelten Text „K(r)ampf gegen Rechts in Pommern“³⁰ äußert sich der unbekannte Autor extrem abwertend über die Teilnehmer der Gegenaktion und übt generelle Kritik am politischen System der BRD in reiner rechtsextremistischer Argumentation:

„treibt die Selbstbeweihräucherung von „Anti-Rechts-AktivistenInnen“ die buntesten Blüten. Politisch überkorrekte Gutmenschen und selbsternannte Musterdemokraten beziehen sich gerne

26 Der Anklamer Bote, „Nordkurier Lügenkampagne“, Ausgabe 2/2009, S. 2.

27 Der Anklamer Bote, „Harz-IV-Empfänger müssen wieder um Ihre Heizkostenerstattung kämpfen“, Ausgabe 2/2009, S. 3.

28 Der Anklamer Bote, „Rechtliche Klarheit für die Ölmühlenopfer in Anklam“, Ausgabe 2, S. 4.

29 Identische Artikel sind: „Galanders riskantes Wahlmanöver“ <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1024&mid=7> (Stand 24.5.2009), „Harz-IV-Empfänger müssen wieder um Ihre Heizkostenerstattung kämpfen“ <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1025&mid=7> (Stand 25.5.2009), „Rechtliche Klarheit für die Ölmühlenopfer in Anklam“ <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1026&mid=7> (Stand 26.5.2009), „Wahlfälschung in Anklam, 1989 und vielleicht heute“ <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1028&mid=7> (Stand 3.6.2009).

30 <http://www.npd-mv.de/index.php?com=news&view=article&id=1020&mid=7>, Stand 19.02.2010.

selbst in das eigene konstruierte Zerrbild ein. Einige gefallen sich dabei in der Rolle des unermüdlichen „antifaschistischen Kämpfers“. Sobald Mitglieder der NPD öffentlich über das programmatische Wollen und die politische Arbeit informieren, hängen sich scheinbar Hyperaktive an deren Fersen. So war in der Systempresse wieder einmal die Rede davon, daß „den Rechtsextremisten das Feld nicht allein überlassen“ worden sei, daß „Flagge gezeigt“ worden ist und Ähnlichem aus dem Fundus stets gleicher Sprechblase.“³¹

Eine andere Veröffentlichung auf der Homepage polemisierte gegen zwei Kandidaten der IfA, die die Rechtmäßigkeit der Kandidaturen von Michael Galander und Holger Krüger in Frage stellten. Beiden Kandidaten wurde unterstellt, ihren Lebensmittelpunkt nicht in Anklam zu besitzen und somit wissentlich Falschangaben gemacht zu haben, um ein politisches Amt zu erlangen. Dieser Umstand wird weiterhin genutzt, um der IfA bei der Stimmauszählung Wahlfälschung zu unterstellen und im gleichen Atemzug den Aufruf an die Bürger zu starten, selbst aktiv zu werden und die Stimmenauszählung zu beobachten.

d) Wahlergebnis

Bei ihrem ersten Antritt zur Wahl der Stadtvertretung 2004 gelang der NPD ein beachtliches Ergebnis von 8 Prozent der abgegeben gültigen Stimmen. Dieses Resultat hätte genügt, um mit zwei Mandaten in die Anklamer Stadtvertretung einzuziehen. Da zu diesem Zeitpunkt Michael Andrejewski einziger Kandidat der NPD war, blieb das zweite Mandat unbesetzt. Demnach war zu erwarten, dass die NPD zur Kommunalwahl 2009 mit entsprechend mehr Kandidaten antreten würde. Die Befürchtung alle drei aufgestellten Kandidaten könnten zukünftig in die Stadtvertretung Einzug halten, bestätigte sich indes nicht. Die 7,9 Prozent bei der Wahl im Juni 2009 lassen auf eine gewisse Stammwählerschaft schließen.

31 Ebenda.

Partei	Stimmenanzahl im Wahlgebiet	Stimmenanzahl in %	Sitzverteilung in der Stadtvertretung
IfA	4.880	33,9	8
CDU	3.401	23,7	6
Die Linke	2.134	14,8	4
SPD	1.219	8,5	2
UBL' 94	1.172	8,1	2
NPD	1.140	7,9	2
FDP	438	3,1	1

Tabelle 2: Wahl zur Stadtvertretung 07. Juni 2009³²

Bereits vor der Wahl wurde von verschiedenen Seiten an der Rechtmäßigkeit der Kandidaturen zweier Wahlvorschläge der IfA, namentlich Michael Galander und Holger Krüger, gezweifelt. Obwohl beide Kandidaten anführten, sie besäßen ihren Hauptwohnsitz und Lebensmittelpunkt in Anklam, zweifelten verschiedene Parteien an der Richtigkeit dieser Angaben. Vom Einspruchsrecht bei der Erarbeitung der Wahlvorschläge machte niemand Gebrauch, ebenso wenig nach dessen Bekanntgabe. Zum anderen wurde die Kandidatur des immer noch suspendierten Bürgermeisters für die IfA seitens der CDU gerügt. So könne Galander nicht als Bürgermeister und Abgeordneter der Stadtvertretung fungieren und gehe hier lediglich auf Stimmenfang. Laut Aussage von Michael Galander würde er das Abgeordnetenmandat sofort ablegen, wenn seine Suspendierung aufgehoben würde. Zu diesem Zeitpunkt war eine parlamentarische Mehrheit bezüglich eines solchen Beschlusses undenkbar. Beide Kandidaten wurden noch vor der Wahl aus dem Wählerverzeichnis gestrichen, blieben aber auf den Stimmzetteln wählbar. Galander konnte die meisten Stimmen (965) auf sich vereinen und gab seinen Mandatsverzicht nach der Wahl bekannt. Bezüglich der stattgefundenen Wahl gingen innerhalb von zwei Wochen sechs schriftliche Einsprüche beim Gemeindevahlleiter Jörg Schröder ein.³³ Dieser hielt das Wahlergebnis für anfechtbar und so erklärte die konstituierende Stadtvertreterversammlung am 02. Juli 2009 die Wahl für ungültig und fasste den Beschluss eine Neuwahl durchzuführen. Als Termin wurde die anstehende Bundestagswahl am 27. September gleichen Jahres vereinbart.

32 Anzahl der Wahlberechtigten 11.480, Anzahl der Wähler 4.985, Wahlbeteiligung 43,4 Prozent, Stimmenzahl 14.384, ungültige Stimmen 384 Datenquelle: www.anklam.de, Stand 12.02.2010.

33 AZ: 20./21.06.2009, S. 17.

Die Wahlwerbung der Bundestagswahl überschattete jene für die Anklamer Stadtvertretung. Die FDP und NPD begannen ihren Wahlkampf erneut sehr früh und waren bereits einige Wochen vor der Wahl mit Kommunalwahlwerbung im Stadtbild vertreten. Hierbei nutzte die NPD größtenteils die Plakate der Kommunalwahl vom Juni, hinzu kam ein Plakat mit dem Porträt Andrejewskis, mit dem Slogan „Ein rechter Anwalt für das Volk“. Durch die massive Werbung aller Parteien für die Bundestagswahl, war hier keine exponierte Stellung der NPD-Wahlwerbung feststellbar. Die UBL verzichtete wie immer auf Plakate und spendete dafür an eine gemeinnützige Organisation. Bei den Parteien die Linke und CDU hatte der Bundestagswahlkampf Vorrang und so nutzen beide die zwei Wochen vor der Wahl, um die Kommunalwahlplakate zu denen der Bundestagswahl zu hängen. Auch die IfA entschied sich erneut für Plakate, um weiterhin stärkste kommunale Partei vor der CDU zu bleiben.³⁴

Während bei der Wahl im Juni 43,4 Prozent der Wähler ihre Stimme abgaben, konnte mit einer deutlich höheren Wahlbeteiligung beim zweiten Durchgang gerechnet werden. So lag die Wahlbeteiligung bei der zusammen mit der Bundestagswahl durchgeführten Kommunalwahl bei 56,53 Prozent. Die zusätzlichen 3.669 gültigen Stimmen im Vergleich zur Wahl im Juni konnte keine Partei für sich allein gewinnen. Trotz über 10 Prozent mehr Wahlbeteiligung gestaltete sich das Ergebnis ähnlich wie bei der ersten Wahl. Die IfA blieb mit 35,4 Prozent der abgegeben gültigen Stimmen weiter stärkste Kraft vor der CDU mit 23,4 Prozent. Die Linke, SPD und UBL mussten bis zu 1,8 Prozent Stimmenverlust hinnehmen und auch die NPD verlor im Vergleich zu ersten Wahl 0,5 Prozent der Wählerstimmen und erzielte 7,4 Prozent. Auch hier zeigt sich aber deutlich, dass die NPD bereits über eine Stammwählerschaft verfügt und in der Lage ist, diese zu mobilisieren. Von den 1.352 Stimmen für die Wahlvorschläge der NPD entfielen 944 auf Michael Andrejewski, 271 auf Enrico Grimm und Enriko Pflugradt konnte 137 Stimmen für sich verbuchen. Grimm verzichtete aus privaten Gründen auf sein Mandat, so dass Enriko Pflugradt und Michael Andrejewski fortan in der Anklamer Stadtvertretung als Fraktion agieren können.

Dass die NPD Abgeordneten einen Platz in den Ausschüssen erhalten, konnte von den demokratischen Kräften dieses Mal nicht verhindert werden. Andrejewski erhielt einen Sitz im Hauptausschuss und im Aufsichtsrat des Binnenhafens. Pflugradt wird fortan im Finanzausschuss sowie im Ausschuss für Schule, Kultur, Sport, Tourismus, Jugend, Senioren und Soziales einen Sitz einnehmen. Für den Ausschuss Stadtentwicklung und Wirtschaft, Bau, Verkehr und Umwelt wird Jens Semrock als sachkundiger Bürger von der Fraktion der NPD genannt und kann hier, wenn auch nur bedingt, Einfluss nehmen bzw. wichtige Informationen an die beiden Abgeordneten weitergeben.

34 AZ: 11.09.2010, S. 13.

Partei	Stimmenanzahl im Wahlgebiet	Stimmenanzahl in %	Sitzverteilung in der Stadtvertretung
IfA	6.486	35,4	9
CDU	4.285	23,4	6
Die Linke	3.029	16,6	4
NPD	1.352	7,4	2
SPD	1.344	7,3	2
UBL' 94	1.229	6,7	1
FDP	576	3,2	1

Tabelle 3: Wahl zur Stadtvertretung 27. September 2009³⁵

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Wahl zur Stadtvertretung in Anklam seitens der NPD durchaus als Erfolg verbucht wird. Obwohl sie an Stimmen verlor, gelang es der NPD erneut zwei Sitze für das Stadtparlament zu ergattern und dieses Mal – aufgrund der erhöhten Kandidaturen – selbige auch wahrzunehmen. Die Stimmenanzahl von 7,4 Prozent stellt ein stabiles Ergebnis im Vergleich zur vorherigen Kommunalwahl, bei der die NPD 7,9 Prozent erreichte, dar. Allein mit Protestwählern können diese stabilen Werte nicht erklärt werden. Offensichtlich ist es der rassistischen und verfassungsfeindlichen NPD gelungen, sich in Anklam politisch zu etablieren. Trotz des schwierigen Vergleiches sprechen die Werte der Bundestagswahl 2009 von durchschnittlich 7 Prozent und die Werte der Kreistagswahl Ostvorpommerns desselben Jahres von durchschnittlich 8 Prozent somit eine eindeutige Sprache. Der Aufbau von organisierten Strukturen im gesamten Kreis Ostvorpommern ermöglicht der NPD eine bessere Zusammenarbeit als bisher und könnte zur weiteren gesellschaftlichen Etablierung führen und den demokratischen Kräften künftig die parlamentarische Arbeit in erheblichem Maße erschweren. Mutmaßlich gelingt es der NPD, einen gewissen Bezug zu den Wählern aufzubauen und sich bürgernah zu geben. Für die demokratischen Kräfte in Anklam gilt, zukünftig eindeutig Position gegen die NPD zu beziehen.

35

Anzahl der Wahlberechtigten 11.424, Anzahl der Wähler 6.458, Wahlbeteiligung 56,53 Prozent, Stimmzahl 18.301, ungültige Stimmen 632. Datenquelle: www.anklam.de, Stand 12.02.2010.

IV. Das Wahlergebnis der NPD – Eine wahlstatistische Auswertung

Carsten Mielsch

a) Einleitung

In diesem Kapitel wird den Beschreibungen aus einzelnen Landesteilen eine Gesamtübersicht des Wahlergebnisses beigegeben, um den Erfolg der NPD sowie ihre räumliche Präsenz in Mecklenburg-Vorpommern anhand des verfügbaren Zahlenmaterials genauer abzuschätzen. Im Mittelpunkt stehen die Fragen: Welche Personen entsendet die NPD in die Kreistage und Gemeindevertretungen? Wo konnte die NPD besonders viele Stimmen erlangen, wo blieb sie erfolglos? Gibt es Unterschiede zwischen diesen Wahlkreisen? War die NPD in den Kommunalwahlen 2009 erfolgreich? Ich werde mich darauf beschränken, das Ergebnis mittels Statistiken deskriptiv zu erfassen. Aussagen über die Ursachen des Erfolges der NPD oder über kausale Zusammenhänge mit dem beobachteten Wahlkampf lassen sich aufgrund mangelnden Datenmaterials nicht treffen. Einer kurzen Darstellung der Ausgangslage vor dem Wahlkampf und der Kommunalwahl 2009 folgt die Auswertung des Wahlergebnisses. Welche Personen die NPD in Zukunft in die kommunalen Körperschaften entsenden wird, soll im Anschluss betrachtet werden. Ein Vergleich der Ergebnisse dieser Kommunalwahlen mit den Wahlen 2004 und den Landtagswahlen 2006 soll dann helfen, den Erfolg der NPD einzuschätzen bevor ich zum Abschluss regionale Unterschiede suchen werde, die die NPD begünstigt haben könnten.

b) Ausgangslage

Die NPD trat 2009 das zweite Mal seit 2004 zu den Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern an. 2004 trat die Partei nur in wenigen Orten an, erlangte jedoch genug Stimmen, um mit Vertretern in die Kommunalparlamente von Anklam, Lübtheen, Stralsund und zweier Kreise einzuziehen. Ihren bisher größten Erfolg im Land verbuchten die

Rechtsextremen 2006 bei den Landtagswahlen, als sie 7,3 Prozent der Stimmen errangen und in Fraktionsstärke in den Landtag einzogen. Die Landtagsfraktion bildet seitdem den ideologischen und organisatorischen Kern der NPD in Mecklenburg-Vorpommern.¹ Die Personaldecke der Partei bleibt allerdings mit etwa 400 Mitgliedern recht dünn.² So übten viele Mitglieder der Fraktion neben ihrem Parteiamt zusätzliche Ämter in mehreren Kommunalparlamenten aus. Die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern zeigt die Effektivität der „Vier-Säulen-Strategie“ der NPD mit ihrer programmatischen Ausrichtung auf die neuen Bundesländer, der Kooperation mit nicht parteilich gebundenen („freien“) Neonazis und Kameradschaften sowie der Konzentration der Parteiresourcen auf einzelne Wahlgänge; um in Parlamente einzuziehen und in den Genuss der Wahlkampfperstaltung zu gelangen.³

Der Aufwärtstrend der NPD im Vorfeld der Kommunalwahlen wurde durch parteiinterne Machtkämpfe und Finanzschwierigkeiten der Bundespartei allerdings ausgebremst. In der Affäre um falsche Spendengelder und dem anschließenden Machtkampf zwischen „moderaten“ und „radikalen“ Kräften innerhalb der NPD konnte sich der langjährige Parteivorsitzende Voigt gegen die Angriffe aus dem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern behaupten (Brandstetter 2009). Da die NPD zudem im „Superwahljahr 2009“⁴ ihre knappen Mittel nicht auf alle für sie wichtigen Wahlkämpfe verteilen konnte oder wollte, ist zu vermuten, dass der Landesverband nur über relativ geringe Mittel für die Wahlwerbung verfügen konnte. Die Partei trat dennoch „flächendeckend“ an und stellte Kandidaten für zwölf von 18 Kreistagen bzw. Stadtvertretungen auf, und bewarb sich um Sitze in 30 Gemeindevertretungen. Alle Wahlvorschläge der NPD wurden von den jeweiligen Wahlausschüssen zugelassen. Die Bewerbung von Tino Müller auf das Amt des Bürgermeisters in Ferdinandshof wurde dagegen vom Wahlausschuss zurückgewiesen. Insgesamt trat die NPD mit 89 Personen zu den Wahlen an.

c) Wahlergebnis

Bei den Kommunalwahlen erhielt die NPD 60.956 Stimmen. Sie erreichte somit einen landesweiten Anteil von 3,2 Prozent aller zur Wahl der Kreistage abgegebenen Stimmen (Landeswahlleiter 2009: 19). Insgesamt erhielt die NPD 26 Sitze in Kreistagen des Landes.

1 Verfassungsschutz 2008: 106.

2 Verfassungsschutz 2008: 107.

3 Für Maßnahmen und Aktionen der NPD im Rahmen dieser Strategie vgl. Verfassungsschutz 2008: 108ff.

4 Mit der für die NPD äußerst wichtigen Landtagswahl in Sachsen.

Kreis	Prozent der abgegebenen Stimmen	Anzahl der Sitze
Uecker-Randow	9,1	4
Ostvorpommern	7,6	4
Ludwigslust	4,5	2
Parchim	3,6	2
Nordwestmecklenburg	3,3	2
Bad Doberan	3,2	2
Güstrow	3,2	2
Nordvorpommern	3,1	2
Stralsund	3,1	1
Rostock	3,0	2
Schwerin	2,8	1
Müritz	2,7	1
Neubrandenburg	2,7	1

Tabelle 1: Wahlergebnis der NPD bei den Kreistagswahlen 2009⁵

Berücksichtigt man nur jene Kreise, in denen die NPD tatsächlich mit Kandidaten antrat, so erreicht die Partei einen Stimmanteil von 4 Prozent. Ihr bestes Ergebnis erzielten die Rechtsextremen in den Landkreisen Ostvorpommern und Uecker-Randow. Zwar erreichte die Partei keine zweistelligen Ergebnisse, aber mit 7,6 Prozent (OVP) und 9,1 Prozent (UER) heben sich diese zwei Landkreise dennoch deutlich vom Rest des Landes ab. Auf Gemeindeebene treten noch deutlichere Unterschiede zutage: Hier erreichte die NPD ihr bestes Ergebnis in der Gemeinde Neuenkirchen mit über 20 Prozent der Stimmen. Demgegenüber scheiterte die Partei z.B. in der Gemeinde Krummin,⁶ wo sie keine Stimmen gewinnen konnte.

Die Ergebnisse der NPD innerhalb der Kreise schwanken also beträchtlich, allerdings auf unterschiedlichem Niveau. Dies veranschaulicht Tabelle 2 mit einer Übersicht der „Hochburgen“ der Partei.

5 Quelle: Landeswahlleiter.

6 Beide Gemeinden liegen im Kreis OVP.

Landtagswahl 2006			Kreistagswahlen 2009		
Ort	Kreis	NPD %	Ort	Kreis	NPD %
Postlow	OVP	38,2	Neuenkirchen	OVP	21,7
Blesewitz	OVP	32,2	Bargischow	OVP	21,4
Bargischow	OVP	31,6	Wilhelmsburg	OVP	20,8
Neu Kosenow	OVP	31,0	Ziethen	OVP	19,6
Neuenkirchen	OVP	30,1	Garz	OVP	18,1
Wilhelmsburg	UER	27,9	Postlow	OVP	17,2
Groß Krams	LWL	26,3	Koblentz	UER	17,0
Ziethen	OVP	25,4	Klein Bünzow	OVP	16,7
Nieden	UER	25,0	Blesewitz	OVP	16,0
Koblentz	UER	24,6	Bergholz	UER	16,0
Garz	OVP	24,2	Altwarps	UER	15,4
Papendorf	UER	23,1	Usedom, Stadt	OVP	14,9
Groß Luckow	UER	23,1	Löcknitz	UER	14,6
Leopoldshagen	UER	23,0	Luckow	UER	14,3
Schönwalde	UER	23,0	Pudagla	OVP	14,2
Bergholz	UER	22,5	Groß Krams	LWL	13,8

Tabelle 2: NPD-Hochburgen Landtagswahl 2006 und Kreistagswahlen 2009⁷

Tabelle 3 gibt einen Überblick zu den erwähnten Schwankungen. Sie liefert zwei Befunde. Erstens: Die NPD verfügt in jedem Kreis (in dem sie antrat) über eine lokale Basis. Dies zeigen die Maximalwerte für die einzelnen Kreise, die sehr deutlich über den Mittelwert hinausgehen.⁸ Zweitens: Die NPD ist in den Kreisen nur zum Teil verwurzelt. Die Ergebnisse streuen stark um den Mittelwert, wie Standardabweichung (Std. Deviation) und Spannweite (Range) der Werte in Tabelle 3 belegen. Allerdings zeigt eine Auswertung der Quartilwerte für die einzelnen Kreise, dass der Erfolg der NPD nicht allein auf vereinzelte

7 Quelle: Zusammenstellung Dr. Steffen Schoon.

8 Für Bad Doberan die Gemeinde Gnewitz, Güstrow die Gemeinde Lühburg, Ludwigslust die Gemeinde Groß Krams, im Müritz-Kreis die Gemeinde Groß Kelle, in Nordvorpommern Löbnitz, Wedendorf in Nordwestmecklenburg, Neuenkirchen und Bargischow in Ostvorpommern, im Kreis Parchim die Gemeinde Severitz und in Uecker-Randow die Gemeinde Wilhelmsburg.

„Hochburgen“ zurückgeführt werden kann, denn die Rechtsextremen konnten in nahezu jedem Landkreis in knapp 40 Prozent der Gemeinden überdurchschnittliche Ergebnisse⁹ erreichen. Die NPD ist also in der „Fläche“ präsent, wenngleich eine einheitlich „braune“ Wahllandschaft noch eine Vereinfachung darstellt.

Kreis	Gemeinden	Minimum	Maximum	Range	Mean	Std. Deviation	NPD-Ergebnis
Bad Doberan	58	0,6	8,4	7,8	3,412069	1,7666578	3,2
Güstrow	62	0,6	10,9	10,3	3,425806	1,8206408	3,2
Ludwigslust	89	0	13,8	13,8	4,529213	2,3792762	4,5
Müritz	61	0	11,2	11,2	3,067213	2,2056534	2,7
Nordvorpommern	63	0	7,4	7,4	3,385714	1,6978979	3,1
Nordwest-Mecklenburg	89	0	9,5	9,5	3,417978	1,833375	3,3
Ostvorpommern	91	0	21,7	21,7	8,195604	4,4122534	7,6
Parchim	74	0,6	10,9	10,3	4,001351	2,1169565	3,6
Uecker-Randow	54	0,2	20,8	20,6	9,275926	4,0174588	9,1
Kreisfreie Städte	4	2,7	3,1	0,4	2,9	0,18	
Gesamt	645	0	21,7	21,7	4,763411	3,4093898	3,2

Tabelle 3: Schwankungen der Wahlergebnisse der NPD innerhalb der Kreise¹⁰

Wie gesagt, unterscheiden sich die Landkreise weniger in den Verteilungen der Werte als in der Höhe der NPD-Ergebnisse. Die herausgehobene Stellung der Kreise OVP und UER ist somit zwar zu relativieren, die besondere Stellung der NPD im Osten des Bundeslandes (wo sich auch der mitgliederstärkste Kreisverband sowie eine aktive rechte Kameradschaftsszene finden) kann jedoch nicht bestritten werden. Von allen Gemeinden, in denen die NPD überdurchschnittliche¹¹ Ergebnisse erzielte, entfallen allein 50,6 Prozent auf diese beiden Landkreise.¹² Unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielte die NPD nur zu

- 9 Jeweils bezogen auf den Mittelwert des Landkreises ausgewiesen in Tabelle 1.
In einer landesweiten Auswertung liegen ebenfalls 40 Prozent der Gemeinden über dem Landesschnitt, fast 50 Prozent über dem amtlichen Gesamtergebnis.
- 10 In den Kreisen Rügen, Demmin und Mecklenburg-Strelitz trat die NPD nicht an.
In den kreisfreien Städten Greifswald und Wismar trat die NPD nicht an.
- 11 Bezogen auf den Landesdurchschnitt.
- 12 Auf den Landkreis Ludwigslust entfallen weitere 14,2 Prozent dieser Fälle.

6,6 Prozent in den Gemeinden dieser Landkreise. In Wilhelmsburg im UER-Kreis ging die NPD mit einem Vorsprung von 0,8 Prozent vor der CDU als stärkste Kraft aus dem Wahlgang hervor. Wilhelmsburg ist zwar ein Einzelfall, deutet jedoch zusammen mit den restlichen Befunden auf einen für die NPD günstigen Gesamttrend hin. Dieser Trend ist in allen Landkreisen in den Daten beobachtbar und weist auf eine solide Wählerbasis für die NPD im Land Mecklenburg-Vorpommern hin. Die am Ende erzielten 3,2 Prozent mögen in ihrer absoluten Höhe die Erwartungen der NPD-Führung enttäuscht haben, dennoch konnte die Partei die Zahl ihrer Mandate in den Kreistagen von sieben im Jahr 2004 auf 26 im Jahr 2009 steigern.

Die rechtsextreme Partei bleibt allerdings eine kleine Partei im Land. Mit 26 Mandatsträgern besitzt die NPD gerade einmal ein Zehntel des Stimmengewichtes der CDU (278) und auch deutlich weniger Mandate als die Grünen (41). Wenig überraschend entspricht der Anteil der NPD an den Mandaten dem Wahlergebnis mit rund 3 Prozent aller Sitze in den Kreistagen. Außer in OVP und UER gewinnt die Partei nirgends mehr als zwei Sitze, in OVP und UER jeweils vier. Bis auf eine Ausnahme¹³ verfügt die NPD somit über weniger Stimmen als die „sonstigen“ Parteien und Einzelbewerber.

Neben den Wahlen zu den Kreistagen wurden die Gemeindevertretungen im Land neu gewählt. Die NPD stellte Kandidaten in 30 Gemeinden zur Wahl und konnte in den meisten Kommunalparlamenten mindestens einen Sitz erringen. Ausnahmen waren Semlow in Nordvorpommern und Demen in Parchim. Es kann kaum überraschen, dass die überwiegende Zahl der Gemeinden in den Kreisen UER und OVP liegt. Hinzu kommen einige Gemeinden im Kreis Ludwigslust, der als westliche „Hochburg“ der NPD gelten kann. Im Mittel erreichte die Partei 5,6 Prozent, wobei sie ihr schlechtestes Ergebnis mit 1,8 Prozent in Waren (Müritz) einfuhr, ihr bestes Ergebnis (14,3 Prozent) in Klein Bünzow (OVP). Das Fehlen einer Prozenzhürde begünstigte die NPD in mehreren Fällen. So errang die Partei in sieben Fällen einen Sitz in der Kommunalvertretung ohne die Fünf-Prozent-Marke zu erreichen. Besonders eklatant ist hier die Gemeinde Waren, wo die Partei trotz eines geringen Stimmenanteils von 1,8 Prozent einen Vertreter entsenden kann. Insgesamt ist die NPD auf Gemeindeebene in 25 Vertretungen präsent, wenngleich zumeist nur mit einem einzelnen Vertreter. Tabelle 4 listet die Ergebnisse zusammenfassend auf.

Kreisname	Gemeindename	NPD-Kandidaten	Ergebnis in %	Sitze NPD
Bad Doberan	Bad Doberan	4	5,6	2
Güstrow	Güstrow	1	3,2	1
Ludwigslust	Ludwigslust	1	2,7	1
Ludwigslust	Boizenburg/Elbe	2	4,0	1

13 Parchim.

Kreisname	Gemeindenname	NPD-Kandidaten	Ergebnis in %	Sitze NPD
Ludwigslust	Teldau	2	6,0	0
Ludwigslust	Wittenburg	2	4,4	1
Ludwigslust	Lübtheen	5	11,3	2
Mecklenburg-Strelitz	Neustrelitz	1	4,5	1
Mecklenburg-Strelitz	Friedland	2	7,8	1
Müritz	Waren (Müritz)	5	1,8	1
Nordvorpommern	Grimmen	1	3,1	1
Nordvorpommern	Semlow	1	3,4	0
Nordwestmecklenburg	Neukloster	1	3,5	1
Ostvorpommern	Lassan	1	7,2	1
Ostvorpommern	Boldekow	1	7,0	0
Ostvorpommern	Klein Bünzow	1	14,3	1
Ostvorpommern	Wolgast	2	5,2	1
Ostvorpommern	Usedom	2	13,3	2
Ostvorpommern	Anklam	3	7,9	2
Ostvorpommern	Seebad Heringsdorf	3	7,7	2
Parchim	Demmen	1	1,7	0
Parchim	Dabel	1	5,9	1
Parchim	Lübz	2	4,1	1
Parchim	Sternberg	2	4,5	1
Uecker-Randow	Eggesin	1	8,0	1
Uecker-Randow	Pasewalk	1	5,9	1
Uecker-Randow	Ferdinandshof	1	9,1	1
Uecker-Randow	Viereck	1	11,7	1
Uecker-Randow	Ueckermünde	3	12,1	3
Uecker-Randow	Löcknitz	7	13,7	2

Tabelle 4: Ergebnisse der Gemeindewahlen mit NPD-Beteiligung

Die Ergebnisse der Kommunalwahl zeigen, dass die NPD in Mecklenburg-Vorpommern trotz der eigenen Propaganda und der medialen Aufmerksamkeit eine kleine Partei bleibt,

allerdings unter Berücksichtigung einiger starker lokaler Enklaven, in denen die Partei auch zweistellige Ergebnisse erzielen kann. Dennoch, die Rechtsextremen bleiben in diesem Wahlgang deutlich hinter der Fünf-Prozent-Grenze und wohl auch hinter den eigenen Erwartungen zurück. Ob und inwieweit es sich bei diesem Wahlgang um einen Erfolg der NPD handelt, wird der Vergleich mit den Ergebnissen der vorhergehenden Wahlgänge von 2004, 2005 und 2006 zeigen. Es lässt sich jedoch bereits feststellen, dass sich die Aufstellung einer relativ großen Zahl von Kandidaten für die NPD ausgezahlt hat, da sie in fast jede der möglichen Kommunalkammern mindestens einen Vertreter entsenden kann. Dort allerdings bleibt die Partei eine Randgruppe und angesichts der schlechten kommunalpolitischen „Performance“ der NPD in der Vergangenheit (vgl. Beier et al. 2006) ist eine aktive Rolle der Partei in diesen Gremien nicht zu erwarten.

d) Ergebnisse im Vergleich

Bisher haben wir das Wahlergebnis nur „an sich“ betrachtet, ohne den Kontext der vorhergehenden Wahlgänge und der früheren NPD-Erfolge zu berücksichtigen. Da die NPD jedoch seit 2004 regelmäßig an allen Wahlen im Land teilgenommen hat, sollte das Wahlergebnis der Kommunalwahl hinsichtlich der bisherigen Entwicklung der NPD in den Blick gerückt werden. Es geht um die Frage, ob die Kommunalwahl einen Erfolg für die NPD darstellt und woran dieser beurteilt werden kann.

Seit 2004 trat die NPD in MV bei drei nationalen Wahlgängen an – einer Kommunalwahl (2004), einer Landtagswahl (2006) und einer Bundestagswahl (2005). Zudem bewarb sich die Partei bei den Europawahlen 2004, welche parallel zu den Kommunalwahlen abgehalten wurden. Leider stehen umfangreiche Datensammlungen für die Gemeindeebene nur für die Landtagswahlen 2006 und die Kommunalwahlen 2009 zur Verfügung.¹⁴ Zudem kann ein Vergleich zwischen den Kommunalwahlgängen nur anhand der wenigen Fälle durchgeführt werden, in denen die NPD 2004 antrat. Die Abbildung eines übergreifenden Trends kann somit seit 2002 nur auf Landes- bzw. mit Abstrichen auf der Kreisebene durchgeführt werden. Im Detail können nur Veränderungen zwischen der Landtagswahl 2006 und der Kommunalwahl 2009 nachvollzogen werden, deren Interpretation durch

14 Für die Bundestagswahlen 2005 stellt das statistische Landesamt einen interaktiven Atlas der Gemeinden zur Verfügung. Die Auswertung dieses Atlas' stellt allerdings einen zu großen Aufwand für diese Analyse dar; die Abfrage dieser Daten beim Landesamt wäre mit zu hohen Kosten verbunden. Daten auf Kreisebene müssten aus diesen Daten kompiliert werden und sind daher auch nicht möglich. Für die Europawahlen 2004 stehen Daten bis zur Kreisebene zur Verfügung.

unterschiedliche Wahlverfahren, verschiedene Wahlvoraussetzungen und den abweichenden „Rang“ dieser Wahlgänge zusätzlich erschwert wird. Wenn wir nun im Folgenden von der Landesebene auf die Gemeindeebene hinabsteigen, um den Wahlerfolg der NPD zu beurteilen, wird dies leider auf Grundlage beschränkter Daten geschehen müssen. Eine Zusammenschau der Ergebnisse der NPD bei den verschiedenen Wahlgängen liefert für die Landesebene folgendes Bild:

	Stimmen (absolut) *	Stimmanteil der NPD in %
Landtagswahlen 2002	7.718	0,80
Kommunalwahlen 2004	15.225	0,80
Europawahlen 2004	10.434	1,70
Bundestagswahlen 2005	34.747	3,50
Landtagswahlen 2006	59.845	7,30
Kommunalwahlen 2009	60.956	3,20

Tabelle 5: Wahlergebnisse der NPD seit 2002 – Landesebene

* Für Landtags- und Bundestagswahlen die Zahl der Zweitstimmen, für Kommunalwahlen die Zahl aller Stimmen zur Wahl der Kreistage, für die Europawahlen alle Stimmen. Die absoluten Zahlen sind unter unterschiedlichen Wahlgängen also nicht vergleichbar.

Der Abfall der NPD von ihrem absoluten Hoch bei den Landtagswahlen 2006 auf das Niveau des Jahres 2005 ist hier augenscheinlich. Zwei Effekte spielen allerdings eine Rolle: zum ersten die geringere „Bedeutung“ der Kommunalwahlen, welche sich in einer deutlich geringeren Wahlbeteiligung ausdrückt. Zum zweiten trat die NPD bei den Kommunalwahlen zwar „flächendeckend“ an, aber eben nicht überall, was das Wahlergebnis weiter mindert. Es ist leider nicht möglich, rechnerisch festzustellen, wie hoch das NPD-Ergebnis ausgefallen wäre, wenn die Partei auch in den Kreisen Demmin, Mecklenburg-Strelitz und Rügen Kandidaten aufgestellt hätte. Es ist jedoch ausgeschlossen, dass die NPD ihr Ergebnis hätte substantiell steigern können.

Betrachten wir die absoluten Stimmzahlen, so ist zu erkennen, dass die NPD bei den Kommunalwahlen etwa ebenso viele Stimmen wie bei den Landtagswahlen erreichte. Da jeder Wähler bei den Kommunalwahlen drei Stimmen abgeben konnte, hätte die NPD 20.000 bis 40.000 zusätzliche Wähler in diesen Kreisen mobilisieren müssen, um 60.000 bis 80.000 zusätzliche Stimmen zu generieren. Legen wir diese Zahlen auf die Größe des Elektorates um, ergeben sich Zustimmungsraten von 7 bis knapp 15 Prozent, utopische Voraussetzungen

angesichts der Ergebnisse aus den anderen Kreisen (bestes Ergebnis UER 9,1 Prozent) und der schwachen lokalen Verankerung und Präsenz der NPD in diesen Regionen.¹⁵

Auch die Daten der einzelnen Kreise zeigen, dass die NPD gegenüber der Landtagswahl 2006 deutlich an Stimmen verloren hat. Tabelle 6 listet die Ergebnisse, soweit die NPD an den Wahlgängen beteiligt war, auf. Die prozentualen Ergebnisse der NPD spiegeln die Entwicklung auf Landesebene seit 2004 wieder. Die NPD konnte in den verschiedenen Jahrgängen ihr Ergebnis sukzessive steigern bis zum Höhepunkt der Landtagswahlen 2006. Gegenüber diesem Wahlgang verlor die Partei in den Kommunalwahlen 2004 massiv Prozente. In fast allen Landkreisen verlor die NPD um nahezu die Hälfte. In den Hochburgen der rechtsextremen Partei UER, OVP und LWL waren die Stimmverluste etwas geringer. Genau beziffern lässt sich der Rückgang nicht, denn die Landtagswahl und die Kommunalwahl unterscheiden sich in zu vielen Punkten des Wahlvorganges. Es kann nur vermutet werden, wie groß die Verluste der NPD in absoluten Zahlen sein könnten.

		Landtags- wahlen 2002	Kommunal- wahl 2004	Europawahl 2004	Landtags- wahlen 2006	Kommun- alwahl 2009
Bad Doberan	Stimmen absolut	478	x	524	3.686	4.909
	Anteil NPD	0,70	x	1,15	6,36	3,2
Güstrow	Stimmen absolut	357	x	461	3.573	5.701
	Anteil NPD	0,60	x	1,25	7,86	3,2
Ludwigs- lust	Stimmen absolut	756	5.373	1.611	5.030	6.968
	Anteil NPD	1,02	3,4	3,14	8,16	4,5
Müritz	Stimmen absolut	201*	2.090	737	2.162	2.103
	Anteil NPD	0,63	2,6	2,83	6,93	2,7
Nordvor- pommern	Stimmen absolut	663 *	x	644	3.405	3.854
	Anteil NPD	1,01	x	1,52	6,93	3,1
Nordwest- mecklen- burg	Stimmen absolut	348	x	573	3.225	4.784

15 Bei der Landtagswahl 2006 erreichte die NPD in diesen Kreisen 11.280 Stimmen.

		Landtags- wahlen 2002	Kommunal- wahl 2004	Europawahl 2004	Landtags- wahlen 2006	Kommu- nalswahl 2009
	Anteil NPD	0,53	x	1,31	6,24	3,3
Ostvorpom- mern	Stimmen absolut	897	5.458	1.448	5.903	9.913
	Anteil NPD	1,47	4,2	3,43	12,45	7,6
Parchim	Stimmen absolut	273	x	425	3.356	4.276
	Anteil NPD	0,45	x	1,07	7,21	3,6
Uecker- Randow	Stimmen absolut	787	x	660	4.939	8.108
	Anteil NPD	1,75	x	2,22	14,48	9,1
Kreisfreie Städte	Stimmen absolut	1.742	2.304 ***	2.151	13.981	12.656 ****
	Anteil NPD	0,6	3,91	1,39	5,57	2,94

Tabelle 6: Wahlergebnisse der NPD seit 2002 – Kreisebene

* Wahlkreisverschieden vom Landkreis, teile des Landkreises Müritz gehören zu Wahlkreisen von Mecklenburg/Neustrelitz / ** Wahlkreis verschieden vom Landkreis, umfasst einen Teil der Hansestadt Stralsund / *** Kategorie umfasst nur die Hansestadt Stralsund / **** Kategorie umfasst nur die Städte Stralsund, Neubrandenburg, Rostock und Schwerin.

Ich schätze daher einen relativen Indikator auf Grundlage der gewonnenen Stimmen. Hierfür setze ich die Stimmen der Kommunalwahl zu den Stimmen der Landtagswahl ins Verhältnis. Diese Maßzahl lässt sich dann auf eine bestimmte Zahl vergebener Stimmen umrechnen¹⁶ und gibt einen prozentualen Erfolg in Hinblick auf eine vorhergehende Wahl an.¹⁷ Eine genauere Annäherung ist nicht möglich, da die Anzahl der Stimmen je Wähler in den beiden Wahlgängen unterschiedlich und bei den Kommunalwahlen zudem variabel ausfällt. Es werden daher Ober- und Untergrenzen für drei bzw. zwei Stimmen je Wähler

16 Dieser Faktor kann theoretisch oder empirisch bestimmt werden um Maximal, Durchschnitts- oder Minimalwerte zu berechnen.

17 0 entspricht dem vollständigen Verlust aller Stimmen der vorherigen Wahl, 1 einen vollständigen Erhalt der Wähler, Werte zwischen 0 und 1 zeigen einen Verlust in der Wählergunst an, Werte über 1 eine Steigerung der Stimmenzahl.

angegeben. Diese Maßzahlen sind lediglich Indizien und werden hier nur aufgrund der eingeschränkten Möglichkeiten vorgeschlagen. Sie sind vor allem anfällig für Stimmen-splitting, liefern keine Anhaltspunkte für die Ursachen von Wahlerfolg oder Misserfolg und unterscheiden auch nicht zwischen Nicht-Wahl und Alternativwahl.

Für die NPD ergeben sich Maßzahlen zwischen 0,34 (MUE) und 0,57 (OVP) für drei abgegebene Stimmen je NPD-Wähler¹⁸ und 0,5 (MUE) und 0,85 (OVP) für zwei abgegebene Stimmen je NPD-Wähler. Der reale Verlust der NPD liegt vermutlich zwischen diesen Werten. Sie zeigen trotz einer unsicheren Schätzung deutlich, dass die NPD gegenüber der Landtagswahl landesweit Wähler verloren hat. Eine Wiederholung dieser Schätzung auf Gemeindeebene zeigt kein gänzlich verändertes Bild. Zwar kann die NPD in etwa 33 Gemeinden¹⁹ ihre Wählerzahl gegenüber der Landtagswahl 2006 in etwa halten oder sogar steigern, im Rest des Landes verliert die Partei aber weiter deutlich. Es ist daher festzuhalten, dass sich das Hoch der NPD seit der Landtagswahl 2006 verflüchtigt und die Partei auf das Niveau der Bundestagswahlen 2005 zurückgefallen ist.

Die Gründe für diese Entwicklung können nur vermutet werden, denn die Daten liefern keine Anhaltspunkte. Möglich sind sowohl zunehmende Ablehnung der Partei, die geringe Wahlbeteiligung, die verstärkte Konkurrenz durch weitere Kleinparteien mit lokalem Profil oder das geringe „Protestwahl“-Potential von Kommunalwahlen. Dennoch zeigen Ergebnis und Vergleich der verschiedenen Wahlgänge, dass die NPD bei den Kommunalwahlen 2009 ein stabiles Fundament von Wählern in der Größenordnung von landesweit etwa 3 Prozent aktivieren konnte. Dieses Potential ist seit 2005 dauerhaft für die rechtsextreme Partei verfügbar. Eine reine Protestwahl gegen die etablierten Parteien erscheint eher unwahrscheinlich. Bereits 2004 konnten die Rechtsextremen ein begrenztes Wählerpotential aktivieren und in mehrere Gemeinde- und Stadtvertretungen einziehen: in die Kreistage Ostvorpommerns, des Kreises Ludwigslust sowie des Kreises Müritz, die Stadtvertretungen von Anklam und Stralsund und die Gemeindevertretungen von Teldau. Bis auf die Gemeinde Züssow²⁰ trat die NPD 2009 erneut an. Der Vergleich der Ergebnisse zeigt für die rechtsextreme Partei durchwachsene Ergebnisse. In Ostvorpommern konnte die NPD ihren Stimmanteil und ihre Sitze im Kreistag verdoppeln, in Stralsund dagegen verlor die Partei an Stimmen und einen Sitz. In Zahlen konnte die NPD in zwei Fällen ihren Stimmanteil steigern, in zwei Fällen stagnierte sie und in drei Fällen musste sie Stimmverluste hinnehmen. Im Saldo gewann die Partei in diesen Kommunalparlamenten einen Sitz hinzu.

18 Dies entspricht dem minimalen Erfolg oder maximalen Misserfolg. Falls jeder NPD-Wähler der Partei drei Stimmen gab, verlor sie im Landkreis Müritz fast 70 Prozent ihrer Wähler.

19 Von 645 Fällen.

20 Hier errang die NPD 2004 keinen Sitz in der Gemeindevertretung.

	Stimmen 2004	Anteil in Prozent	Sitze	Stimmen 2009	Anteil in Prozent	Sitze
Kreistag OVP	5.458	4,2	2	9.913	7,6	4
Kreistag Müritz	2.090	2,6	1	2.103	2,7	1
Kreistag LWL	5.367	3,4	2	6.968	4,5	2
Bürgerschaft Stralsund	2.304	3,9	2	1.762	3,1	1
Stadtvertretung Ludwigslust	477	3,6	1	394	2,7	1
Stadtvertretung Anklam	1.133	8	1	1.140	7,9	2
Gemeindevertretung Teldau	73	7,6	1		6	0 *
Gemeindevertretung Züssow	19	1,1	0	x	x	x

Tabelle 7: Kommunalwahlergebnisse der NPD 2004 und 2009²¹

* Laut SVZ hat die NPD beim Wahlausschuss der Gemeinde Teldau Einspruch gegen das Ergebnis der Auszählung eingelegt. Der Wahlausschuss empfahl nach Angaben der Zeitung die Neuberechnung der Sitze. Die aktuelle Webseite enthält allerdings keinen Hinweis auf NPD-Mitglieder in der Gemeindevertretung. Auch die Webseite der NPD gibt keine weiteren Informationen.

Unser Vergleich der Kommunalwahlen 2009 mit den vorhergehenden Wahlgängen zeigt, dass der Erfolg der NPD 2006 einen außergewöhnlichen Höhenflug der Rechtsextremen darstellte. In den Kommunalwahlen 2009 fiel die NPD von den Spitzenwerten des Jahres 2006 auf das Niveau der Bundestagswahlen 2005.

Je nachdem, welche Perspektive eingenommen wird, fallen die Bewertungen des Ergebnisses somit höchst unterschiedlich aus. Gegenüber den Kommunalwahlen 2004 konnte die NPD sowohl ihr Landesergebnis als auch die Zahl der Mandate massiv steigern, zweifellos ein politischer Erfolg. Die wenigen Daten, die wir mit 2004 vergleichen konnten, zeigen jedoch, dass sich das kommunalpolitische Engagement für die NPD bisher nicht in Wählerstimmen auszahlt. Andere Faktoren scheinen wichtiger. Der Vergleich mit den Daten von 2005 zeigt eine Stagnation des rechtsextremen Stimmpotentials auf dem bescheidenen Niveau von etwa 3 Prozent. Hierbei sind jedoch die großen regionalen Schwankungen zu berücksichtigen. Insbesondere in den Landkreisen OVP und UER hat die NPD, gestützt auf aktive Partei- und Unterstützerstrukturen, ein wesentlich größeres lokalpolitisches Gewicht und Potential, als es der Landestrend vermuten lässt. In diesen Landkreisen lässt sich auf Gemeindeebene eine Zunahme des rechtsextremen Wählerpotentials auch gegenüber der Bundestagswahl 2005 beobachten. Nimmt man die Ergebnisse der Landtagswahlen

2006 zum Maßstab, so muss die Kommunalwahl 2009 als ein Fehlschlag für die NPD gewertet werden. Ein Stimmverlust von 20 bis 50 Prozent sowie ein deutliches Verfehlen der Fünf-Prozent-Marke, sowohl auf Landesebene wie auch in einer Vielzahl von Gemeinden, muss der Partei Kopfzerbrechen in Hinblick auf die nächsten Wahlgänge bereiten.

e) Personen

Wer wird die NPD in Zukunft kommunal vertreten? Der Anspruch der NPD, bei diesen Kommunalwahlen „flächendeckend“ anzutreten, führte zur Nominierung bisher politisch unbekannter Parteigänger neben den bekannten Parteigrößen der Landes- und der Kommunalebene. Nach der Wahl ergaben sich jedoch einige Verschiebungen aufgrund parteiinterner Entscheidungen. Am meisten Aufsehen erregten – auch innerhalb des rechtsextremen Lagers – die Rücktritte von Franziska Vorpahl und Marianne Pastörs. Beide legten ihr Mandat zugunsten eines prominenten Parteikaders nieder. So rückte für Frau Vorpahl David Petereit in die Rostocker Bürgerschaft auf, Frau Pastörs' Sitz im Kreistag Ludwigslust nimmt nun der Parteivorsitzende der NPD MV Stefan Köster ein. Köster sitzt nun als alleiniger Vertreter der NPD in diesem Gremium, nachdem Torgai Klingebiel sein Mandat nicht mehr ausübt.²²

Tabelle 8 fasst die verfügbaren Informationen hierzu zusammen. Die Vertreter der NPD lassen sich grob in zwei Gruppen einteilen: „Etablierte“ und „Newcomer“. Etablierte NPD-Kader haben bereits parlamentarische Erfahrung oder sind als Mitarbeiter der NPD-Fraktion bekannt. Über die Newcomer dagegen war bisher wenig zu erfahren. Die Newcomer stellen die größere Gruppe – kein Wunder, bedenkt man den geringen Wirkungskreis der NPD bis zu den Landtagswahlen 2006. Dennoch besetzen die Etablierten die wichtigen Mandate (wie auch die vorderen Listenplätze) in den Hochburgen der NPD, z.B. in den Kreistagen von Uecker-Randow und Ostvorpommern. Die Newcomer verteilen sich dagegen auf nachrangige Posten in den Gemeindevertretungen oder den Kreistagen außerhalb der großen Kreisverbände. Für die Kreistagsmitglieder ist zudem eine Tendenz zur Ämterhäufung erkennbar. So übt z.B. Michael Andrejewski Mandate sowohl in der Stadtvertretung Anklam, im Kreistag Uecker-Randow und im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern aus. Das gleiche gilt für Tino Müller oder Michael Gielnik, aber auch für Newcomer wie Dirk Susemihl im Kreis Bad Doberan. Die NPD-Politiker sind in ihrer überwiegenden Mehrheit männlich. Weiter fällt das relativ geringe Durchschnittsalter der NPD-Vertreter auf. Der Durchschnitt liegt bei 34,84 Jahren, noch verzerrt durch deutlich ältere Parteimitglieder wie Klaus Bärthels (71), Doris Zutt (54) oder Michael Andrejew-

22 Grund und Zeitpunkt dieses Ausscheidens sind unbekannt.

ski (50). Die meisten gaben einen (handwerklichen) Ausbildungsberuf als Beruf an und stammen aus Mecklenburg-Vorpommern. Dies gilt insbesondere für die Newcomer. Einschränkung ist hier der Landkreis Ludwigslust zu nennen, wo die meisten NPD-Kader aus dem Westen zugezogen sind.

Name	Geburtsjahr/-ort	Beruf	Gewählt für Kreistag	Gewählt für Gemeindevertretung
Susemihl, Dirk (N)	1969/Rostock	Koch	BDR	Bad Doberan
Bethke, Dirk (N)	1974/Kühlungsborn	Koch	BDR	Bad Doberan
Kloß, Sebastian (N)	1981/Güstrow	Fleischer	GÜ	Güstrow
Wietzke, Marko (N)	1982/Teterow	Elektroinstallateur	GÜ	
Klingebiel, Torgai (E)	1973/Hildesheim	Malermeister	LWL	
Theißen, Andreas (E)	1972/Berlin	Zimmermann		Lübtheen
Stanke, Rainer (N)	1972/Schwerin	Anlagenreiniger		Wittenburg (gewählt, Mandat nicht wahrgenommen)
Resesky, Ramon	1975/Hamburg	Sanitäter		Wittenburg (nimmt Mandat ersatzweise für Rainer Stanke wahr)
Pastörs, Marianne (N)	1953/Heinsberg	Hausfrau	LWL (gewählt, Mandat nicht wahrgenommen)	Lübtheen
Köster, Stefan (E)	1973/Dortmund	Betriebswirt (VWA)	LWL (nimmt Mandat ersatzweise für Marianne Pastörs wahr)	
Bärthel, Klaus (N)	1938/Hamburg	Rentner		Ludwigslust
Kohlke, Maik (N)	1979/Hagenow	Fachkraft für Lagerwirtschaft		Boizenburg
Zutt, Doris (N)	1955/Hanau	Altenpflegerin	MÜR	Waren (Müritz)
Blasewitz, Jens (N)	1974/Neubrandenburg	Metallbauer	NB	

4. Das Wahlergebnis der NPD

Name	Geburtsjahr/-ort	Beruf	Gewählt für Kreistag	Gewählt für Gemeindevertretung
Borrmann, Raimund (N)	1960/Rostock-Warnemünde	Koch	NVP	Grimmen
Zamzow, Herbert (N)	1955/Barth	Schlosser	NVP	
Böttcher, David (E)	1982/k.A.	Maler und Lackierer	NWM (gewählt, Mandat nicht wahrgenommen)	
Streif, Tino (N)	1982/k.A.	Student	NWM (nimmt das Mandat ersatzweise für David Böttcher wahr)	
Krüger, Sven (N)	1974/k.A.	Bauunternehmer	NWM	
Koppnow, Markus (N)	1984/Wismar	Metallbauer		Neukloster
Andrejewski, Michael (E)	1959/Baden-Baden	Rechtsanwalt	OVP	Anklam
Gielnik, Michael (E)	1983/Haldensleben	Kfz-Mechaniker	OVP	Heringsdorf
Wendt, Alexander (E)	1979/Anklam	Maler und Lackierer	OVP	Klein Bünzow
Hamisch, Enrico (E)	1974/Wolgast	Angestellter		Heringsdorf
Pflugradt, Enriko (N)	1980/Karlsburg	Dachdecker		Anklam
Erdmann, Kai (N)	1981/Wolgast	Maler	OVP	Usedom
Ohm, Daniel (N)	1983/Wolgast	Maler		Usedom
Suhr, Stefan (N)	1979/Wismar	Heizung-/Lüftungsbauer	PCH	Dabel
Kohnert, Mandy (N)	1983/Wismar	Studentin (Bauingenieur)	PCH (gewählt, Mandat nicht wahrgenommen)	
Grünzig, Christian	1982/Lübz	Zimmermann	PCH (nimmt Mandat von Mandy Kohnert wahr)	Lübz
Jaugitz, Gildo (N)	1974/Parchim	Straßenbauer		Sternberg
Lissow Birger (E)	1975/Rostock	NPD-Landtagsabgeordneter (Energieelektroniker)	HRO	

Name	Geburtsjahr/-ort	Beruf	Gewählt für Kreistag	Gewählt für Gemeindevertretung
Vorpahl, Franziska (N)	1988/Rostock	Sekretärin der Landtagsfraktion	HRO (gewählt, Mandat nicht wahrgenommen)	
Petereit, David	1981/Rochlitz	Mitarbeiter der Landtagsfraktion (Rechtsanwaltsfachangestellter)	HRO (nimmt Mandat ersatzweise für Franziska Vorpahl wahr)	
Wulf, Bernd (N)	1961/Schwerin	Mechatroniker	SN	
Ahrendt, Dirk (E)	1976/Stralsund	Konstruktionsmechaniker	HST	
Müller, Tino (E)	1978/UECKERMÜNDE	Maurer	UER	Ferdinandshof
Müller, Marko (N)	1982/UECKERMÜNDE	Kfz-Mechaniker	UER	UECKERMÜNDE
Neumann, Markus (N)	1983/UECKERMÜNDE	Kfz-Mechaniker	UER	UECKERMÜNDE
Krähenbrink, Heiko (N)	1961/Torgelow	Dreher		Viereck
Bahlmann, Dirk (N)	1968/Pasewalk	Maurer	UER	Löcknitz
Belz, Kristian (N)	1978/Pasewalk	Industrie Kaufmann		Pasewalk
Panhey, Mathias (N)	1987/UECKERMÜNDE	Chemielaborant		Eggesin
Gerth, André (N)	1980/Schlema	Hochbaufacharbeiter		UECKERMÜNDE
Grage, Mathias (N)	1978/Pritzwalk	Tischler		Friedland
Zimmermann, Marko (N)	1985/k.A.	Kaufmann		Neustrelitz
Hilse, Christian (N)	1981/Wolgast	Trockenbau-monteur		Lassan
Deichen, Christian (N)	1982/Wolgast	Unternehmer		Wolgast
Mante, Daniel (N)	1975/Schwedt	Dachdecker		Löcknitz

Tabelle 8: Kommunalparlamentarier der NPD

f) Regionen

In der Auswertung der Ergebnisse der Kommunalwahlen 2009 haben wir zum Teil erhebliche regionale Unterschiede im Wahlergebnis der NPD feststellen können. Mecklenburg-Vorpommern lässt sich grob in Hochburgen der NPD im Osten mit Abstrichen im Westen mit dem Landkreis Ludwigslust und Regionen schwacher Präsenz in der Landesmitte unterteilen. Dies verdeckt allerdings den Befund, dass sich in allen relevanten Landkreisen Gemeinden mit einer hohen Zustimmung für die NPD finden lassen. In diesem letzten Kapitel soll nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen diesen Regionen gefragt werden.

Die Wahlforschung beschäftigt sich im Allgemeinen mit dem einzelnen Wähler, seinen Motiven, Einstellungen und natürlich seiner Wahlentscheidung. Die Wahl einer rechts- oder linksextremen Partei wird dabei meist als Abweichung von einer Normwahl angenommen und Erklärungen werden eher außerhalb der etablierten Theoriemuster der Wahlforschung gesucht.²³ Dülmer/Ohr (2008) sowie Arzheimer/Carter (2006) haben jedoch bereits darauf hingewiesen, dass neben der Konzentration auf den einzelnen Wähler dessen Kontext sowohl in sozialer wie auch politisch-situativer Hinsicht berücksichtigt werden muss. Da uns hier schlichtweg die Individualdaten fehlen, werden wir in diesem Abschnitt nur mit Kontextvariablen arbeiten.

Da hier der Raum für ausführliche theoretische Vor- und Nachbereitung der Analyse fehlt, formulieren wir eine möglichst einfache Frage, an der sich unsere Untersuchung ausrichten wird: Unterscheidet sich die Gruppe der Gemeinden mit überdurchschnittlichem Wahlerfolg der NPD in den gewählten Kategorien von jenen mit unterdurchschnittlichem Abschneiden der rechtsextremen Partei?

Die zu prüfenden Strukturmerkmale der Gemeinden entnehmen wir der Forschungsliteratur zum Thema Rechtsextremismus. Leider gibt es keine einheitliche Theorie zur Extremwahl (Neu 2009: 13). Viola Neu kommt in ihrer Analyse von Extremwahlverhalten zu dem Schluss, dass vor allem Protestwahl infolge sozialer Unzufriedenheit die Wahl (rechts) extremer Parteien begünstige (Neu 2006: 14/15, 29 und 75). Mit Arzheimer einig ist sie sich in Hinblick auf eine durchaus ideologisch bestimmte Wahlentscheidung (Arzheimer 2008: 28). Dieser weist an anderer Stelle aber auch auf den Einfluss des Wahl- und Parteiensystems hin (Arzheimer/Carter 2006: 20). Bergsdorf dagegen sieht den Vorteil der NPD in ihrer Kooperation mit den „freien“ Kräften der rechten Szene (Bergsdorf 2009), während Linden vor allem die Schwäche der Volksparteien und die Politikverflechtung

23 Als „Theorien“ der Wahlforschung können das sozialpsychologische Modell von Angus Campbell, der Cleavage-Ansatz von Stein Rokkan und Seymour Lipset und das Rational Choice Theorem von Lazarsfeld angesehen werden. Vgl. Neu 2009: 11f.

von Landes- und Bundespolitik als Ursache ausmacht (Linden 2007). Fassen wir die Argumente der einzelnen Autoren zusammen, so ergeben sich vier Bündel von Einflussfaktoren:

1. sozial-ökonomische Faktoren
2. kulturelle Faktoren
3. politische Faktoren
4. elektorale Faktoren.

Sozial-ökonomische Faktoren sollen den ökonomischen Wohlstand, aber auch Lebenssituationen reflektieren, in denen Wähler in größerer Zahl zur Extremwahl neigen. Kulturelle Faktoren beziehen sich vor allem auf die Konzepte der politischen Kultur, wie sie von Fuchs oder Lipset entwickelt und vorgestellt wurden. Sowohl die politischen als auch die elektoralen Faktoren lehnen sich an das Konzept der „opportunity structures“ von Kitschelt an, welches auf der Überlegung aufbaut, dass soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit nicht sofort zur Extremwahl führen, sondern extreme Parteien nur unter besonderen Umständen Erfolge feiern können (Arzheimer/Carter 2006). Die politischen Faktoren sollen dabei die relative Stärke dieser Parteien im vorpolitischen Raum und im Gegensatz zu anderen gesellschaftlichen Akteuren erfassen, die elektoralen Faktoren reflektieren Besonderheiten des Wahlsystems und des Wahlganges, die einen Einfluss auf den Erfolg der NPD gehabt haben mögen. Die folgende Übersicht listet die hier beachteten Variablen auf:²⁴

1. sozial-ökonomische Faktoren:
 - *Arbeitslosigkeit / Hartz IV – Anteil / Jugendanteil*
 - *Einwohnerzahl / Einwohnerdichte*
2. politische Faktoren
 - *Anzahl der NPD-Kandidaten*
 - *Ergebnis der Landtagswahlen 2006*
3. elektorale Größen
 - *Anzahl unabhängiger Wahlbündnisse und Direktkandidaten*
 - *Wahlbeteiligung*
 - *Anzahl der zugelassenen Neu-/Erstwähler*

Um die Gruppe von Gemeinden mit überdurchschnittlichen Ergebnissen zu identifizieren, habe ich die Abweichung vom Landesdurchschnitt berechnet und die Fälle anhand des Schwellenwertes 0 in eine Gruppe überdurchschnittlicher und eine Gruppe unterdurchschnittlicher Gemeinden eingeteilt. Mehrere statistische Verfahren bieten sich für

24 Da die Möglichkeiten zur Erhebung eigener Daten nicht gegeben waren, beschränkt sich die Liste auf die aus den Statistiken des Landesamtes für Statistik und der Agentur für Arbeit verfügbaren Daten für die Gemeindeebene.

die Auswertung der Daten an: eine einfache Korrelationsmatrix, t-Tests, Multivariate Varianzanalyse, Diskriminanzanalyse sowie lineare und logistische Regression können die verfügbaren Daten angemessen verarbeiten. Da wir uns vor allem für die Unterschiede zwischen den zwei Gruppen interessieren, habe ich mich entschieden, zunächst auf eine Diskriminanzanalyse zurückzugreifen, die jene Variablen identifizieren kann, die am besten zwischen den verschiedenen Gruppen trennen. Dabei wurden die Variablen jeweils im einzelnen Set (politisch, sozial, elektoral) und in einem Gemeinsamen Modell verrechnet. Die Ergebnisse finden sich in Tabelle 9.

Variablen	Wilks Lambda	Sig	Diskriminanz- koeffizient	N	
Arbeitslosenquote 2008	0,95	0	1,185	490	Teilmodell
	0,95	0	0,09	490	vollständiges Modell
Anteil Arbeitsloser bis 25	1	0,4	0,166	490	Teilmodell
	1	0,413	0,085	490	vollständiges Modell
Anteil SGB II (Hartz IV)	0,99	0,02	-0,317	490	Teilmodell
	0,989	0,02	0,025	490	vollständiges Modell
Bevölkerung	0,994	0,136	0,03	490	Teilmodell
	0,994	0,089	-0,068	490	vollständiges Modell
Bevölkerungsdichte	0,995	0,136	-0,338	490	Teilmodell
	0,995	0,136	0,009	490	vollständiges Modell
<i>Diskriminanzfunktion soziale Faktoren</i>	<i>0,939</i>	<i>0</i>			<i>Teilmodell</i>
Wahlbeteiligung	0,996	0,097	0,169	645	Teilmodell
	0,988	0,014	0,063	490	vollständiges Modell
Neuwähler	0,997	0,14	-0,15	645	Teilmodell
	0,99	0,146	-0,086	490	vollständiges Modell

Variablen	Wilks Lambda	Sig	Diskriminanzkoeffizient	N	
Anzahl unabhängiger Parteien und Kandidaten	0,882	0	0,943	645	Teilmodell
	0,87	0	0,214	490	vollständiges Modell
<i>Diskriminanzfunktion elektorale Faktoren</i>	<i>0,869</i>	<i>0</i>		<i>645</i>	<i>Teilmodell</i>
Anzahl der NPD-Kandidaten	0,833	0	0,439		Teilmodell
	0,798	0	0,448	490	vollständiges Modell
Ergebnis LT-Wahl 2006	0,691	0	0,814		
	0,697	0	0,673	490	vollständiges Modell
<i>Diskriminanzfunktion Organisationstärke der NPD</i>	<i>0,645</i>	<i>0</i>			<i>Teilmodell</i>
<i>Diskriminanzfunktion alle Variablen</i>	<i>0,62</i>	<i>0</i>		<i>490</i>	<i>vollständiges Modell</i>

Tabelle 9: Ergebnisse der Diskriminanzanalysen

Es zeigen sich nur geringe Differenzen zwischen den Gruppen. Das größte Gewicht in der Klassifizierung der Gemeinden kommt dem bisherigen (Wahl)Erfolg der NPD zu. Daneben lässt sich aus den Ergebnissen ein geringerer Einfluss der Anzahl der NPD-Kandidaten, der Arbeitslosenquote und der kleinen Parteien ablesen. Erstaunlicher fällt der Befund aus, dass sich weder Unterschiede in der Jugendarbeitslosigkeit (immer insignifikant) noch in der Zulassung der 16-Jährigen als Neuwähler finden lassen. Auch lässt sich nicht ableiten, die NPD hätte von einer geringen Wahlbeteiligung profitiert.

Lässt man all diese Variablen aus der Analyse weg und rechnet ein Modell, welches nur die Variablen Arbeitslosenquote, Anzahl der Kandidaten der NPD, NPD-Ergebnis 2006 und Anzahl kleiner Parteien berücksichtigt, werden weiterhin 80 Prozent aller Fälle korrekt klassifiziert. Ein Blick in die Klassifizierungsstatistik verrät allerdings, dass vor allem die Gemeinden mit unterdurchschnittlichem NPD-Ergebnis so erkannt werden können. Fast 95 Prozent aller Fälle dieser Gruppe wurden korrekt klassifiziert, wohingegen Gemeinden mit überdurchschnittlichem NPD-Ergebnis nur zu 58 Prozent korrekt klassifiziert werden konnten. Die Gemeinden unterscheiden sich im Wesentlichen hinsichtlich der his-

torischen Unterstützung der NPD und deren organisatorischer Stärke. Andere Variablen spielen nur am Rande eine Rolle.

Zwar können wir gestützt auf die Ergebnisse der Diskriminanzanalyse nun Aussagen über Gruppenunterschiede treffen, die Wirkungsrichtung der einzelnen Variablen liefern uns allerdings weder die Diskriminanzkoeffizienten noch die Lambda-Werte. Daher schließe ich sowohl eine einfache lineare Regression mit dem Ergebnis der NPD wie auch eine logistische Regression mit der Gruppenvariablen als abhängiger Größe an. Die Ergebnisse finden sich in Tabelle 10. Sie bestätigen den Befund der Diskriminanzanalyse.

Regression				
Beta	Linear Sig		LOGIT exp (B)	Sig
0,056	0,03	Arbeitslosenquote 2008	0,99	0,21
0,045	0,08	Anzahl unabhängiger Parteien und Kandidaten	0,872	0,238
0,199	0	Anzahl der NPD-Kandidaten	0,803	0
0,677	0	Ergebnis LT-Wahl 2006	0,712	0
0,671	Adjusted R-Square	Model Fit	Nagelkerke Pseudo r-square	0,49

Tabelle 10: Ergebnisse der Regression

Im linearen Modell bleiben alle Variablen signifikant, die Koeffizienten für Arbeitslosigkeit und Anzahl der kleinen und unabhängigen Parteien sind jedoch äußerst gering (0,05 und 0,06), wohingegen der Einfluss der NPD-Variablen hoch bleibt. R-square von 0,668 weist auf die relativ gute Anpassung unseres Modells hin. In der logistischen Regression bleiben die Variablen für Arbeitslosigkeit und kleine Parteien insignifikant, während der Einfluss der NPD-Variablen weiterhin bestehen bleibt. Nagelkerke r-Square von 0,49 deutet auf die begrenzte Prognosekraft dieser Variablen hin, ein Befund der sich mit den Ergebnissen der Diskriminanzanalyse deckt. Alle Koeffizienten sind positiv und zeigen somit einen positiven Zusammenhang zwischen der historischen und der organisatorischen Stärke der NPD bei diesen Kommunalwahlen.

Der hohe Einfluss des Wahlergebnisses von 2006 deutet also auf die Wirksamkeit gewachsener Strukturen hin, deren spezifischen Charakter die Variable jedoch nicht erhellen kann. Es ist bedauerlich, dass keine Variablen zur politischen Kultur in den Gemeinden zur Verfügung stehen, um hier differenzierter argumentieren zu können. Zusammengekommen mit dem positiven Einfluss der organisatorischen Stärke der NPD lässt sich so sagen, dass die NPD vor allem in jenen Regionen Erfolg hatte, in denen sie über ein stabiles Fundament aus Parteiorganisation und Unterstützerstrukturen verfügt. Soziale oder ökonomische Faktoren spielten bei dem Kommunalwahlergebnis nach dieser Analyse keine Rolle. Ob dies dem Wahlkampf oder allgemein dem Charakter von Kommunalwahlen geschuldet bleibt, lässt sich jedoch durch quantitative Analysen nicht entscheiden.

g) Zusammenfassung

Für die NPD waren die Kommunalwahlen 2009 ein organisierter politischer, allerdings begrenzter Erfolg. Die Partei war in der Lage, ihre Möglichkeiten sowohl bei der Mobilisierung von Kandidaten als auch von Wählerstimmen zu demonstrieren. Zwar verlor die NPD gegenüber der Landtagswahl 2006 viele Stimmen, dies jedoch vor allem in jenen Gebieten, in denen sie nur über eine schwache personelle Basis verfügt. Der signifikant hohe Einfluss des Wahlergebnisses von 2006 auf die Erfolge bei den Kommunalwahlen zeigt bislang, dass die Partei auf ein begrenztes, aber stabiles Wählerpotential von etwa 3 Prozent vertrauen kann. Angesichts der Insignifikanz elektoraler wie auch sozialer Faktoren kann davon ausgegangen werden, dass die NPD vor allem Protestwähler verloren hat, während sich ihre Basis stabilisierte. Die Partei war somit in der Lage aus eigener Kraft die Anzahl ihrer kommunalen Mandate substantiell zu steigern. Die Kommunalwahl hat darüber hinaus erneut gezeigt, dass die NPD vor allem im Osten des Bundeslandes regional stark verankert ist, wo sie in einigen Gemeinden hohe zweistellige Ergebnisse erzielen konnte. Die Ergebnisse in Mecklenburg-Vorpommern illustrieren somit einerseits den Erfolg, auf der anderen Seite aber auch die Grenzen des strategischen Konzeptes der Partei, das den Kampf um die Köpfe und die Straße eng mit dem Kampf um die Parlamente verzahnt.

V. Literatur

Aktionsprogramm der NPD. Berlin 2002.

Arzheimer, Kai/Carter, Elizabeth 2006: Political Opportunity Structures and Right-Wing Extremist Party Success. In: *European Journal of Political Research* 45, 419-443.

Arzheimer, Kai 2008: Protest, Neo-Liberalism or Anti-Immigrant Sentiment: What Motivates the Voters of the Extreme Right in Western Europe? In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 2, 173-197.

Beier, Katharina / Bogitzky, Jenny / Buchstein, Hubertus / Feike, Katharina / Fischer, Benjamin / Freyber, Pierre / Strüwing, Mathias / Wiedemann, Tim 2006: Die NPD in den kommunalen Parlamenten Mecklenburg-Vorpommerns. Greifswald.

Bergsdorf, Harald 2008: Die Vier Säulen-Strategie der neuen NPD.

In: *Deutschland-Archiv* 41/1, 14-18.

- 2009: Konfliktuelle Komplizenschaft – Zum Verhältnis von NPD und Autonomen Nationalisten. In: *Die Politische Meinung* 481, 55-60.

Botsch, Gideon / Kopke, Christoph 2007: Die Basis der NPD.

In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6, 669-671.

- 2008: Verliert das Flaggschiff an Fahrt? Zum derzeitigen Zustand der NPD.

In: *Deutschland Archiv* 41/4, 586-590.

Brandstetter, Marc 2009: Zerstritten, Pleite, Geächtet – Wohin führt der Weg der NPD?

In: *Deutschland Archiv* 42/3, 389-392.

Dülmer, Hermann / Ohr, Dieter 2008: Rechtsextremistische Wahlabsicht und regionaler Kontext: Mehrebenenanalysen zur Rolle sozialer Milieus und regionaler Gruppenkonflikte in Deutschland. In: *Politische Vierteljahrsschrift* 49/3, 491-517.

Flemming, Lars 2004: Die NPD nach dem Verbotsverfahren.

In: *Jahrbuch Extremismus und Demokratie* 16, 144-154.

Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern 2002: Die Entwicklung rechtsextremistischer Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern in den Jahren 1992-2002. Schwerin.

• 2008: Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 2007. Schwerin.

Klein, Markus 2005: Extreme Right-wing Voting in Germany in a Multilevel Perspective: A Rejoinder to Lubbers and Scheepers. In: *European Journal of Political Research* 44, 243-263.

Linden, Markus 2007: Feindliche Übernahme im Niemandsland? Bestimmungsgründe für die jüngsten NPD-Erfolge. In: *Deutschland Archiv* 40/1, 20-28.

Naujoks, Claudia (o.J.): NDP im Landtag MV.

In: Themenheft Endstation Rechts, Schwerin.

Neu, Viola 2006: Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 17. September 2006. Wahlanalyse. Berlin.

• 2009: Rechts- und Linksextremismus in Deutschland – Wahlverhalten und Einstellungen, *Zukunftsforum Politik* 98.

Ohse, Karl-Georg/Pingel-Schliemann, Sandra 2006: Der Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern. In: *Deutschland Archiv* 39/6, 968-973.

Schoon, Steffen 2009: Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern – eine Bilanz. In: Ders./Arne Lehmann (Hrsg.), *Die Kommunalwahlen 2009 in Mecklenburg-Vorpommern*. Rostock (*Rostocker Information zu Politik und Verwaltung* 29), 6-18.

Staud, Toralf 2005: Moderne Nazis.

Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. Köln.

Steglich, Henrik 2005: Die NPD in Sachsen. Göttingen.

Stöss, Richard 2005: Rechtsextremismus im Wandel. Berlin.

• 2007: *Rechtsextremismus im Wandel*. 2. aktualisierte Auflage, Berlin.

Voigt, Udo 1999: Mit der NAPO auf dem Weg in das neue Jahrtausend. In: Holger Apfen (Hrsg.), *Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei*. Stuttgart, 469-475.

VI. Abkürzungsverzeichnis

AJN	Alternatives Jugendzentrum Neubrandenburg
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten
ARGE	Arbeitsagentur
AU	Allgemeine Unzufriedenheit
AWO	Arbeiterwohlfahrt
AZ	Anklamer Zeitung
BDR	Bad Doberan
BfS	Bürgerbündnis Bürger für Stralsund
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BUGA	Bundesgartenschau
CDU	Christlich Demokratische Deutschland
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DVU	Deutsche Volksunion
ESF	Europäischer Sozialfonds
EU	Europäische Union
FAP	Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei
FDP	Freie Demokratische Partei Deutschland
GÜ	Güstrow
HbP	Heimatbund Pommern
HDJ	Heimattreue Deutsche Jugend
HLA	Hamburger Liste für Ausländerstopp
HRO	Hansestadt Rostock
HST	Hansestadt Stralsund
IfA	Initiativen für Anklam
Jusos	Jungsozialisten in der SPD
KBA	Kameradschaftsbund Anklam
KPV	Kommunalpolitische Vereinigung
KV	Kreisverband
LWL	Ludwigslust
MAF	Mecklenburgische Aktionsfront
MUE	Müritz
M-V	Mecklenburg-Vorpommern
NB	Neubrandenburg

NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschland
NVA	Nationale Volksarmee
NWM	Nordwestmecklenburg
OVP	Ostvorpommern
O-Z	Ostsee-Zeitung
PCH	Parchim
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
RAA	Regionale Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Mecklenburg-Vorpommern e. V.
REP	Die Republikaner
REX M-V	Informationsdienst Rechtsextremismus M-V
SN	Schwerin
SNBP	Soziales und Nationales Bündnis Pommern
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschland
SVZ	Schweriner Volkzeitung
TVIU	Tourismusverband der Insel Usedom
UBL	Unabhängige Bürgerliste
UER	Uecker-Randow
Ver.di	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
VS	Verfassungsschutz
Zebef	Zentrum für Bildung, Erholung und Freizeit

VII. Autorenangaben

Joanna Bars, geboren 1986, Studienfächer: Politikwissenschaft, Slawistik (Bachelor)

Hubertus Buchstein, geboren 1959, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte

Benjamin Fredrich, geboren 1987, Studienfächer: Politikwissenschaft, Geschichte (Bachelor)

Antonia Geisler, geboren 1983, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Politische Theorie und Ideengeschichte.

Torsten Heil, geboren 1982 Studienfächer: Politikwissenschaft, Öffentliches Recht und Zivilrecht (Magister), Jura (Staatsexamen)

Matthias Krüger, geboren 1982, Studienfächer: Politikwissenschaft, Geschichtswissenschaft (Magister)

Tobias Linke, geboren 1979, Studienfächer: Politikwissenschaft, Geschichte (Magister)

Michael Mach, geboren 1983, Studienfächer: Politikwissenschaft, Geographie (Magister) an den Universitäten Utrecht und Greifswald

Carsten Mielsch, geboren 1982, Studienfächer: Politikwissenschaft, Geschichte, Kommunikationswissenschaft (Magister)

Robert Nagy, geboren 1980, Studienfächer: Politikwissenschaft, Geschichte (Magister)

Johanna, Vogt, geboren 1986, 2005-2009 Bachelor-Studium Politikwissenschaft, Skandinavistik an den Universitäten Greifswald und Aarhus. Seit 2009 Master-Studium Politikwissenschaft an der Universität Bremen.

